

AKTUELLE TRENDS UND HERAUSFORDERUNGEN SCHWERPUNKT FINANZEN

GLOBALER TREND
(Re-)Kommunalisierung

UNESCO-WELTKULTURERBE
Genossenschaften damals und heute

KLIMAWANDEL
Auswirkung auf Gemeindebudgets

HIDDEN CHAMPION
Da ist der Wurm drin

GENERALSEKRETÄR



Noch viel zu tun

Der neue Finanzausgleich (FAG 2017) ist in Kraft. Einige Fragen – wie etwa die Pilotprojekte zur Aufgabenorientierung in den Bereichen Kinderbetreuung und schulische Nachmittagsbetreuung oder die in diesem Heft besprochene Abgabenaufonomie betreffend – sind noch offen. Und schon steht das nächste Reformvorhaben vor der Tür: die Umsetzung des neuen Haushaltsrechts für die Städte und Gemeinden, die VRV 2015. An dieser Stelle sei allen ExpertInnen aus Theorie und vor allem der kommunalen Praxis gedankt, die sich in den letzten Jahren unermüdlich für diese gewaltige Herausforderung eingesetzt haben. Wir sind noch nicht am Ziel, aber schon auf gutem Wege. Noch nicht befriedigend gelöst ist die Frage, wie der Investitionsrückstau bei den Kommunen abgebaut und gleichzeitig die europäischen wie innerösterreichischen Stabilitätsziele eingehalten werden können. Die Auslagerung von öffentlichen Aufgaben in private Hände ist dazu jedenfalls kein Königsweg. Die in vielen Fällen ernüchternden Ergebnisse führen nun zu einer Trendumkehr – zu einer Bewegung der Re-Kommunalisierung.

Dr. Thomas Weninger,
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

STÄDTEBUND AKTUELL
*Kurzmeldungen aus dem Städtebund*KOMMUNALNEWS
*Aktuelles aus den Städten*SCHWERPUNKTTHEMA
FINANZEN

Dolfi Müller

Zug – die Blockchain-Stadt

Holger Blisse

Genossenschaften in der Gegenwart

Helmut Schuchter

Immobilienvertragssteuer – aktuelle Praxisfragen

Helfried Bauer, Karoline Mitterer

Mehr Einnahmenautonomie
für Länder und Gemeinden?

Peter Biwald

Umsetzung der VRV 2015

Veronika Meszarits, Helmut Schuchter

Die Beteiligungen der Gemeinde

Torsten Lang

Einbindung der Bürgerschaft
in Finanz- und Zukunftsplanung

Carsten Köppl, Susanne Tatje

Die Zukunftsgestalter

Birgit Bednar-Friedl, Markus Leitner, Wolfgang Loibl

Anpassung an den Klimawandel

Laurentius Tärzic

Kommunalisierung

Michael Klien, Hans Pitlik

Eine „Goldene Fiskalregel“
für staatliche Investitionen?

Henrik Scheller, Sabrina Schimmel

Zur Erhebung kommunaler
Investitionsrückstände in Deutschland

Katharina Rudig

Innsbruck punktet im Österreichvergleich

04

10

14

17

20

23

27

30

34

36

39

42

44

46

48

© Porträts: www.medien dienst.com/wilke, PID/Jan Ehm, © Foto: Shutterstock



MAGAZIN

Neueste Entwicklungen und Veranstaltungen

50

LITERATUR

Aktuelle Rezensionen

59

FINANZEN

Ertragsanteilsvorschlüsse für Oktober

60

HIDDEN CHAMPION

Wurmke – Dünger vom Hocker

61

ZU GUTER LETZT

Kommende Termine und mehr

65

IMPRESSUM

67

PRÄSIDENT



Zurück in die Zukunft

Städte sind Entwicklungsmotoren für die Zukunft. Sie setzen sich mit neuen Zahlungsmethoden auseinander (wie etwa die Stadt Zug mit Bitcoins) und beobachten die Auswirkungen des demografischen Wandels bzw. die Folgen des Klimawandels für die kommunalen Haushalte. Ein ständig aktuelles Thema ist auch die Partizipation – neue Formen der Einbindung von BürgerInnen in die Prioritätensetzung des Budgets wurden und werden etwa in Saarbrücken bereits erfolgreich erprobt. Auch scheinbar veraltete Modelle und Vorgehensweisen verdienen eine nähere Betrachtung. Gerade in Zeiten, in denen Crowdfunding und Sharing-Ansätze in aller Munde sind, ist es durchaus lohnend, auch die Genossenschaften neu zu denken.

Diese sind für Städte und Gemeinden insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge wie etwa bei Wohnen, Nahversorgung oder der Organisation kommunaler Leistungen relevant.

Dr. Michael Häupl,
Präsident Österreichischer Städtebund

Der Städtebund gratuliert den Stadtregionen Villach, Innsbruck und Wien

Ausgezeichnete Verkehrsprojekte

VCÖ-Mobilitätspreise 2017 vergeben – Öffentlicher Verkehr über Stadtgrenzen hinaus als Herausforderung für die Zukunft

Der VCÖ-Mobilitätspreis 2017 stand unter dem Motto „Klimaverträglich mobil“. Wie im UN-Klimaabkommen von Paris vereinbart, muss der Verkehr bis ins Jahr 2050 weitgehend emissionsfrei werden. Dazu braucht es sowohl vorbildliche Projekte als auch inspirierende Ideen und Konzepte für eine Mobilität mit Zukunft. Bis zum 18. Juni konnten vorbildliche Projekte und Ideen eingereicht werden. Am 20. September 2017 wurden in Wien die Siegerprojekte gekürt, darunter folgende Projekteinreichungen

- » „Smarter Together – gemeinsam g'scheiter“ des Magistrat der Stadt Wien – MA 25. Gemeinsam mit der Bevölkerung und zahlreichen Unternehmen entwickelt die Stadt

Wien Smart-City-Lösungen in Simmering. Die Wiener Stadtwerke planen die Umsetzung des ersten öffentlichen Mobility Points, der unterschiedliche Mobilitätsangebote auf engem Raum verknüpft. In einer Wohnhausanlage wird E-Carsharing für die BewohnerInnen entwickelt. Um das Ziel einer CO₂-freien Stadtlogistik zu erreichen, stellt die Österreichische Post erstmals Pakete mit einem E-Transportfahrzeug zu.

- » „Touristische Mobilitätszentrale Kärnten“ der Region Villach Tourismus GmbH (Gesamtgewinn). Dabei kooperieren acht Kärntner Tourismusregionen, um umweltverträgliche Mobilitätsangebote zu schaffen. Etwa durch Einführung eines kärntenweiten Bahnhof-Shuttles, Vernetzung und Ausbau der über- und innerregionalen Mobilität sowie kostenloses Coaching von Betrieben. Das Besondere daran ist die landesweite Dimension der Maßnahmen.
- » Die VVT Tarifreform der Verkehrsverbund Tirol GmbH Kategorie „Öffentlicher Verkehr und multimodale Mobilität“: Mit der seit 1. Juni 2017 gültigen Tarifreform wurden zwei günstige Netztickets für Tirol eingeführt. Der umweltfreundliche öffentliche Verkehr soll sich mit günstigen Netz-Tickets als das Verkehrsmittel der ersten Wahl vor dem Auto etablieren. Die Preisersparnis beträgt bis zu 70 Prozent zu den bisherigen Tickets.

- » BIS Mobil: Transportdienstleistung und Arbeitsmarktintegration im Salzkammergut: Bildungszentrum Salzkammergut Gemeinnützige GmbH (Kat. Barrierefreie und sozial gerechte Mobilität). BIS Mobil wird als Anrufsammeltaxi geführt und sieht sich als Zubringer und ergänzendes Angebot zum öffentlichen Verkehr in schlecht erschlossenen ländlichen Regionen. FahrerInnen sowie Verwaltungskräfte sind arbeitssuchende Menschen kurz vor ihrer Pensionierung, die dadurch einer verantwortungsvollen, sinnstiftenden und gesellschaftlich wichtigen Tätigkeit nachgehen.

„Der Österreichische Städtebund gratuliert allen Siegerprojekten sehr herzlich“, so Generalsekretär Thomas Weninger anlässlich der Preisverleihung.

© Fotos: VCÖ/Apa Fotoservice/Hautzinger



Mobilitätszentrale Kärnten

Der Gesamtsieg beim VCÖ-Mobilitätspreis Österreich, der vom VCÖ in Kooperation mit bmvit, bmlfuw und ÖBB durchgeführt wird, geht heuer an die Touristische Mobilitätszentrale Kärnten. Bei Österreichs größtem Wettbewerb für klimaverträgliche Mobilität wurden 377 Projekte und Konzepte eingereicht, so viele wie noch nie. Im Foto von links nach rechts: VCÖ-Geschäftsführer Willi Nowak, Georg Overs (Geschäftsführer Region Villach Tourismus), Ursula Zechner (Sektionschefin bmvit), Reinhard Mang (Generalsekretär bmlfuw), Markus Reisner (Region Villach Tourismus), Michaela Findenig (Kärnten Werbung), Evelyn Palla (Vorstand ÖBB-Personenverkehr). Informationen zum Projekt: <https://www.vcoe.at/projekte/vcoe-mobilitaetspreis-2017>

„Die Grenzen zwischen Stadt und Umland, zwischen den verschiedenen Verkehrsunternehmen und Verkehrsmodi sollten für die Kundinnen und Kunden kaum bis gar nicht wahrnehmbar sein – so das Ziel. Nur so werden Kundinnen und Kunden vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umsteigen“, sagte Weninger.

Damit für die KundInnen alles scheinbar reibungslos funktioniert, bedarf es allerdings nicht unerheblicher Anstrengungen zur horizontalen und vertikalen Vernetzung aller Beteiligten, wie die heurigen VCÖ-Siegerprojekte zeigen.

„Der öffentliche Verkehr als Rückgrat der städtischen und stadtREGIONALEN Mobilität sollte dabei endlich auf gesicherte Finanzmittel zurückgreifen können. Ob wir die Klimaziele von Paris erreichen können, wird im Verkehrsbereich entschieden“, so Weninger.

Stadtregionaler öffentlicher Verkehr als Schlüssel zum Erfolg

Die Finanzierung und Planungssicherheit beim öffentlichen Nahverkehr in Städten und Stadtregionen ist eine der wichtigsten Herausforderungen.

In den österreichischen Landeshauptstädten bewegen sich bereits heute untertags um ca. 50 Prozent mehr Menschen, als tatsächlich ihren Wohnsitz in der jeweiligen Stadt haben. Und: Der PendlerInnenverkehr in den österreichischen Stadtregionen ist enorm im Wachsen begriffen. Prognosen des Österreichischen Instituts für Raumordnung (ÖIR) gehen von einem Wachstum des EinpendlerInnenanteils von Wien und Linz bis 2025 um weitere 50 Prozent aus.

Die Städte bauen daher den öffentlichen Nahverkehr massiv aus. Oft können diese Ausgaben aber nur zu rund 60 Prozent mit direkt zuordenbaren Einnahmen gedeckt werden. Damit verbleibt ein rund 40-prozentiger Zuschussbedarf bei den Städten.

Seit 2015 gibt es – auf Initiative des Österreichischen Städtebundes – einen Prozess zwischen VertreterInnen von Bund, Ländern und Städten, um gemeinsam zu eruieren, wie der öffentliche Verkehr in den Stadtregionen verbessert werden kann (zu Analyseergebnissen, Finanzierungsverflechtungen im ÖV sowie Weiterentwicklungsvorschlägen siehe <https://www.staedtebund.gv.at/themen/mobilitaet/stadtregionaler-oev>).

„Die Pläne des Infrastrukturministers, für die Öffi-Finanzierung einen eigenen Fonds einzurichten, sind daher sehr zu unterstützen“, sagte Weninger.

Der VCÖ-Preis holt innovative Einzelprojekte vor den Vorhang und zeigt jedes Jahr, welche Innovationskraft in den Städten und Stadtregionen steckt, um den öffentlichen Verkehr attraktiver und besser zu machen und damit den Klimazielen näherzukommen. „Der VCÖ-Mobilitätspreis erfüllt

damit eine sehr wichtige verkehrspolitische Aufgabe“, schloss Weninger.

Der VCÖ-Mobilitätspreis

Der VCÖ-Mobilitätspreis ist Österreichs größter Wettbewerb für nachhaltige Mobilität und wird in Kooperation mit dem bmvit, dem bmlfuw und den ÖBB durchgeführt. Der 26. VCÖ-Mobilitätspreis stand unter dem Motto „Mobil in Stadt und Land“. Der Klimavertrag von Paris bedeutet sowohl für Städte als auch für die Regionen, dass der Verkehr spätestens im Jahr 2050 vom Erdöl unabhängig sein muss. Zudem werden die Städte und deren Umland in den kommenden Jahren stark an Bevölkerung wachsen. Eine klimafreundliche, gesunde, kostengünstige und platzsparende Mobilität ist möglich – sowohl in den Städten als auch in den Regionen. Das zeigen die beim VCÖ-Mobilitätspreis eingereichten Projekte. ■

LINKS

Mehr zum VCÖ-Mobilitätspreis: www.vcoe.at



Smarter Together

Das Projekt „Smarter Together“ gewinnt beim VCÖ-Mobilitätspreis Österreich die Kategorie „Aktive Mobilität und öffentlicher Raum“. Bei Österreichs größtem Wettbewerb für klimaverträgliche Mobilität wurden 377 Projekte und Konzepte eingereicht, so viele wie noch nie. Im Foto von links nach rechts: VCÖ-Geschäftsführer Willi Nowak, Arthur Mannsbarth (Stadt Wien, MA 25), Stephan Hartmann (Stadt Wien, MA 25), Julia Girardi-Hoog (Stadt Wien, MA 25), Ursula Zechner (Sektionschefin bmvit), Barbara Novak (Landtagsabgeordnete Wien), Evelyn Palla (Vorstandsleiterin ÖBB-Personenverkehr), Reinhard Mang (Generalsekretär bmlfuw). Informationen zum Projekt: <https://www.vcoe.at/projekte/vcoe-mobilitaetspreis-2017/vcoe-mobilitaetspreis-2017-oesterreich-kategorie-aktive-mobilitaet-und-oeffentlicher-raum>.

Steirischer Städtetag 2017

Im Zeichen der Digitalisierung

Der Steirische Städtetag, der am 20. September 2017 an der FH Kapfenberg tagte, stand ganz im Zeichen der digitalen Herausforderungen.

Mehr als 120 Gemeindeverantwortliche der gesamten Steiermark haben sich an der Fachhochschule (FH) Joanneum in Kapfenberg dazu versammelt. Zentrales Thema war die Digitalisierung mit all ihren Herausforderungen für das Leben speziell in den mittelgroßen Städten. Um die Komplexität des Themas verständlich aufzubereiten und mögliche künftige Auswirkungen auf die Städte darzustellen, waren zwei Spezialisten geladen: Rudolf Scheuven, Dekan an der Technischen Universität Wien, sowie Martin Tschandl von der FH Joanneum hielten spannende Impulsreferate, auf welche eingehende Diskussionen folgten. „Jeder sollte sich bewusst sein, dass mit einem Onlinekauf der stationäre Handel in Städten gefährdet ist. Aber auch Händler sollten flexibel genug sein, dass sie neben dem traditionellen Verkauf auch online präsent sind“, sagt der Vorsitzende des Städtebundes und Bürgermeister von Leoben, Kurt Wallner (SPÖ).



Beim steirischen Städtetag in Kapfenberg begrüßten Vorsitzender Bürgermeister Wallner (l.) und der Kapfenberger Bürgermeister Kratzer (r.).

Resolution ausgearbeitet

Eigens für den Städtetag 2017 wurde schon im Vorfeld eine Resolution ausgearbeitet, die an die Steiermärkische Landesregierung gerichtet ist.

Inhalt dieser Resolution sind im Wesentlichen drei Punkte: die Schaffung einer/eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten im Sinne der Datenschutz-Grundversorgung aller steirischen Städte, Zusatzmittel für steirische Städte im Zuge des aufgabenorientierten Finanzausgleichs im Bereich der Kinderbetreuung sowie eine Kompensation für die steirischen Städte als Ausgleich für die Mehrkosten aufgrund der Aufhebung des Pflegeregresses.

„Durch ein Pilotmodell beim Finanzausgleich sind die Gelder, die man als Kommune bekommt, aufgabenorientiert. Man beginnt mit der Elementarbildung von 0 bis 6, und hier soll es zu einer massiven Umleitung der Gelder von der Steiermark in andere boomende Bundesländer kommen. Und das können wir uns nicht gefallen lassen“, so Wallner. Weitere Herausforderungen für die Städte: die Kostenexplosion in der Pflege oder aber auch Notwendigkeit, Impulse in der Infrastruktur zu setzen, etwa durch den weiteren Ausbau der S-Bahn.

Schwierige Situation

Gerade auf die mittelgroßen Städte kommen immer größer werdende finanzielle Herausforderungen zu. Durch ihre gute infrastrukturelle Versorgung gelten sie in den ländlichen Gebieten als Versorgungszentren in vielen Bereichen, so etwa in der medizinischen Versorgung, im Bereich Bildung, Freizeitaktivitäten, aber auch was den täglichen Einkauf betrifft. Der Zulauf in diese Zentren wird immer stärker, zeitgleich sind aber die finanziellen Mittel dafür immer schwieriger aufzutreiben, gerade in den Bereichen Altersversorgung und Kinderbetreuung ist der Bedarf enorm gestiegen. ■

LINKS

Hier können Sie die Ergebnisse des steirischen Städtetages nachlesen: www.staedtebund.gv.at/en/landesgruppen/steiermark

© Foto: Fotostudio Reisinger

© Foto: Österreichischer Städtebund

Große Unterstützung für Initiative

FAIR PLAY für Frauen im Sport

Unter dem Motto „Fair Play für Frauen im Sport“ starteten die Frauenbeauftragten verschiedener österreichischer Städte anlässlich der Fußball-Europameisterschaft eine gemeinsame Sensibilisierungskampagne für die Gleichberechtigung im österreichischen Sport.

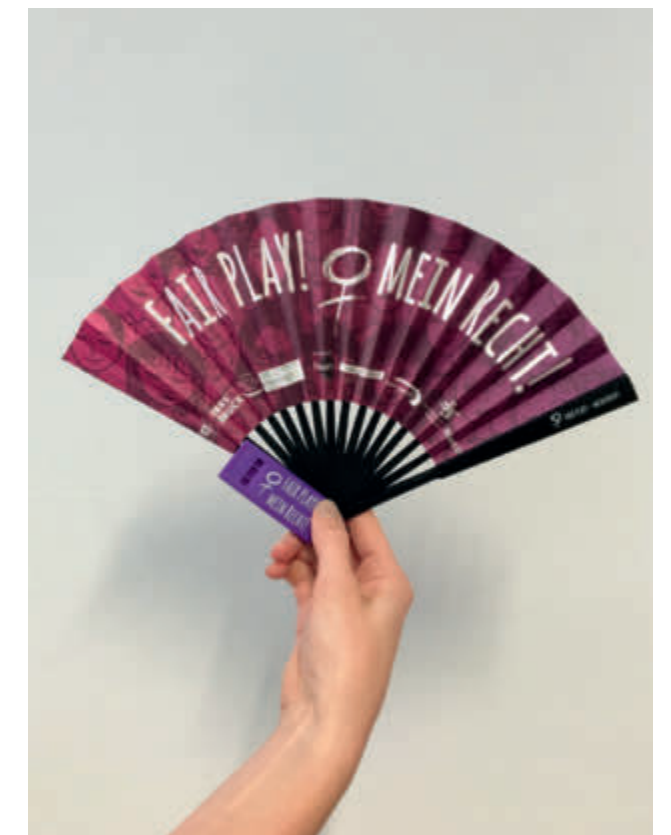
Die Initiative wurde von Horst Karas, Vize-Bürgermeister von Wiener Neustadt und Vorsitzender des Fachausschusses „Sport“ des Österreichischen Städtebundes, als auch von Generalsekretär OSR Mag. Dr. Thomas Weninger unterzeichnet. „FAIR PLAY“ fordert die Gleichstellung von Frauen sowohl was die Repräsentation in den Verbänden als auch die Verteilung öffentlicher Gelder betrifft. Zudem muss die mediale Präsenz des Frauensportes gesteigert werden, um die großartigen Leistungen österreichischer Sportlerinnen sichtbar zu machen.

Unterstützung von Bundes- und Landesebene

Auch weitere politische EntscheidungsträgerInnen außerhalb der Kommunalpolitik sicherten den Frauen im Sport ihre Unterstützung zu. So unter anderem auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der das ÖFB-Team für die Spiele in den Niederlanden persönlich in der Wiener Hofburg verabschiedete. Van der Bellen wünscht sich eine größere Sensibilisierung auf dem Gebiet der Geschlechtergleichstellung. Aus dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft heißt es, es brauche ein moderneres und vielfältigeres Frauenbild. Vor allem wolle man attraktivere Rahmenbedingungen im ländlichen Raum schaffen, um der Abwanderung hoch qualifizierter Frauen entgegenzuwirken. Der Sport sei hier von großer Bedeutung, weshalb das Ministerium jede Initiative dazu unterstütze.

Auch vonseiten der Länder gab es positive Rückmeldungen. Einige seien hier hervorgehoben. So sagte Kärntens Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser seine Unterstützung zu. Kaiser, der auch das Amt des Sportreferenten des Landes Kärnten innehat, will für mehr Geschlechtergleichstellung in seinem Bundesland eintreten. Mag.^a Barbara Schwarz, Landesrätin in Niederösterreich, zeigte sich erfreut über die Initiative „Fair Play für Frauen im Sport“ und machte darauf aufmerksam, und wie wichtig es sei, diese besser sichtbar zu machen. Auch in Oberösterreich ist der Startschuss zur Frauenförderung im Sport gefallen, wie die für Frauen zuständige Landesrätin

Mag.^a Christine Haberlander versichert. Die Gleichstellung sei auch Thema der in den vergangenen zwei Jahren erarbeiteten „Sportstrategie Oberösterreich 2025“. Zudem verweist die Landesrätin auf den in Relation hohen Anteil an weiblichen Spitzensportlerinnen in Oberösterreich sowie auf die Veranstaltung von Damen-Sportveranstaltungen im Bundesland hin. Insbesondere auf den alljährlichen Damen-Skisprung-Weltcup in Hinzenbach und auf das Damentennisturnier in Linz. ■



Initiative „Reinwerfen statt Wegwerfen“

Wien ist sauberste Region Österreichs 2017

Wien ist „ein echtes Paradebeispiel, das trotz der Anonymität in einer Millionenstadt hervorragende Ergebnisse liefert“, so die Begründung der ExpertInnen-Jury für den Sieg Wiens bei der österreichweiten Initiative „Reinwerfen statt Wegwerfen“.

Erstmals konnte sich die Bundeshauptstadt gegen die starke Konkurrenz aus den Ländern durchsetzen und den begehrten Umweltpreis gewinnen. Das bereits im Jahr 2007 initiierte Maßnahmenkonzept „Saubere Stadt“ überzeugte die ExpertInnen-Jury genauso wie beim Publikumsvoting.

Wien setzt auf drei Säulen

Wien zählt zu den saubersten Städten der Welt. „Das ist kein Zufall, sondern konsequente Arbeit“, wie die zuständige Stadträtin Ulli Sima verrät. Die Stadt setzt dabei auf die drei Säulen Bewusstseinsbildung, Service und Sanktionen. In diesen Bereichen wurden in den letzten Jahren unzählige Maßnahmen durchgeführt. Beispielsweise wurden 20.000 öffentliche Mistkübel inklusive Aschenrohren installiert, bis Ende 2016 erfolgten 55.000 Ermahnungen durch die sogenannten „WasteWatcher“. Begleitet wird all dies stets durch breite Sensibilisierungs- und Informationskampagnen zur Steigerung der Eigenverantwortung.

Der Preis „Sauberste Region Österreichs“ wird alljährlich von „Reinwerfen statt Wegwerfen“ verliehen. Dabei handelt es sich um die größte Anti-Littering-Initiative Österreichs. Die Preisverleihung wird vom Österreichischen Städtebund sowie vom Österreichischen Gemeindebund und der Österreich Werbung unterstützt. ■

Bei der Aktion „Sauberste Region Österreichs“ werden Gemeinden, Regionen oder Städte, die sich besonders engagieren, vor den Vorhang geholt und belohnt. In diesem Jahr konnte sich Wien erstmals durchsetzen.

Gespräch mit ukrainischem Botschafter zu Städtekooperationen

Besuch des ukrainischen Botschafters Oleksander Scherba bei GS Thomas Weninger. Herr Botschafter Scherba erkundigte sich nach Möglichkeiten kommunaler Kooperationen zwischen Österreich und der Ukraine und der Begründung von Partnerschaften. In der ganzen Ukraine gäbe es großes Interesse an einem Austausch mit anderen europäischen Ländern. Bei dieser Gelegenheit erinnerte der Botschafter auch daran, dass zurzeit Kooperationen mit Städten auf der Krim nicht möglich seien, da damit die EU-Sanktionen gegen die völkerrechtswidrige Besetzung der Halbinsel unterlaufen würden. Seitens der Ukraine werde sehr genau auf die Einhaltung dieser Maßnahmen geachtet.



Der ukrainische Botschafter Oleksander Scherba (Mitte) stattet dem Österreichischen Städtebund (Thomas Weninger, r., und Alexander Lesigang, l.) einen Besuch ab

© Foto: Reinwerfen statt Wegwerfen, Österreichischer Städtebund

Auf gute Machbarschaft!

Neue Wohnung gefunden – und neue Freunde gleich dazu! Mit dem Nachbar wird's machbar.



UNIQUE

WILLKOMMEN NACHBAR!

Bei der wohnpartner-Initiative „Willkommen Nachbar“ stehen „alteingesessene“ BewohnerInnen ihren neuen Nachbarn mit Rat und Tat zur Seite. Sie unterstützen sie dabei, sich in die Hausgemeinschaft einzugewöhnen und legen so den Grundstein für ein besseres Miteinander. Möchten auch Sie die Gemeinschaft in Ihrem Wohnumfeld stärken und aktiv werden? Die wohnpartner informieren Sie gerne: www.wohnpartner-wien.at/unser_angebot/aktive_nachbarschaft/

StadT Wien



Beim „Talente-Check“ durchlaufen SchülerInnen einen Parcours, der ihnen dabei helfen soll, ihre eigenen Stärken herauszufinden. Auf das Erfolgsmodell „made in Salzburg“ wurde nun die deutsche Bundeshauptstadt aufmerksam.

Berliner Talente-Check – Salzburg als Vorbild

Rund 9.000 Ausbildungsstellen sind derzeit in Berlin unbesetzt. Gleichzeitig sind über 10.000 Jugendliche nach ihrem Schulabschluss ohne Ausbildungsperspektive. Grund dafür ist oftmals der Mangel an genauen Berufsvorstellungen.

Um eine bessere und gezieltere Berufs- und Studienorientierung zu ermöglichen, sollen Berlins AchtklässlerInnen künftig zum „Talente-Check“. Die Potenzialanalyse soll gemeinsam von Industrie- und Handelskammer, Bildungsverwaltung und Arbeitsagentur durchgeführt werden. Vorbild ist das ebenfalls mit dem Namen „Talente-Check“ betitelte Projekt der Wirtschaftskammer und der Schulbehörde in Salzburg. Laut der Berliner Bildungssenatorin Sandra Scheeres wolle man von den positiven Erfahrungen in Salzburg lernen und profitieren.

Jugendliche sollen sich selbst besser kennenlernen

In Salzburg, wie auch zukünftig in Berlin, durchlaufen SchülerInnen einen Parcours, der ihnen dabei helfen soll, ihre Stärken herauszufinden. Es geht um Feinmotorik, räumliches Vorstellungsvermögen, Merkfähigkeit, technisches oder kaufmännisches Verständnis, kognitive Fähigkeiten und vieles mehr. Das Ergebnis wird den SchülerInnen nach dessen Auswertung im Beisein ihrer Eltern präsentiert. Der im Jahr 2015 ins Leben gerufene Salzburger „Talente-Check“ geht noch einen Schritt weiter. Neben Orientierungstests für SchülerInnen der 8. Schulstufe wird auch ein umfassendes Beratungsangebot für MaturantInnen, FachschülerInnen und LehrlabsolventInnen, Erwachsene sowie für Firmen angeboten.

Weitere Informationen zum „Talente-Check Salzburg“ auf folgender Website: <http://www.talentecheck-salzburg.at/>



Stärkung der Stadt- und Ortskerne als oberstes Ziel

Baukulturelle Leitlinien veröffentlicht

Um den wachsenden Herausforderungen der Innenstadtentwicklung auch künftig gut gerüstet begegnen zu können, haben sich bislang ca. 40 österreichische Städte auf Ebene des Österreichischen Städtebundes zum „Wissensnetzwerk Innenstadt“ zusammengeschlossen. In einem partizipativen Prozess wurde gemeinsam mit den Mitgliedsstädten des Wissensnetzwerks Innenstadt des Städtebundes ein Katalog an Forderungen gegenüber Bund und Ländern zur Stärkung der Innenstädte entwickelt. Die „Agenda Innenstadt“ des Städtebundes wurde von der Geschäftsleitung beschlossen.

Leitlinien des Bundes entsprechen in vielen Punkten der „Agenda Innenstadt“

Mit dem Beschluss der Baukulturellen Leitlinien des Bundes am 22. 8. 2017 im Ministerrat wurden die Bemühungen hochkarätig belohnt: Die Stärkung der Stadt- und Ortskerne



findet sich ganz prominent als „Leitlinie 1“ in dem vom Beirat für Baukultur erarbeiteten Impulsprogramm. Weiters bekennt sich der Bund in seinen Leitlinien zum Flächensparen, zur Förderung öffentlicher Räume, zur Implementierung und Stärkung von lokalen Gestaltungsbeiräten sowie zur Entwicklung von qualitativem und leistbarem Wohnbau, etwa durch steuerrechtliche Hebel, bodenpolitische Entscheidungen und die verantwortungsvolle Entwicklung eigener Immobilien. Auch möchte sich der Bund bei Verhandlungen mit den Ländern für eine 15a-B-VG-Vereinbarung einsetzen. In vielen Positionen entspricht der Bund damit den Forderungen der Städte.

Die Baukulturellen Leitlinien des Bundes wurden auf Initiative des Beirats für Baukultur und im Auftrag des Bundeskanzleramtes in einem vielschichtigen Beteiligungsprozess erarbeitet. ■

© Foto: wildbild.at, Hertha Hurnaus, Architektur: SUE Architekten (2), PID/Martin Volava



Die Wiener Kindergärten sind zur Anerkennung und Achtung gemeinschaftlicher Grundwerte verpflichtet. Orientiert sich der Bildungsalltag an einer spezifischen Glaubensrichtung, so ist Eltern bzw. Obsorgeberechtigten gegenüber klar zu deklarieren, wie religiöse Erziehung stattfindet.

Stadt Wien präsentiert Leitfaden für Umgang mit Religionen im Kindergarten

Der neue Leitfaden zum „Umgang mit Religionen, Weltanschauungen und Werten“ wurde als Ergänzung zum Bildungsplan der Stadt Wien präsentiert. Ein sicheres Fundament aus eindeutig definierten Werthaltungen soll die Grundlage für eine kultur- und religionssensible Bildung darstellen. Alle Wiener Kindergärten und Kindergartengruppen haben dabei folgende Grundsätze anzuerkennen: den demokratischen Rechtsstaat und dessen Zuständigkeit für die Gesetzgebung, den Vorrang der Justiz und Exekutive vor religiösen Vorschriften, die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie von Menschen mit unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und die Offenheit und Dialogbereitschaft gegenüber der Pluralität der Gesellschaft. Sämtliche Kinderbetreuungseinrichtungen sind verpflichtet darzulegen, ob und wie religiöse Erziehung vermittelt wird.

Verbot der Indoktrinierung und Zwangsausübung

Klar abgelehnt wird jede Form der Indoktrinierung und Zwangsausübung von Religionen, wie auch Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorsky klarstellt. „Jeglicher Zwang, in welcher Form auch immer, hat im Kindergarten nichts verloren!“, so der Stadtrat. Religion müsse ausnahmslos altersadäquat vermittelt werden. Feste und Bräuche des Jahreskreises fließen selbstverständlich in die pädagogische Arbeit ein.

Der Leitfaden der Stadt Wien wurde in Kooperation mit allen Religionsgemeinschaften entwickelt und steht unter folgendem Link zum Download zur Verfügung:

<https://www.wien.gv.at/bildung/kindergarten/pdf/ethik-kiga.pdf>

SCHWERPUNKT FINANZEN





© Foto: Andreas Busslinger

Bitcoin als Zahlungsmittel war erst der Anfang

Zug – die Blockchain-Stadt

Seit dem 1. Juli 2016 können in der kleinen Schweizer Stadt Zug Dienstleistungen mit Bitcoin bezahlt werden. Damit machte Zug weltweite Schlagzeilen. Die digitale Strategie von Stadt und Kanton Zug führt jedoch viel weiter.

Dolfi Müller, lic. oec. et iur.

Zug ist eine erfolgreiche, globale Kleinstadt, zwischen Zürich und Luzern gelegen, mit rund 30.000 EinwohnerInnen aus 127 Nationen. Rund 7.000 Firmen mit über 40.000 Arbeitsplätzen sind hier ansässig. Trotz ihrer vergleichsweise bescheidenen Größe verfügt Zug über eine große Anzahl internationaler Firmen und einen überdurchschnittlich hohen Wohlstand. Neben tiefen Steuern bietet Zug ein wirtschaftsfreundliches Umfeld, politische und finanzielle Stabilität, gut ausgebildete Fachkräfte und eine hohe Lebensqualität. Vor allem Fintech-Unternehmen streichen zusätzlich die Nähe und den Zugriff auf die globalen Märkte und den für sie wichtigen Finanzplatz Zürich, die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz, die Privatsphäre sowie das dezentrale politische System hervor. Gerade das letzte Element hat für Firmen, die mit der dezentral konzipierten Blockchain-Technologie arbeiten, einen hohen, nicht nur symbolischen Wert.

Vom „Crypto Valley“ zur Blockchain-Welthauptstadt

Eine aktuelle Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ) der Hochschule Luzern unterstreicht die starke Stellung des „Fintech Hub Schweiz“. Aufgrund des international bedeutenden Finanzplatzes Schweiz ist es nicht verwunderlich, dass sich Zug für die Fintech-Branche als weltweiter Top-Standort positioniert. Innerhalb der Schweiz nimmt die Region Zürich/Zug hinter Singapur weltweit den zweiten Rang ein. Im schweizweiten Vergleich mit absoluten Unternehmenszahlen führt Zürich das Ranking an, gefolgt von Zug. Mehr als 30 Fintech-Unternehmen sind bereits in Zug ansässig – mit steigender Tendenz.

In Zug haben sich in den letzten Jahren vermehrt internationale Unternehmen niedergelassen, die auf Verschlüsselungstechniken, sprich kryptografische Anwendungen, spezialisiert

sind. In Anlehnung an diese Entwicklung gaben Pioniere der Zuger Fintech-Szene Zug den Namen „Crypto Valley“. Den Anfang des Fintech-Booms im Crypto Valley bildeten die Ansiedelungen der Firmen Bitcoin Suisse, Ethereum und Monetas im Jahr 2013. Mittlerweile haben sich weitere Unternehmen mit internationaler Ausstrahlung wie Consensys, Lykke und Xapo in Zug niedergelassen. Zudem gab der börsennotierte Hersteller von Sicherheitstechnologien Wisekey im Mai 2017 bekannt, in Zug ein „IoT Blockchain Center of Excellence“ mit rund 20 ExpertInnen aufzubauen.

Um den Zuger Fintech-Cluster erfolgreich zu entwickeln, braucht es gut vernetzte ExpertInnen aus den verschiedensten Fachrichtungen, eine zukunftsorientierte Ausbildung und Forschung sowie wenige regulatorische Hürden. All dies bietet das Crypto Valley. Es ist ein erstklassiges Beispiel der Cluster-Dynamik am Standort Zug: Hier treffen innovative Start-ups auf gestandene Großunternehmen und es findet eine branchenübergreifende Zusammenarbeit statt, auch zu den hier ansässigen Bildungsinstituten wie dem IFZ und dem Departement für Informatik der Hochschule Luzern.

„Zug soll Welthauptstadt der Blockchain werden“ titelte die angesehene Schweizer Zeitung „Finanz und Wirtschaft“ am 1. März 2017. Anlass war die Gründung der „Crypto Valley Association“, die den Standort Zug als Welthauptstadt der Blockchain-Technologie vermarktet. Die Vereinigung will Zug zum weltweit führenden Ökosystem für Blockchain- und Crypto-Technologien entwickeln. Dahinter stehen Unternehmen wie UBS, PwC oder Thomson Reuters. Stadt und Kanton Zug unterstützen die Bemühungen pragmatisch und lösungsorientiert.

Crypto Valley reicht bis ins Stadthaus

Die Stadt Zug unterstützt diese Entwicklungen nicht nur, sondern geht die digitale Transformation selbst aktiv an. Im

bitcoin

Bitcoin

Bitcoin ist eine digitale Geldeinheit mit einem weltweiten, dezentralen Zahlungssystem. Überweisungen werden direkt zwischen den NutzerInnen über das Internet abgewickelt, ohne dass dazu eine zentrale Abwicklungsstelle notwendig ist. Die Überweisung von Bitcoin wird in Transaktionen abgewickelt, die ähnlich funktionieren wie eine Banküberweisung, jedoch ohne Bank. Die/Der Zahlende muss lediglich die Bitcoin-Adresse (vergleichbar mit der Kontonummer) der Zahlungsempfängerin/des Zahlungsempfängers kennen, um einen Betrag zu überweisen. In der Blockchain, einer Art Register, werden alle Transaktionen verzeichnet. Der Kurswert von Bitcoin ergibt sich aufgrund von Angebot und Nachfrage.

Rahmen der „Stadtidee Zug“, einem Leitbild für Politik, Wirtschaft und Bevölkerung, befasst sich der Stadtrat seit 2015 intensiv mit verschiedenen Zukunftsfragen. Ziel der Stadtidee ist es, dass Zug auch noch in 20 Jahren eine prosperierende, lebenswerte und international erfolgreiche Stadt ist. Ein Themenbereich der Stadtidee bildet die Auseinandersetzung mit der Blockchain-Technologie. Diese hat nach Ansicht des Stadtrates auch für die öffentliche Hand eine zunehmende Bedeutung. Vor diesem Hintergrund beschloss der Stadtrat im Frühling letzten Jahres, per 1. Juli 2016 Bitcoin als Zahlungsmittel zu akzeptieren. Sämtliche kostenpflichtige Dienstleistungen der EinwohnerInnenkontrolle bis zu einem Gegenwert von 200 Franken können seither am Schalter im Stadthaus mit Bitcoin bezahlt werden. Monatlich werden im Schnitt rund zwei Transaktionen durchgeführt. Die Bitcoin werden unmittelbar nach der Transaktion in Schweizer Franken umgewandelt, die Gefahr von Kursverlusten ist sehr klein. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv, weshalb der Stadtrat das zunächst befristete ausgestaltete Projekt auf unbestimmte Zeit verlängert hat.

In erster Linie ging es dem Stadtrat darum, erste Erfahrungen mit einer Blockchain-Technologie zu sammeln. Bitcoin, als aktuell eine der verbreitetsten Anwendungen, bot sich dazu



Dolfi Müller, lic. oec. et iur., Rechtsanwalt,
Stadtpresident von Zug, Schweiz

an. Der Entscheid warf hohe Wellen und führte weltweit zu einem unglaublichen Medieninteresse, das bis heute anhält. Die Stadt Zug konnte damit ein Zeichen setzen gegenüber dem Fin-Tech-Cluster in Zug und zum Ausdruck bringen, dass die Unternehmen hier willkommen sind. Ausgehend von diesem Schritt setzen sich sowohl Politik und Verwaltung wie auch die Bevölkerung vermehrt mit Fragen der digitalen Zukunft der Stadt Zug auseinander.

Digital ID on Blockchain

Gegen Ende dieses Jahres bietet die Stadt Zug als weltweit erste Gemeinde allen EinwohnerInnen die Möglichkeit, eine digitale Identität zu bekommen. Diese basiert auf einer App, welche persönliche Informationen mithilfe der Blockchain-Technologie sichert und mit einer Crypto-Adresse verknüpft. Die EinwohnerInnen registrieren ihre Identität eigenständig über die App. Anschließend wird die Identität bei der EinwohnerInnenkontrolle der Stadt Zug vor Ort beglaubigt. Basierend darauf kann die Stadt verschiedene Dienstleistungen anbieten. Voraussichtlich im Frühling 2018 soll erstmals auch eine blockchainbasierte Volksbefragung durchgeführt werden. Heute liegt die digitale Identität ausschließlich bei großen Suchmaschinen und sozialen Netzwerken, die daraus Profit schlagen. Der Stadtrat von Zug ist überzeugt, dass eine selbstverwaltete, sichere und beglaubigte Identität für das Funktionieren einer immer digitaleren Gesellschaft unabdingbar ist. Das Prüfen und Beglaubigen der digitalen Identität sollte jedoch eine hoheitliche Aufgabe bleiben und nicht an private Organisationen abgegeben werden.

Für die Stadt Zug steht in den nächsten Monaten das Implementieren einer weiteren, einfachen Anwendung der digitalen Identität auf Blockchain-Basis im Vordergrund. Daneben unterstützt Zug den weiteren Ausbau des Crypto Valley. Ein erstes großes Round-Table-Gespräch mit Firmenvertretern hat bereits stattgefunden. Die Zukunft wird spannend werden. Die Stadt Zug ist gut gerüstet. ■

© Porträt: Thomas Greiner © Logo: By Bitboy (Bitcoin forums) [CC0], via Wikimedia Commons

© Foto: iStockphoto



Erfolgsmodell

Genossenschaften in der Gegenwart

Die Genossenschaft ist nach wie vor ein Erfolgsmodell. Sie ist als Beitrag zum immateriellen Weltkulturerbe von der UNESCO (2016) anerkannt worden. Doch kommt es bei aller Traditionspflege darauf an, Akzeptanz für die Idee in der Gegenwart zu finden und ihre Besonderheiten als von den Personen getragene Gesellschaft gegenüber reinen Kapitalgesellschaften herauszustellen.

Dr. Holger Blisse, Bankkfm., Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Wien

Der schon erreichte Mitgliederbestand ist erfreulich und beachtlich. So entfallen in Österreich (2016) auf Raiffeisen-Genossenschaften 2,1 Mio., auf Volksbanken und gewerbliche Genossenschaften (Schulze-Delitzsch) rund 710.000, auf gemeinnützige Bauvereinigungen rund 510.000 und auf Konsumgenossenschaften 3.330 Mitglieder (Brazda 2017, S. 11).

Die Rechtsform der Genossenschaft (eGen./reg. Gen.) wird für Neugründungen in ganz unterschiedlichen Bereichen gewählt, wie die Vielfalt der Mitglieder in den inzwischen 13 Genossenschaftsverbänden vermittelt (vgl. Vereinigung österreichischer Revisionsverbände). Das Beispiel der Energiegenossenschaften, die in Deutschland einen Boom erlebten, ist hierzulande so

nicht zu beobachten, gründete aber dort auf besonders günstigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Dennoch eignet sich die Genossenschaft durchaus im Bereich der Städte und Gemeinden z. B. bei der Daseinsvorsorge mit Wohnen, Nahversorgung oder der Organisation kommunaler Leistungen. Das genossenschaftliche System mit im Verbund arbeitenden Primär-Genossenschaften, zentralen Genossenschaften bzw. Spitzeninstituten, börsennotierten Verbundunternehmen und Verbänden ist anfälliger geworden. Nicht nur die Einzelgenossenschaften, sondern auch das Zusammenspiel im System sind von den regulatorischen Maßnahmen, einer veränderten Wettbewerbssituation und Hinwendung zum Markt im Zeitalter von Digitalisierung und Globalisierung betroffen.

Veränderungen im Laufe der Zeit

Ursprünglich war die Genossenschaft darauf angelegt, als eine lokale bzw. regionale wirtschaftliche Fördergemeinschaft zu wirken, um leistbare und gute Angebote zu schaffen, wie sie am Markt fehlten. Heute steht sie oft als Großgenossenschaft im Wettbewerb. Die EigentümerInnen (Mitglieder) nehmen nicht mehr an der Willensbildung teil oder haben keinen räumlichen Bezug zur Genossenschaft. Das einzelne Mitglied scheint immer mehr auf seine Rolle als KapitalgeberIn reduziert zu werden. Dies legt auch der Vergleich mit Crowdfunding-Initiativen nahe, wo vor allem der Kapitalbeitrag vieler Mitwirkender („Crowd“) zur Verwirklichung der Projektidee einer/eines Einzelnen oder einer Gruppe beiträgt, ohne dass die Kapitalgebenden aktiver Teil der Projektgruppe würden, das Projekt beeinflussen oder in ihm mitwirken könnten.

Der Kapitalbeitrag ist oftmals, auch im Hinblick auf die variablen Geschäftsguthaben, die beim Austritt ausgezahlt werden, eher klein. So klein, dass im Erbfall oftmals die Mitgliedschaft gar nicht wahrgenommen wird und in der Genossenschaft verbleibt. Die Genossenschaft tendiert in Richtung einer Stiftung. Der Erhalt der Genossenschaft wird unabhängig von Mitgliederbewegungen. Aber damit entfernt sich die Genossenschaft von ihren TrägerInnen in der Gegenwart und ist mehr vom Interesse der in ihr Beschäftigten und ihres Managements geleitet als dass sie als Kooperationsform fungiert, zusammen zu wirtschaften und dadurch einen (Förder-)Vorteil aus dem Geschäftsbetrieb der Genossenschaft zu erzielen. Die Kritik, das Mitglied sei schon lange aus dem Zentrum gerückt, untermauerte auch der Trend zu Großfusionen. Es sei die Frage erlaubt, als wie anfällig ein größer und anonym werdendes System zu beurteilen ist, wenn es vom (freiwilligen) [in der Rechtsform konstruierten] Verzicht des Einzelnen für das Ganze lebt, der bei der Ingangsetzung einer Genossenschaft weniger ins Gewicht fällt als in einer Genossenschaft, die über Jahre und Jahrzehnte Reserven aufgebaut hat. Denn wenn sich das Ganze im Zeitverlauf diesen Verzicht aneignen kann und ihn vereinzelt, ohne alle weiter daran teilhaben zu lassen, kommt es dazu, dass eben nicht mehr die Menschen in Genossenschaften selbst ihre eigenen Fähigkeiten einbringen, sondern die Vorteile erreichen einige wenige, höchstens die im System Beschäftigten.

Das vor Jahren so bezeichnete „herrenlose Vermögen“ (1994) – die Reserven – in der Genossenschaft ist vom (Kapital-)Markt „entdeckt“ worden, sei dies bei den österreichischen Volksbanken oder gemeinnützigen Bauvereinigungen, vor allem in den kapitalgesellschaftlichen Rechtsformen (AG, Ges.m.b.H.). Eine Möglichkeit, es in der Gegenwart auch in der Genossenschaft zu realisieren, ist deren Umwandlung in

eine Aktiengesellschaft. Dann gelten jedoch deren Gesetzmäßigkeiten. Die Gefahr nimmt zu, dass die Genossenschaften nicht mehr versuchen, „das Genossenschaftsvermögen als überindividuelles Erbe für ihre Region zu bewahren“ (Dellinger 2014, S. 505), sondern es individualisieren. Damit wäre das Ende des Lebens einer Genossenschaft als Rechtsform mit ihren Prinzipien, wie sie ein nicht an erster Stelle auf Gewinnmaximierung gerichtetes Wirtschaften kennzeichnen, erreicht. Der Aufbau einer neuen Genossenschaft stellt angesichts der europäischen Vorstellungen für den Binnenmarkt und einer stärker sich individualisierenden bzw. polarisierenden, entsolidarisierenden Gesellschaft keine leichte Aufgabe dar. Gleichwohl kommt Genossenschaften nicht nur in der europäischen Kredit-, Land- und Wohnungswirtschaft, sondern auch im gewerblichen Mittelstand, bei Dienstleistungen und zwischenbetrieblichen Kooperationen auch heute eine besondere Rolle zu. Es lohnt, diese Rechtsform, als Antwort auf die „Soziale Frage“ im 19. Jahrhundert entstanden, auch heute als eine Antwort auf die gleiche, nur anderes berührende Frage z. B. auch im Bereich der Städte und Gemeinden zu verstehen, zumal ihre Mitglieder auch juristische Personen sein können. Als auf Dauer angelegte Rechtsform wäre sie davor geschützt, dass eine Generation den Zeitpunkt wählt, die generationenübergreifend gewachsenen Reserven zu heben und zu realisieren. Denn kommt es dazu, so ist dies, wie auch bei der Privatisierung kommunalen Vermögens, nur ein Mal möglich. Es hebt die Genossenschaft auf und verschärft die Marktbedingungen und führt zu höheren Preisen. Die Genossenschaft würde – entgegen auch dem Votum als Weltkulturerbe – in ihrem Fortbestand erschütterbar, obwohl ihr Rechtskleid eine große Beständigkeit aufweist. Gerade auch als Schutz sollte die Würdigung durch die UNESCO wirken, dass Europäische Kommission, nationale Politik und Rechtsetzung sowie auch die Genossenschaftspraxis selbst für den Erhalt und die Fortentwicklung eintreten und wir alle auf die bestehenden und neue Genossenschaften und ihren Förderbeitrag aufmerksam werden. ■

Literaturhinweise

Johann Brazda (Hrsg.) (2017): *Identität der Genossenschaften in Österreich. Vorträge und Aufsätze des Forschungsvereins für Genossenschaftswesen*, H. 40. Wien, vgl. https://genos.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/genossenschaftswesen/Genos/Hefr40.pdf
 Markus Dellinger (Hrsg.) (2014): *Genossenschaftsgesetz samt Nebengesetzen – Kommentar*, 2. Aufl., Wien.
 Hans Hofinger & Renate Hinteregger (2007): *Genossenschaften – eine Perspektive für Kommunen. Schriftenreihe Recht & Finanzen für Gemeinden*, H. 3. Wien, vgl. http://gemeindebund.at/website2016/wup-content/uploads/2017/05/RFG_3-2007_-_Genossenschaften_-_eine_Perspektive_fuer_Kommunen_PDF__2MB.pdf

Einfach von A nach B in Niederösterreich, Burgenland und Wien

In Wien, Niederösterreich und dem Burgenland fahren Sie mit den Öffis zum einheitlichen Tarif des Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) – drei Bundesländer, ein Tarifsystem.

Mit dem VOR AnachB Routenplaner auf www.vor.at und der VOR AnachB App können Routen für Öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad, zu Fuß und mit dem Auto anhand von Echtzeitdaten berechnet und miteinander kombiniert werden – und das kostenlos und für ganz Österreich. Den passenden Fahrpreis errechnen Sie ganz einfach mit der VOR-Preisankunft.



BEZAHLTE ANZEIGE

Besonders interessant für Gemeinden und Betriebe – den VOR AnachB Routenplaner sowie die VOR-Preisankunft gibt es auch als Widget zum Einbauen in externe Websites. In wenigen einfachen Schritten kann man sein persönliches Widget wahlweise mit Routenplaner, Preisankunft oder einer Kombination aus beiden erstellen und dieses direkt in jede Website einbauen. Durch die Kooperation mit RIS GmbH ist das VOR AnachB- sowie das VOR-Preisankunft Widget bereits im CMS System der RIS-Gemeinde-Webseiten in der Ostregion integriert und muss nur mehr aktiviert werden. Einmal aktiviert, stehen die Services auch in der Gem2Go App zur Verfügung.

Ergänzend zum VOR AnachB Routenplaner und der VOR-Preisankunft bietet der VOR noch eine Reihe kostenloser Fahrplanservices zum Download und Ausdrucken an:

- Linienfahrplan: detaillierter Fahrplan einer einzelnen Linie
- Haltestellenaushang: Abfahrtszeiten einer gewünschten Haltestelle
- Persönlicher Fahrplan: Übersicht aller Fahrtmöglichkeiten von A nach B innerhalb eines bestimmten Zeitfensters

Mehr Infos unter: www.vor.at

Foto: VOR



VOR AnachB Routenplaner



Smart unterwegs

in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland

Einfach von A nach B mit dem multimodalen VOR AnachB Routenplaner auf www.vor.at und als kostenlose App.



www.vor.at



Bei Grundstücksveräußerungen wird die Immobilienertragsteuer nach wie vor mit 25 % vom Gewinn berechnet.

Hinweise aus der Beraterpraxis

Immobilienenertragsteuer – aktuelle Praxisfragen

Das Gemeindebudget wird seit April 2012 bei Grundstücksveräußerungen mit der Immobilienenertragsteuer (kurz: ImmoESt) belastet¹. In der Beraterpraxis sind zuletzt einige Fragen von Gemeinden, NotarInnen und RechtsanwältInnen dazu wiederholt gestellt worden und haben für Unsicherheiten gesorgt; nachstehend geben wir die Antworten.

Prof. Dr. Helmut Schuchter, Stauder Schuchter Kempf – Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH & Co KG

ImmoESt mit 25 % oder 30 %?

Seit 1. 1. 2016 wird die ImmoESt mit 30 % von den Einkünften aus der privaten Grundstücksveräußerung berechnet². Das gilt allerdings nur für den Bereich der Einkommensteuer und damit ausschließlich für natürliche Personen. Für Körperschaften hat sich nichts geändert. Bei der Selbstberechnung der ImmoESt kann eine Steuer in Höhe von 25 % entrichtet werden, wenn die/der Steuerpflichtige eine Körperschaft im Sinne des § 1 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetzes ist³. Gemeinden sind genauso wie Kapitalgesellschaften oder Vereine solche Körperschaften. Veräußert die Gemeinde ein Grundstück, dann wird die ImmoESt seit April 2012 und unverändert heute mit 25 % vom Gewinn berechnet.

Was passiert bei Umwidmungen nach dem Verkauf?

Hier geht es um viel Geld, jedenfalls dann, wenn es sich bei dem veräußerten Grundstück um „Altvermögen“ im Verständnis der ImmoESt handelt⁴. Soweit das Grundstück am

31. 3. 2012 nicht steuerverfange war, können vom Veräußerungserlös sogenannte pauschale fiktive Anschaffungskosten abgezogen werden. Nicht steuerverfange war das Grundstück, wenn es keinem Betriebsvermögen zuzurechnen war⁵ oder wenn die natürliche Person vor dem 31. 3. 2002 bzw. die Gemeinde vor dem 31. 3. 2012 schon EigentümerIn war. Dabei spielt die Umwidmung eine entscheidende Rolle – im Fall einer Umwidmung nach dem 31. 12. 1987 (!) können nur 40 % und in allen übrigen Fällen immerhin 86 % als fiktive Anschaffungskosten abgezogen werden. Als Umwidmung gilt eine Änderung der Widmung, die nach dem letzten entgeltlichen Erwerb stattgefunden hat und die erstmals eine Bebauung ermöglicht, die in ihrem Umfang im Wesentlichen der Widmung als Bauland oder Baufläche im Sinne der Landesgesetze auf dem Gebiet der Raumordnung entspricht. Das Praxisproblem ist weniger eine schon vollzogene Umwidmung als eine noch zu erwartende oder gar zugesagte Umwidmung in Bauland. Die Selbstberechnung der ImmoESt ist für die/den ParteienvertreterIn problematisch und ihr/sein Haftungsrisiko erheblich, wenn sie/er um die anstehende

Umwidmung weiß. Das hat der Gesetzgeber erkannt und eine Erleichterung geschaffen: Seit 29. 12. 2015 brauchen NotarIn oder Rechtsanwältin/Rechtsanwalt nur auf die aktuelle Widmung im Zeitpunkt der Vertragsunterfertigung achten. Ist das Grundstück zur land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung gewidmet, darf die ImmoESt bei „Altvermögen“ mit 4,2 % (bei 30 % Steuersatz) oder 3,5 % (bei 25 % Steuersatz) vom Veräußerungserlös errechnet werden⁶. Erfolgt innerhalb von fünf Jahren nach der Veräußerung eine Umwidmung oder erfolgt eine Kaufpreiserhöhung aufgrund einer späteren Umwidmung, dann gilt diese spätere Umwidmung als rückwirkendes Ereignis im Sinne des § 295a der Bundesabgabenordnung⁷.

Das heißt, dass die Veräußerin/der Veräußerer selbst und ohne Verantwortung der Vertragsverfasserin/des Vertragsverfassers diesen Vorgang beim Finanzamt melden und die Differenz auf die erheblich höhere ImmoESt von 18 % (bei 30 % Steuersatz) oder 15 % (bei 25 % Steuersatz) vom Veräußerungserlös nachzahlen muss.

Erschließungskosten beim Verkauf

Immer wieder stellt sich die Frage, wie es sich mit Erschließungskosten verhält, wenn die Gemeinde ein Wohn- oder Gewerbegebiet entwickelt und beabsichtigt, die so geschaffenen und baureifen Grundstücksteile zu veräußern. Dazu ein Praxisbeispiel:

Die Gemeinde hat im Jahr 2016 umfangreiche Liegenschaften erworben. Die Gemeinde beabsichtigt, auf diesen Grundstücken ein neues Gewerbegebiet mit einer Gesamtfläche von 20.000 m² zu schaffen. Dazu werden Straßen, Wege, Wasser- und Kanalinfrastruktur, Beleuchtungsanlagen und sonstige Infrastrukturanlagen oder Leitungen errichtet. Sämtliche Investitionen erfolgen seitens der Gemeinde. Die Gemeinde wird den Gewerbepark nicht selbst operativ betreiben, sondern das Gebiet parzellenweise an interessierte Betriebe verkaufen.

Sämtliche Veräußerungen der anteiligen Grundstücksflächen im Gewerbegebiet durch die Gemeinde sind körperschaftsteuerpflichtig; die wenigen Steuerbefreiungen wie z. B. selbst errichtete Gebäude⁸, Baulandzusammenlegungen und Flurbereinigungen⁹ oder unentbehrliche Hilfsbetriebe¹⁰ kommen hier sachverhältnismäßig nicht in Betracht. Der Körperschaftsteuersatz beträgt grundsätzlich 25 % vom erzielten Gewinn. Es werden Grundstücksteile veräußert, welche die Gemeinde ihrerseits erst nach dem 1. 4. 2012 erworben hat. Für solche, als „Neuvermögen“ bezeichnete, Grundstücke gilt die Regelbesteuerung. Demnach errechnen sich die steuerpflichtigen Einkünfte (Gewinn) aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Veräußerungserlös und den Anschaffungskosten. Die Anschaffungskosten sind um Herstellungsaufwendungen und

© Foto: iStockphoto

Der Grundstein für die Architektur der Zukunft.

Building Automation von Beckhoff.



Skalierbare Steuerungstechnik

Das modulare Steuerungssystem von Beckhoff bietet Lösungen vom leistungsstarken Industrie-PC oder Embedded-PC als Gebäudeleitrechner bis zum dezentralen Ethernet-Controller.

Der Automatisierungsbaukasten

Das Beckhoff-Busklemmensystem für die Anbindung der Datenpunkte unterstützt mit 400 verschiedenen I/O-Klemmen alle gängigen Sensoren und Aktoren.

www.beckhoff.at/building

Mit PC- und Ethernet-basierter Steuerungstechnik von Beckhoff lassen sich alle Gebäudefunktionen softwarebasiert realisieren. Das durchgängige Automatisierungskonzept mit Hard- und Softwarebausteinen für alle Gewerke bietet maximale Flexibilität bei geringen Engineeringkosten. Die Automatisierungssoftware TwinCAT beinhaltet alle wesentlichen Gebäudefunktionen sowie eine standardisierte Systemintegration über Ethernet, BACnet/IP, OPC UA oder Modbus TCP. Der Beckhoff Baukasten erfüllt eine Gebäudeautomation nach Energieeffizienzklasse A.



Instandsetzungsaufwendungen zu erhöhen, soweit diese nicht bei der Ermittlung von Einkünften zu berücksichtigen waren¹¹.

Um die Besteuerung aus der Veräußerung von Grundstücken gering zu halten, ist wesentlich, dass die Anschaffungskosten möglichst hoch angesetzt werden. Im vorliegenden Fall sind diese Anschaffungskosten in einem zweistufigen Verfahren zu ermitteln. Vorweg ist der tatsächliche Kaufpreis aus dem Jahr 2016 anzusetzen. In einem zweiten Schritt sind diese Anschaffungskosten um Herstellungsaufwendungen und Instandsetzungsaufwendungen zu erhöhen, soweit diese nicht bei der Ermittlung von Einkünften zu berücksichtigen waren.¹² Bei der Entwicklung des Gewerbegebietes fallen anlässlich der Erschließung erhebliche Herstellungsaufwendungen an. Dazu vertritt das Bundesministerium für Finanzen folgende Rechtsmeinung¹³:

» Bei Aufschließungskosten (Herstellung von Straßen, Kanal- und Wasser- und/oder Energieversorgung), bei von der Gemeinde dem Grundstückseigner vorgeschriebenen Umwidmungskosten sowie bei Kosten einer Grundstücksteilung (z. B. Vermessungskosten) handelt es sich um nachträgliche Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten von Grund und Boden bzw. Gebäuden, die daher zu aktivieren sind. Ein bestimmter zeitlicher Zusammenhang der Aufschließungskosten mit dem Anschaffungs- oder Veräußerungsvorgang ist nicht erforderlich. Umwidmungs- und Aufschließungskosten können daher auch dann im Rahmen der Regeleinkünftermittlung berücksichtigt werden, wenn das Grundstück unentgeltlich erworben wurde.

» Herstellungskosten von Straßen und Wegen (inklusive der Anschaffungskosten des für die Straßen und Wege erforderlichen Grund und Bodens) stehen im Zusammenhang mit der Veräußerung des Grund und Bodens und sind daher Bestandteil der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des Grund und Bodens und somit der veräußerten Parzellen. Die Aufteilung kann dabei entsprechend der Flächenverhältnisse der Parzellen zueinander erfolgen.

» Anschlusskosten an Versorgungsnetze stellen grundsätzlich Teilherstellungskosten des Gebäudes dar, bei bebauten Grundstücken sind diese Aufwendungen daher den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Gebäudes zuzurechnen. Bei unbebauten Grundstücken liegt dagegen ein selbstständiges Wirtschaftsgut vor. Da allerdings diese Anschlusskosten zur Veräußerung des unbebauten Grundstücks erforderlich sind, bestehen keine Bedenken, diese Anschlusskosten den Anschaffungskosten von Grund und Boden zuzurechnen.

Die Erschließungsgebühren nehmen an der Berechnung nicht teil und beeinflussen das Ergebnis nicht, da es sich um hoheitliche Gebühren bzw. Beiträge und keine nachträglichen Verkaufsentgelte handelt.

Aufgrund des Zufluss-Abfluss-Prinzips, das bei der ImmoESt maßgeblich ist, sind diese Kosten allerdings erst dann zu berücksichtigen, wenn sie auch tatsächlich verausgabt werden. Sollte dieser Zeitpunkt erst nach Erzielung der Einnahmen aus der Grundstücksveräußerung liegen, ist zu unterscheiden¹⁴:

» Die Kosten fließen nach Entrichtung der ImmoESt, aber im selben Veranlagungszeitraum, ab: Eine „Korrektur“ der entrichteten ImmoESt ist lediglich im Rahmen der Veranlagung möglich.

» Die Kosten fließen in einem späteren Veranlagungszeitraum ab: Diese Kosten sind im Abflussjahr zu berücksichtigen; es kommt daher in diesem Jahr zu negativen Einkünften aus privaten Grundstücksveräußerungen.

» Es werden Akontozahlungen (Vorauszahlungen) im Jahr des Zuflusses des Veräußerungserlöses geleistet: Diese sind im Rahmen der Einkünftermittlung entsprechend zu berücksichtigen. Kommt es in späteren Veranlagungszeiträumen zu einer Reduktion der Akontozahlungen (z. B. durch Rückzahlungen), sind diese Beträge als (positive) nachträgliche Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen zu erfassen.

Wenn also die Gemeinde im Jahr 2017 bereits die Parzellen verkauft und den Kaufpreis zur Gänze erhält, aber im Jahr 2018 noch Kosten für Straßenbelag und Beleuchtung anfallen (endgültige Fertigstellung der Zufahrtswege), dann sind die Kosten des Jahres 2018 bei der ImmoESt-Berechnung in 2017 nicht zu berücksichtigen. Das kann vermieden werden, wenn mit den KäuferInnen eine, den Ausgaben entsprechend angepasste, Kaufpreisratenzahlung vereinbart wird. ■

1. § 21 Abs. 3 Z. 4 KStG iVm § 30 EStG

2. § 30b Abs. 1 EStG idF StRefG 2015/2016

3. § 30b Abs. 1a EStG idF StRefG 2015/2016

4. § 30 Abs. 4 EStG

5. Bei der Gemeinde nicht einem Betrieb gewerblicher Art zuzurechnen war; der Bodenanteil war nur steuerhängig, wenn einem bilanzierungspflichtigen Betrieb gewerblicher Art zuzurechnen

6. Vereinfachte Methode – entspricht Veräußerungserlös abzüglich 86 % Anschaffungskosten, davon ImmoESt

7. § 30 Abs. 4 Z. 1 EStG idF AbgÄG 2015

8. § 30 Abs. 2 Z. 2 EStG

9. § 30 Abs. 2 Z. 4 EStG

10. § 21 Abs. 2 Z. 3 KStG

11. § 30 Abs. 3 EStG

12. § 30 Abs. 3 EStG

13. Rz 6660 EStR

14. Rz 6660a EStR

Reform Finanzausgleich

Mehr Einnahmenautonomie für Länder und Gemeinden?

Einnahmenverantwortung von Ländern und Gemeinden ist ein wesentliches Thema bei der Reform des Finanzausgleichs.

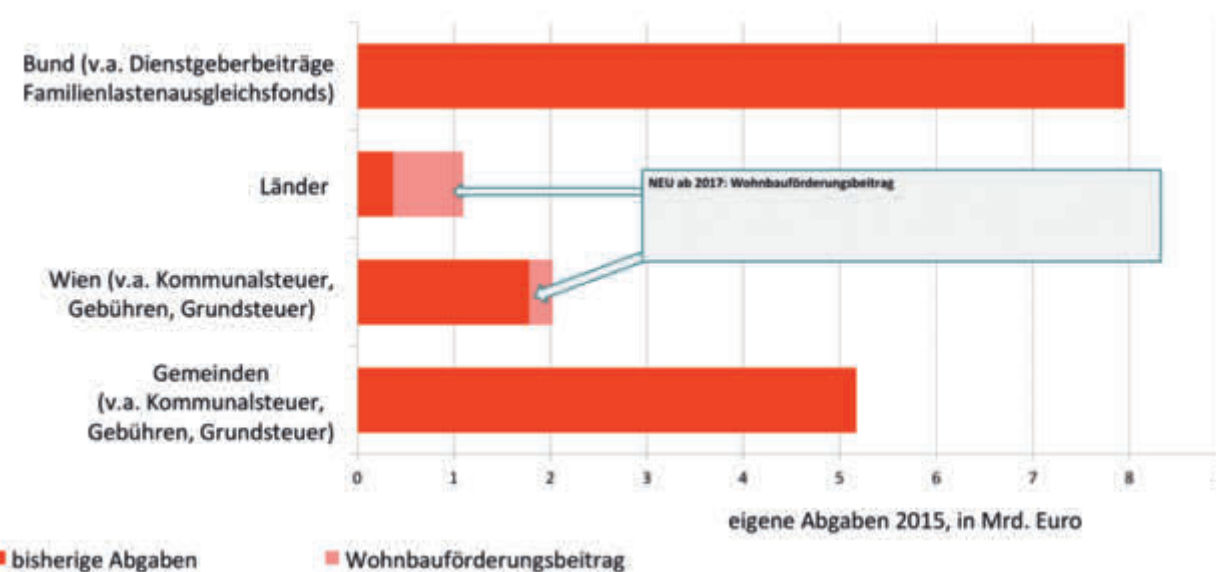
Dr. Helfried Bauer, Dr.ⁱⁿ Karoline Mitterer

Sie ist heute bei den Ländern fast nicht mehr existent und für die Gemeinden bestehen lediglich bei der Grundsteuer und bei der Kommunalsteuer beschränkte Entscheidungs- und Verantwortungsspielräume. Dies ist demokratiepolitisch, aber auch aus ökonomischen Gründen ziemlich problematisch. Als Einstieg in eine Reform konnten sich Bund und Länder lediglich auf eine minimale Variante der „Verlängerung“ der Steuersatzverantwortung beim Wohnbauförderungsbeitrag sowie auf eine erst zu aktualisierende Grundsteuer der Gemeinden einigen. Wie es um die Umsetzung bestellt ist und welche wirtschaftspolitischen Auswirkungen zu erwarten sind, soll in diesem Beitrag erörtert werden.

Ziele einer verstärkten Einnahmenverantwortung von Ländern und Gemeinden

Dem finanzwissenschaftlich bedeutsamen Äquivalenzprinzip¹ wird im österreichischen Föderalismus und im Finanzausgleichssystem in verschiedener Hinsicht zu wenig entsprochen. Vereinfacht gesagt, verlangt dieses Prinzip eine Übereinstimmung von politischer und wirtschaftlicher Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung. Damit soll zum einen verhindert werden, dass – aus ökonomischer Sicht ineffiziente – externe Effekte auftreten. Von einer Gebietskörperschaft und ihren BürgerInnen sollen demzufolge keine Kosten für Leistungen getragen werden müssen, die teilweise von BewohnerInnen und Unternehmen außerhalb der betreffenden Gebietskörperschaft konsumiert werden. Diese idealtypische theoretische Position des fiskalischen Föderalismus wird in der

Abb: Einnahmen aus eigenen Abgaben sowie Wohnbauförderungsbeitrag, 2015





Diskutiert wird, den einzelnen Gemeinden bei der Festsetzung des Steuersatzes mehr autonomen Spielraum zu ermöglichen.

Praxis durch die Bestimmung des § 2 F-VG 1948² zwar teilweise aufgegriffen. Angesichts der verbundenen Aufgaben- und Finanzierungsregelungen in mehreren zentralen Wirkungs- und Leistungsbereichen (z. B. Bildung, soziale Sicherung) lässt sie sich jedoch bestenfalls ansatzweise verbessern. Ein weiteres finanzwissenschaftliches Ziel betrifft einen dosierten Wettbewerb. Dieser wäre bei Vergleichen von Leistungen und Höhe der Steuerbelastungen zwischen Ländern und Gemeinden seitens der SteuerzahlerInnen möglich. Zumindest verbal haben diese theoretischen Positionen auch die Reformziele der Finanzausgleichsverhandler beeinflusst, nämlich folgende:³

» „Gesunder Steuerwettbewerb und fiskalische Äquivalenz ...“

» Autonomie nur bei Abgaben, die sich für SteuerzahlerInnen und Administrationen mit vertretbarem Aufwand regional abgrenzen lassen,

- » während der Umstellungsphase keine Erhöhung der Steuerquote,
- » kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand durch weitgehenden Vollzug im Weg der Bundesfinanzverwaltung.“

Die Verhandlungen zeigten jedoch, dass die Länder über eine Erweiterung ihrer Abgabenautonomie untereinander uneins waren⁴, während bei der Frage nach einer verstärkten Einnahmenverantwortung der Gemeinden über eine reformierte Grundsteuer sich jedenfalls der Finanzminister quergelegt hatte.⁵ Damit war auch bei diesem Reformthema politisch kein wirklicher Konsens gegeben.

Was wurde bisher erreicht?

Für die Bundesländer ist lediglich eine Übertragung des Steuersatzrechts bei einer einzigen kleinen Abgabe – dem Wohnbauförderungsbeitrag – beschlossen worden. Die sonstige Re-

gelung dieser Steuer wird beim Bund verbleiben. Damit wird sich an der bestehenden bedeutungslosen Abgabenautonomie der Länder jedoch nur wenig ändern, denn das Aufkommen beträgt 0,96 Mrd. Euro (2015), d. s. rund sechs Prozent der Ländereinnahmen aus dem Steuerverbund. Die endgültigen Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Länder wurden im Rahmen des Wohnbauförderungsbeitragsgesetzes 2018 festgelegt. Immerhin wurde auch beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Abgabenautonomie“ einzurichten, um unter Beiziehung internationaler ExpertInnen die Zweckmäßigkeit einer verstärkten Abgabenautonomie der Länder und Optionen hierfür zu prüfen. Insbesondere die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die motorbezogene Versicherungssteuer sollen einer näheren Prüfung unterzogen werden. Allerdings wurde keine Frist zur Einberufung der Arbeitsgruppe festgelegt. Für die **Gemeinden** wurde die Reform der Grundsteuer als notwendig erkannt. Im BMF wurde dazu eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet. Sie sollte gemäß Paktum zum Finanzausgleich bis September 2017 eine Reform der Grundsteuer vor-

bereiten. Im Zentrum der Beratungen stehen ein Vorschlag von Städtebund und Gemeindebund für eine vereinfachte Neuberechnung der Einheitswerte nach dem „Altengbacher Modell“⁶ sowie Überlegungen zur laufenden Valorisierung der neuen Einheitswerte anhand von regional differenzierten Indizes über die Entwicklung der Grundstückspreise. Weiters wird von Diskussionen technischer Fragen zur Datenlage berichtet. Eine Einigung über die Eckpunkte einer neuen Grundsteuer (Steuersätze, Befreiungen, mögliches Aufkommen, Zeitpunkt des Inkrafttretens etc.) ist allerdings noch nicht in Sicht.

Auswirkungen einer erhöhten Einnahmenverantwortung der Länder?

Zwei Auswirkungen einer gegenüber bisher erweiterten Steuer(satz)autonomie der Länder sind von besonderem Interesse. Das wären zunächst mögliche Folgen des zumindest theoretisch empfehlenswerten *Steuerwettbewerbs*, wofür ExpertInnen des WIFO jedenfalls jüngst Überlegungen publi-

Save the Date: Bank Austria KommunalForum 2017

Die neue Haushaltsrechnung auf Basis VRV 2015 ist für viele Kommunen eine besondere Herausforderung. Um die Gemeinden beim Erstellen des ersten Voranschlags zu unterstützen, präsentiert die Bank Austria in Zusammenarbeit mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung beim elften Bank Austria KommunalForum Anfang November 2017 einen praxisnahen Leitfaden.

Einen detaillierten Einblick in den neuen Leitfaden erhalten interessierte GemeindevertreterInnen beim Bank Austria KommunalForum, das am 6. und 7. November 2017 in Klagenfurt bzw. Ansfelden/OÖ zum mittlerweile elften Mal in Folge über die Bühne geht.

Die traditionelle Kooperationsveranstaltung von Bank Austria, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, dem Österreichischen Städtebund und dem Österreichischen Gemeindebund hat sich über die Jahre zu einer der wichtigsten Diskussionsplattformen für kommunale Zukunftstrends entwickelt.

Sie gilt mittlerweile als Fixpunkt im Tagungskalender von BürgermeisterInnen, AmtsleiterInnen und FinanzreferentInnen in ganz Österreich.

Kontakt:

Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrer Gemeindebetreuerin bzw. Ihrem Gemeindebetreuer, auf publicsector.bankaustria.at, auf unternehmerbank.bankaustria.at oder unter Tel. +43(0)5 05 05-41691.

Willkommen beim Bank Austria KommunalForum 2017!

- **6. November 2017**
Arbeiterkammer Kärnten
Bahnhofplatz 3
9021 Klagenfurt
- **7. November 2017**
Stadtamt Ansfelden
Hauptplatz 41
4053 Haid

 **Bank Austria**
Member of  UniCredit

ziert haben.⁷ Klar ist, dass wirtschaftliche Auswirkungen bei länderweise spürbar unterschiedlichen Sätzen des Wohnbauförderungsbeitrages, der von DienstgeberInnen und DienstnehmerInnen eingehoben wird, von der Mobilität der Betriebe und deren Beschäftigten sowie von der Qualität der öffentlichen Infrastrukturleistungen in den Bundesländern abhängen. Wenngleich theoretische Untersuchungen nicht zu eindeutigen Ergebnissen kommen, wäre nach diversen empirischen Studien ein ruinöser Wettbewerb zumindest nicht zu erwarten.⁸ Es zeigt sich in Österreich – so die genannten ExpertInnen –, dass Bundesländer mit einem sparsamen und effektiveren Mitteleinsatz und mit teilweise besseren Infrastrukturleistungen neben weniger effektiven Ländern politisch akzeptiert werden. Es wird also von den künftigen Rahmenbedingungen und den steuerpolitischen Entscheidungen abhängen, ob überhaupt Auswirkungen eintreten werden. Sollte dies der Fall sein, wären Maßnahmen zu einem horizontalen Ressourcenausgleich und/oder das Festlegen einer Bandbreite für die Steuersatzentscheidungen der Länder zu erwägen.

Dagegen ist auf die andere ab 2018 spürbare Auswirkung hinzuweisen. Sie betrifft den geänderten Verteilungsmodus: Bis 2017 fließt der Wohnbauförderungsbeitrag dem Bund zu und wird nach der Volkszahl (der Wohnsitz ist maßgeblich) auf die Länder verteilt. Danach wird jedoch das länderweise Aufkommen maßgeblich sein, das sich je nach Standort der Betriebsstätten ergeben wird. Es wird dabei – wie Analysen des Budgetdienstes zeigen – im Vergleich mit der bisherigen länderweisen Verteilung der Mittel zu Verschiebungen der Anteile kommen, nämlich zugunsten Wiens und zulasten der Länder Niederösterreich und Burgenland. In gedämpfter Form wird auch das Land Salzburg begünstigt sein, was vor allem Oberösterreich leicht schwächen dürfte.⁹

Es lohnt sich, darauf hinzuweisen, dass im Fall einer künftig erweiterten Abgabenautonomie der Länder über die motorbezogene Versicherungssteuer bei unveränderter Gesamtbelas-

tung und auf Basis eines einheitlichen Steuersatzes die Verteilungswirkungen deutlich zulasten der Länder Wien, Vorarlberg und Tirol ausfielen, während Burgenland, Niederösterreich und Oberösterreich höhere Einnahmen aus dieser Steuer (von mehr als 10 Prozent gegenüber bisher) erzielen könnten.¹⁰

Über welche Auswirkungen einer neuen Grundsteuer wäre nachzudenken?

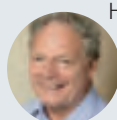
Die von den Gemeinden erwartete Angleichung der neuen Einheitswerte an die Verkehrswerte und die Bereitschaft der Gemeinden, auch die politische Verantwortung für die erwarteten Mehreinnahmen zu übernehmen, ergibt interessante wirtschaftspolitische Perspektiven. Eine davon betrifft – wie auch immer die steuertechnischen Details geregelt werden – eine deutlich erhöhte Differenzierung auf der Gemeindeebene. Es kann vermutet werden, dass es durch die regional unterschiedliche Entwicklung der Einheitswerte zu Auswirkungen auf das Aufkommen in einzelnen Gemeinden sowie zu interregionalen Verteilungseffekten zwischen Gemeinden in wirtschaftsstärkeren und -schwächeren Gebieten kommen wird. Es sollte daher auch über einen adäquaten horizontalen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden (interkommunaler Ressourcenausgleich) nachgedacht werden.

Noch offen ist auch, welche Freiheiten den Gemeinden bei der Festlegung des Steuersatzes gegeben werden. Eine weitgehend selbstbestimmte Festsetzung der Höhe der Grundsteuer wird zu einem verstärkten Wettbewerb zwischen den Gemeinden führen. ■

1. Siehe hierzu Thöni, E; Bauer, H.: *Föderalismus und Bundesstaat*, in: *Handbuch Finanzausgleich 2017*, S. 39 f.
2. § 2 lautet: *Der Bund und die übrigen Gebietskörperschaften tragen, sofern die zuständige Gesetzgebung nichts anderes bestimmt, den Aufwand, der sich aus der Besorgung ihrer Aufgaben ergibt.*
3. Kremser, M.; Sturmlechner, Ch.; Wolfsberger, Th.: *Zum Paktum*, in: *Handbuch Finanzausgleich 2017*, S. 204.
4. Siehe Mungenast, C.: *Einschätzung*, in: *Handbuch Finanzausgleich 2017*, S. 340.
5. Siehe Leis, W.; Gschwandner, K.: *Ergebnis*, in: *Handbuch Finanzausgleich 2017*, S. 356.
6. Vgl. Gschwandner, K.; Puchner, O.: *Grundsteuerreform nach dem „Altengbacher Modell“*, in: Klug, F. (Hrsg.): *Reform der Gemeindesteuern*, 2015.
7. Klien, M.; Pitlik, H.; Schratzenstaller, M.: *Stärkung der Abgabenautonomie*, in: *Handbuch Finanzausgleich 2017*, S. 498 f.
8. Siehe hierzu Klien, M.; Pitlik, H.; Schratzenstaller, M.: *Stärkung der Abgabenautonomie*, in: *Handbuch Finanzausgleich 2017*, S. 500 f.
9. Siehe Parlament – Budgetdienst, *Analyse des FAG 2017 – 2021 vom November 2016*, S. 16.
10. Klien, M.; Pitlik, H.; Schratzenstaller, M.: *Stärkung der Abgabenautonomie*, in: *Handbuch Finanzausgleich 2017*, S. 498 f.



Dr.ⁱⁿ Karoline Mitterer ist seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin beim KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung.



Hon.-Prof. Dr. Helfried Bauer, bis 2008 im KDZ tätig, arbeitet freiberuflich an Projekten zu Fragen von Public Governance und Management sowie Finanzausgleich und anderen finanzwissenschaftlichen Themen.



Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung

Umsetzung der VRV 2015

Spätestens im Herbst 2019 ist der erste Voranschlag nach der neuen VRV zu erstellen. Damit wird neben dem Finanzierungsvoranschlag auch ein Ergebnisvoranschlag zu erstellen sein. Für den Ergebnisvoranschlag sind die Vorarbeiten für die Vermögensrechnung insofern zu schaffen, als dass das Anlagevermögen wie auch die Rückstellungen zu erfassen und zu bewerten sind. Ein Vermögensvoranschlag ist nicht verpflichtend zu erstellen.

Mag. Peter Biwald, Geschäftsführer des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Vom kameralen Voranschlag und Rechnungsabschluss auf Basis der VRV 1997 wird mit der VRV 2015 auf eine **Integrierte 3-Komponenten-Rechnung** umgestellt. Neben dem Finanzierungshaushalt (auf Basis Einzahlungen und Auszahlungen) wird es spätestens mit Voranschlag 2020 auch einen Ergebnishaushalt (auf Basis von Erträgen und Aufwendungen) sowie eine Vermögensrechnung (Vermögen auf der Aktivseite, Eigen- und Fremdmittel auf der Passivseite) geben.

Die Integrierte 3-Komponenten-Rechnung bedeutet für Voranschlag und Rechnungsabschluss künftig einen neuen Aufbau sowie neue Inhalte und weist einen in sich geschlossenen Zusammenhang auf. So läuft jeder **Zahlungsstrom (Einzahlung/Auszahlung) über den Finanzierungshaushalt**. Wenn damit im Jahr des

Zahlungsstroms auch ein Wertzuwachs oder Wertverbrauch verbunden ist, schlägt sich dies auch im Ergebnishaushalt nieder. Eine Ein- und Auszahlung findet sich im Vermögenshaushalt jedenfalls in einer Veränderung des Bank-/Kassabestandes wie auch in den Forderungen und Verbindlichkeiten wieder. Am Ende des Jahres bildet die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen die Veränderung liquider Mittel. Ein positiver Betrag, d. h. Einzahlungen sind größer als Auszahlungen, spiegelt sich in einem höheren Kassa-/Bankbestand zum 31. 12. gegenüber dem 1. 1. des Jahres wider. Bei einem negativen Saldo ist es umgekehrt. Jeder **Wertzuwachs (= Erträge) bzw. -verlust (= Aufwendungen) findet sich im Ergebnishaushalt wieder**. Dieser kann vom Finanzierungshaushalt abweichen und ist jedenfalls beim Anlagevermögen gegeben. Die Anschaffung eines lang-

lebigen Wirtschaftsguts (z. B. ein Fahrzeug oder Gebäude) führt im Jahr der Anschaffung zu einer Ausgabe (Zahlungsstrom in der Finanzierungsrechnung) in Höhe des Anschaffungswertes, jedoch ist sie erst in den Jahren der Nutzung als Wertverbrauch (Aufwand) in der Ergebnisrechnung wiederzufinden.

D. h. der Saldo der Ergebnisrechnung (= Nettoergebnis) weicht künftig vom Saldo 1 der Finanzierungsrechnung (= Saldo der operativen Gebarung) ab. Die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen bildet das Nettoergebnis, dieses geht 1:1 in das Eigenkapital (bzw. heißt dies künftig Nettovermögen) ein.

Die **Vermögensrechnung** ist nur im Rechnungsabschluss auszuweisen. Jeder Vermögenszugang im Bereich des Finanz- und Sachanlagevermögens, der Beteiligungen sowie der Forderungen und Vorräte erhöht das Vermögen und damit die Aktivseite, jeder Abgang – durch Nutzung, Ausscheidung oder Begleichung der Forderung – reduziert es. Jede zusätzliche Verpflichtung – z. B. durch offene Verbindlichkeiten, Darlehensaufnahmen oder höhere Rückstellungen – erhöht die Passivseite (wie auch umgekehrt). Das Nettovermögen ändert sich primär auf Basis des Saldos der Ergebnisrechnung.

Wie sieht künftig der Voranschlag aus?

Der Voranschlag 2020 wird nachfolgender Grundstruktur folgen. An der Spitze stehen der Ergebnis- und Finanzvoranschlag für den Gesamthaushalt. Die Gliederung orientiert sich an der MVAG (Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppe) 1 – die höchste Gliederungsstufe. Dann folgen für die zehn Gruppen (in der aktuellen Gliederung 0 bis 9) jeweils sog. Bereichsbudgets für den Ergebnis- und Finanzierungshaushalt. Diese werden entsprechend MVAG 2 tiefer gegliedert. Schließlich ist der Detailnachweis darzustellen. Hier sind für jeden Ansatz die veranschlagten Konten des Ergebnis- und Finanzierungshaushalts darzustellen. Abschließend folgen der Stellenplan für den Gesamthaushalt sowie die Beilagen.

Grundstruktur Voranschlag

- » Ergebnis-VA – Gesamthaushalt – MVAG 1
- » Finanzierungs-VA – Gesamthaushalt – MVAG 1
- » Ergebnis-VA – Bereichsbudgets (Gruppen) – MVAG 2
- » Finanzierungs-VA – Bereichsbudgets (Gruppen) – MVAG 2
- » Detailnachweis – Kontendarstellung für Ergebnis- und Finanzierungs-VA
- » Stellenplan für den Gesamthaushalt
- » Beilagen lt. § 6 (3) VRV 2015

Im **Projekt Muster-Voranschlag und Rechnungsabschluss¹** wurden für drei Pilotgemeinden² auf Basis der VRV 2015 (verlautbart am 19. 10. 2015) jeweils die beiden Rechenwerke mit Zahlen der Jahre 2015 und 2016 erarbeitet. Aufgrund der doch umfangreichen VRV-Novelle, deren Verlautbarung Ende November 2017 zu erwarten ist, sind die Ergebnisse noch zu aktualisieren und werden voraussichtlich im 1. Quartal 2018 der kommunalen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Wie sieht künftig der Rechnungsabschluss aus?

Der Rechnungsabschluss 2020 wird nach der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung für den Gesamthaushalt die Vermögensrechnung darstellen. Dann folgen die Bereichsbudgets, die Detailnachweise sowie nach der Netto-Vermögensänderungsrechnung mehr als 20 Beilagen.

Grundstruktur Rechnungsabschluss

- » Ergebnisrechnung – Gesamthaushalt – MVAG 1
- » Finanzierungsrechnung – Gesamthaushalt – MVAG 1
- » Vermögensrechnung - lt. Anlage 1 c
- » Ergebnisrechnung – Bereichsbudgets (Gruppen) – MVAG 2
- » Finanzierungsrechnung – Bereichsbudgets (Gruppen) – MVAG 2
- » Detailnachweis – Ansätze, Kontendarstellung, Ergebnis-/Finanzierungsrechnung nebeneinander ausweisen
- » Nettovermögensveränderungsrechnung
- » Beilagen gemäß § 37 VRV

Entgegen der Werbung zahlreicher Beratungsfirmen steht aktuell nicht die Eröffnungsbilanz, sondern die Vorbereitung auf den ersten Voranschlag im Mittelpunkt. Dafür ist in einem ersten Schritt das Vermögen zu erfassen, was der Durchführung einer Inventur auf einem möglichst einheitli-

Was ist zu tun?



chen technischen Standard entspricht. Die Gemeinden haben bei der Erfassung vor allem jene technischen Merkmale zu erheben, die für eine notwendige Bewertung von Vermögensgegenständen benötigt werden.

In einem nächsten Schritt ist das Vermögen zu bewerten. Jeder Vermögenswert (aktiv- und passivseitig) ist für sich einzeln zu erfassen und zu bewerten. Sachanlagen sind zu fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten zu bewerten. Unentgeltliche Erwerbe (z. B. Schenkungen und Erbschaften) sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Alternativ können Grundstücke, Gebäude, Bauten und Grundstückseinrichtungen (d. h. auch Straßen) ebenso zum beizulegenden Zeitwert (auf Basis einer plausiblen Wertfeststellung oder von Durchschnittswerten) bewertet werden.

sagekräftiger abgeleitet werden, wie weit die Substanz des Gemeindevermögens erhalten werden kann. Die Vermögensrechnung zeigt, wie das Gemeindevermögen finanziert wird/wurde. Sie sagt nichts über Reichtum aus, im Gegenteil: Die Aktivseite zeigt, welche Vermögenssubstanz durch die Gemeinde zu erhalten ist, d. h. welche Last sie zu tragen hat. Im Detailnachweis bekommen wir bessere Infos zu dem Ausmaß der Aufwandsdeckung in den Gebührenhaushalten wie auch zu den Zuschussbereichen. Die „Kostendeckungsillusionen“ werden dadurch geringer.

Zusammenfassend bildet die Umsetzung der Haushaltsreform ein herausforderndes Projekt für Politik und Verwaltung. Form und Inhalt des Gemeindehaushalts werden sich grundlegend ändern. ■

Welche Unterstützung gibt es dafür?

- » Musterrechnungsabschluss und -voranschlag für Städte und Gemeinden
- » Ergebnisse auf Basis der VRV-Novelle liegen im 1. Quartal 2018 vor
- » KDZ-Kontierungsleitfaden für Gemeinden und Gemeindeverbände
- » Erscheint 1. Quartal 2018
- » www.praxisplaner.at
- » KDZ-Praxisplaner „Kommunale Vermögensbewertung“
- » KDZ-Leitfaden „Vermögensbewertung“
- » KDZ-Leitfaden zum ersten Voranschlag und zur Eröffnungsbilanz (ab Mitte November 2017 verfügbar)
- » KDZ-Seminare und Beratung vor Ort

Was bringt die VRV 2015?

Die Ergebnisrechnung zeigt künftig, wie weit die kommunalen Leistungen plus die dafür erforderliche Infrastruktur mit eigenen Mitteln finanziert werden kann. Aus der Vermögensrechnung und der Finanzierungsrechnung kann künftig aus-

1. Bearbeitet von KDZ, Quantum und NÖ Gemeindeberatung im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes
2. Gemeinde Grafenwörth, Stadt Klagenfurt, Stadtgemeinde Trofaiach
3. In der verlautbarten VRV 2015 wird noch von einer geteilten Umsetzung mit 1. 1. 2019 für Gemeinden, die vom Rechnungshof geprüft werden (d. h. über 10.000 EW), und mit 1. 1. 2020 für die anderen Gemeinden ausgegangen. Angesichts der noch offenen Novelle steht eine einheitliche Umsetzung mit 1. 1. 2020 in Diskussion. Per Ende September 2017 war dies noch nicht definitiv festgelegt.



Der Rechtsträger des Bezirkskrankenhauses Lienz ist ein eigens gegründeter Gemeindeverband.



Das Seebad in Rust als Betriebsgesellschaft m.b.H.

Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015

Die Beteiligungen der Gemeinde

Die Vermögensrechnung, im Verständnis des Unternehmensgesetzbuches die Bilanz¹, ist in Vermögen, Sonderposten erhaltene Investitionszuschüsse, Fremdmittel und Nettovermögen (Ausgleichsposten) zu gliedern, wobei das Vermögen als kurzfristiges und langfristiges Vermögen auszuweisen ist. Zum langfristigen Vermögen gehören unter anderen die Beteiligungen².

Mag.^a Veronika Meszarits, Geschäftsführerin des Instituts für öffentliches Rechnungswesen, Prof. Mag. Dr. Helmut Schuchter, Stauder Schuchter Kempf – Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH & Co KG

Was ist eine Beteiligung?

Unter einer Beteiligung ist der Anteil der Gebietskörperschaft an einem Unternehmen oder eine von der Gebietskörperschaft verwaltete Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit (Anstalten, Stiftungen und Fonds) zu verstehen³. Die VRV 2015 bezeichnet nicht näher, welche Unternehmen zu einer solchen Beteiligung führen. Jedenfalls gehören dazu die Kapitalgesellschaften, wie z. B. die GmbH und Personengesellschaften, wie z. B. die Kommanditgesellschaft. Vereine und die daraus entwickelten Genossenschaften⁴ sind Körperschaften. Während Vereine nur Mitgliedschaftsrechte und -pflichten vermitteln, ist die Mitgliedschaft zu einer Genossenschaft ein Anteilsrecht; Genossenschaftsanteile sind daher Beteiligungen im Verständnis der VRV 2015, Mitgliedschaften bei Vereinen dagegen nicht. Nachdem z. B. jede GmbH eine Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit ist, meint die VRV 2015 mit den „Ein-

richtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit“ eigentlich die eigentümerlosen juristischen Personen und aufgrund der abschließenden Aufzählung⁵ nur Anstalten, Stiftungen und Fonds⁶, die aber wegen dem wirtschaftlichen Eigentum⁷ der Gebietskörperschaft als Vermögen zuzurechnen sind. Diese Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit werden dann als Beteiligung erfasst und sind in der Anlage 6 „Nachweis über verwaltete Einrichtungen“ darzustellen, wenn die Gebietskörperschaft die Kontrolle oder die Beherrschung ausübt; das ist dann der Fall, wenn⁸

- » die Einrichtung dem Sektor Staat gemäß ESVG 2010 zuzurechnen ist⁹ oder
- » die Gebietskörperschaft oder eine von ihr kontrollierte Einrichtung die operativen Tätigkeiten der Einrichtung bestimmt und andernfalls selbst wahrnehmen würde oder

- » die Gebietskörperschaft oder eine von ihr kontrollierte Einrichtung die operativen Tätigkeiten der Einrichtung bestimmt und Begünstigte einer Stiftung ist und deren Vermögen unmittelbar oder mittelbar von der Gebietskörperschaft stammt.

Im Ergebnis gilt – was das Beteiligungsausmaß bei Kapital- oder Personengesellschaften ist, ist analog dazu die „Kontrollintensität“ bei den eigentümerlosen Einrichtungen (Anstalten, Stiftungen, Fonds). Vom Beteiligungsbegriff laut VRV 2015 nicht erfasst sind dagegen Verbände wie z. B. Gemeindeverbände oder Schulverbände. Diese sind auch per se von der VRV 2015 selbst nicht umfasst, da die verfassungsrechtliche Ermächtigung sich ausdrücklich nur auf „Gebietskörperschaften“ bezieht.¹⁰ Auch die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit bzw. abgabenrechtliche Betriebe gewerblicher Art sind keine Beteiligungen im Verständnis des § 23 VRV 2015, da sie keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen. In die gleiche Kategorie fallen auch wirtschaftliche Unternehmungen, Betriebe und betriebsähnliche Einrichtungen jeweils ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Diese sind mehr oder weniger strukturierte Einrich-

tungen innerhalb der Gebietskörperschaft. Sie alle fallen jedoch in den Geltungsbereich des § 1 der VRV 2015. Damit ist die VRV selbst vollumfänglich auf diese anzuwenden. Bloß wenn diese Einheiten Wirtschaftspläne nach anderen gesetzlichen Regelungen, wie dem UGB erstellen, schreibt die VRV 2015 vereinfachte konsolidierte Darstellungen vor.¹¹ Die Erläuternden Bemerkungen zur VRV 2015 erwähnen auch Gesellschaften öffentlichen Rechts oder Anstalten öffentlichen Rechts¹², allerdings ohne selbige zu definieren oder näher zu bezeichnen. Offensichtlich sind damit die ausdrücklich bezeichneten Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, also konkret und abschließend Anstalten, Stiftungen und Fonds, gemeint. Nicht darunter fallen jedenfalls andere Körperschaften öffentlichen Rechts, die häufig ihre Rechtsgrundlage in Landesgesetzen haben¹³. Allerdings kann es bei solchen Körperschaften öffentlichen Rechts, nach Maßgabe des wirtschaftlichen Eigentums, zur Zurechnung von Vermögenswerten zur Gebietskörperschaft kommen (z. B. Feuerwehrfahrzeug, das nicht aus der Kameradschaftskasse, sondern von der Gemeinde finanziert und unterhalten wird).

Beispiele Tirol und Burgenland nach Maßgabe staatlicher Einheiten (S. 13)¹⁴

Name	Kapitalgesellschaft Personengesellschaft Genossenschaft	Einrichtung mit eigener Rechtsperson	Körperschaft öffentlichen Rechts	Gemeindeverbandverein
	Beteiligung nach VRV 2015		keine Beteiligung nach VRV 2015	
Burgenländischer Gesundheitsfonds		X		
Verein zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Marktgemeinde Kittsee und Co KG	X			
Ruster Seebad Betriebsgesellschaft m.b.H.	X			
Burgenland Tourismus	X			
Landes-Feuerwehrverband Burgenland			X	
Gemeindeverband Bezirkskrankenhaus Lienz				X
Kufsteiner Immobilien GmbH & Co KG	X			
Tiroler Wirtschaftsförderungsfonds		X		
Tiroler Landesgedächtnisstiftung		X		
Landes-Feuerwehrverband Tirol			X	
Bergbahnen Oberperfuss GmbH	X			

© Fotos: Michael Kranewitter, CC BY-SA 3.0, Tourismusverband Rust

Wo werden Beteiligungen in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen?

Hier ist zu unterscheiden, ob es sich bei der Beteiligung um einen Anteil an einem Unternehmen oder eine von der Gebietskörperschaft verwaltete Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit (Anstalt, Stiftung und Fonds) handelt.

Anteile an Unternehmen sind entweder als Beteiligungen an verbundenen Unternehmen oder an assoziierten Unternehmen oder als sonstige Beteiligungen in der Vermögensrechnung auszuweisen und jeweils in der Anlage 6 „Nachweis über unmittelbare Beteiligungen“ zu erfassen:

» Ein verbundenes Unternehmen ist bei einem Anteil von mehr als 50 % am Eigenkapital oder geschätzten Nettovermögen des Unternehmens anzunehmen. Weiters liegt ein verbundenes Unternehmen dann vor, wenn die Gebietskörperschaft die Kontrolle oder die Beherrschung hat. Die Kontrolle ist dann anzunehmen, wenn die Gebietskörperschaft die Möglichkeit hat, die Finanzpolitik und die operativen Tätigkeiten zu bestimmen und einen Nutzen aus deren Tätigkeit zieht¹⁵. Es ist ausreichend, dass die Gebietskörperschaft gegenwärtig über die potenziellen Möglichkeiten darüber verfügt. Eine tatsächliche Ausübung ist nicht erforderlich. Der Nutzen kann monetärer Art (z. B. Dividenden) oder nicht monetärer Art sein. Ein nicht monetärer Nutzen liegt beispielsweise vor, wenn Ziele oder Aufgaben der Gebietskörperschaft durch das kontrollierte Unternehmen wahrgenommen werden¹⁶.

» Ein assoziiertes Unternehmen ist bei einem Kapitalanteil von 20 % bis zu 50 % am Eigenkapital oder geschätzten Nettovermögen des Unternehmens anzunehmen¹⁷.

» Unterhalb der Beteiligungsgrenze von 20 % vom Anteil am Eigenkapital oder geschätzten Nettovermögen des Unternehmens ist von einer sonstigen Beteiligung auszugehen¹⁸.

Beteiligungen an Unternehmen, die nur der mittelbaren Kontrolle der Gebietskörperschaft unterliegen und aufgrund der durchgerechneten Beteiligungshöhe einen Anteil von mehr als 50 % vermitteln, sind in der Anlage 6 „Nachweis über Beteiligungen mit mittelbarer Kontrolle der Gebiets-

körperschaft“ auszuweisen. Das wird bei Holdingkonstruktionen der Fall sein – während die Beteiligung an der Holdinggesellschaft selbst in der Regel als verbundenes Unternehmen in der Eröffnungsbilanz und in der Anlage zu den unmittelbaren Beteiligungen ausgewiesen wird, erfolgt die Dokumentation der Tochtergesellschaften, also jener Gesellschaften, an der die Holding beteiligt ist, nicht in der Eröffnungsbilanz, sondern nur in der entsprechenden Anlage.

Mit welchem Wert sind Beteiligungen zu erfassen?

Die VRV 2015 ist grundsätzlich vom Anschaffungskosten- und Nominalwertprinzip getragen. Das heißt, dass Vermögenswerte mit den tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellkosten zu erfassen und auch später zu bewerten sind; bei abnutzbaren Gegenständen wird dem durch den Ansatz der fortgeschriebenen Anschaffungs- oder Herstellkosten Rechnung getragen¹⁹. Die Verordnung sieht allerdings einige Ausnahmen vor²⁰, wobei für Beteiligungen die Abweichung von diesem Grundsatz am massivsten ist.

Vorweg sind Anteile der Gebietskörperschaft an einem Unternehmen beim Erwerb mit ihren Anschaffungskosten zu bewerten²¹. Eine von der Gebietskörperschaft verwaltete Einrichtung (Anstalt, Stiftung, Fonds) ist mit dem geschätzten Nettovermögen zu bewerten²².

Eine zum Rechnungsabschlussstichtag bereits vorhandene Beteiligung an einem Unternehmen ist mit dem Anteil der Gebietskörperschaft am Eigenkapital oder geschätzten Nettovermögen der Beteiligung zu bewerten. Für die Bewertung ist der Einzelabschluss heranzuziehen, sofern dieser zum Zeitpunkt der Erstellung der Bilanz vorliegt. Liegt dieser noch nicht vor, ist der jeweilige Einzelabschluss des vorhergehenden Jahres heranzuziehen. Sollte ein Konzernabschluss verfügbar sein, ist dieser heranzuziehen. Wird in der Bilanz des Unternehmens ein negatives Eigenkapital ausgewiesen, ist der Beteiligungswert in der Eröffnungsbilanz mit Null anzusetzen.

Für die Bewertung von verwalteten Einrichtungen (Anstalten, Stiftungen und Fonds) sind nach den Bestimmungen der VRV 2015 oder nach anderen gesetzlichen Regelungen²³ erstellte Rechnungsabschlüsse heranzuziehen²⁴. ■

1. § 193 Abs. 4 und § 198 UBG
2. § 18 Abs. 5 VRV
3. § 23 Abs. 1 VRV; unternehmensrechtlich sind Beteiligungen Anteile an einem anderen Unternehmen, die dazu bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu diesem Unternehmen zu dienen (§ 189a Z 2 UGB)
4. Genossenschaften werden nicht nur im Genossenschaftsgesetz geregelt (Personenvereinigungen mit Rechtspersönlichkeit von nicht geschlossener Mitgliederzahl, die im Wesentlichen der Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder dienen); auch Bringungsgenossenschaften nach § 68 Forstgesetz entsprechen dieser Rechtsform
5. § 23 Abs. 1 VRV
6. Sind in der Anlage 6i zur VRV auszuweisen
7. § 19 Abs. 2 VRV
8. § 23 Abs. 6 VRV
9. Gebarungsstatistik-Verordnung 2014, BGBl. II Nr. 345/2013 - Staatliche Einheiten (S.13), also statistische Einheiten, die gemäß ESVG 2010 dem Sektor Staat zuzuordnen sind; sie sind relevant für die Maastricht-Kriterien „öffentliches Defizit“ und „öffentlicher Schuldenstand“
10. § 16 F-VG
11. Siehe § 1 Abs. 2 VRV sowie die Anlagen 1e und 1f
12. EB zu § 23 Abs. 1 VRV

13. Z. B. Straßeninteressenschaften (§ 20 Abs. 10 Tiroler Straßengesetz; § 19 Abs. 1 Burgenländisches Straßengesetz) oder die Landes-Feuerwehrverbände
14. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/oeffentlicher_sektor/index.html (Stand 15. 9. 2017)
15. § 23 Abs. 3 VRV
16. EB zu § 23 Abs. 3 VRV
17. § 23 Abs. 4 VRV
18. § 23 Abs. 5 VRV; dazu gehören z. B. auch Genossenschaftsanteile
19. § 24 Abs. 4 VRV
20. Z. B. § 19 Abs. 4 VRV: erzielbarer Betrag bei wesentlicher Wertminderung; § 21 Abs. 1 VRV: Barwert bei langfristigen unverzinsten Forderungen; § 22: Vorratsbewertung zu Wiederbeschaffungswert
21. § 23 Abs. 1 VRV
22. § 23 Abs. 6 VRV
23. Z. B. UGB oder IFRS (International Financial Reporting Standards sind internationale Rechnungslegungsvorschriften für Unternehmen, die vom International Accounting Standards Board – eine private Einrichtung – herausgegeben werden) oder bei landesgesetzlich eingerichteten Stiftungen und Fonds die dort normierten Rechnungslegungsvorschriften
24. § 23 Abs. 7 VRV

SDGs auf lokaler Ebene und kommunale Entwicklungszusammenarbeit



Veranstalter: Österreichischer Städtebund mit Unterstützung von BKA, BMEIA, Deutscher Städte- und Gemeindebund, fairtrade Österreich, Flämischer Kommunalverband, PLATFORMA, Stadt Wien und UN-Habitat

Im September 2015 wurden 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung – Sustainable Development Goals (SDGs) – einstimmig in der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Auch Österreich hat sich zu ihrer Umsetzung verpflichtet. Einige dieser Ziele betreffen direkt oder indirekt die kommunale Ebene. Bereits jetzt engagieren sich Städte im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, gründen und pflegen Städte-Partnerschaften, in denen das wechselseitige Lernen von gleichberechtigten PartnerInnen im Vordergrund steht. Im Rahmen der Veranstaltung wird darüber aufgeklärt, was die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen für die kommunale Ebene bedeuten und was Österreichs Städte zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit beitragen können. Die Veranstaltung richtet sich vor allem an BürgermeisterInnen, kommunale PolitikerInnen, AmtsleiterInnen, mit SDGs und Entwicklungszusammenarbeit befasste MitarbeiterInnen von Städten und an zivilgesellschaftliche Organisationen. Nähere Informationen sowie das Programm finden sich unter folgendem Link: <https://www.staedtebund.gv.at/services/termine/termine-details/artikel/sdgs-der-uno-und-kommunale-entwicklungszusammenarbeit.html>.

Die Anmeldung bis 6. November unter: <https://www.staedtebund.gv.at/anmeldung/sdg2017.html>

Ort: Rathaus, Gemeindesitzungssaal, Maria-Theresien-Straße 18, 6020 Innsbruck

Datum: Dienstag, 14. November, 9 bis 17 Uhr

Saarbrücken

Einbindung der Bürgerschaft in Finanz- und Zukunftsplanung

Mit der Fokusgruppe „Finanzen der Landeshauptstadt – Zukunft der Landeshauptstadt“ gelang der Landeshauptstadt Saarbrücken (LHS) eine beispielhafte Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in die Zukunfts- und Finanzplanung einer deutschen Großstadt.

Torsten Lang, LL. M. EUR., Leiter der Stadtkämmerei der Landeshauptstadt Saarbrücken¹

Die Landeshauptstadt Saarbrücken – Haushaltssituation

Saarbrücken ist die Landeshauptstadt des Saarlandes im Südwesten Deutschlands. Mit rd. 180.000 EinwohnerInnen belegt die hochverschuldete Stadt zwar nur Platz 43 in Deutschland, wäre aber im österreichischen Vergleich – zwischen Linz und Salzburg – die viertgrößte Stadt des Landes. Die hohe Gesamtverschuldung – rd. 1,1 Mrd. EUR – resultiert ebenso wie in vielen Städten Nordrhein-Westfalens aus den Folgen der ökonomisch schwierigen Zeit der Kohle- und Stahlkrisen und des Strukturwandels in den 1980er- und 1990er-Jahren mit stetig steigenden Soziallasten² ohne entsprechenden Ausgleich auf der Einnahmeseite. Seit 2013 ist der Saarbrücker Stadtkämmerei erstmals eine Trendwende gelungen: Die Kassenkreditverschuldung konnte um rd. 46 Mio. EUR zurückgeführt werden – Lohn für strikten Konsolidierungskurs über Jahre hinweg.

Auch die jahresbezogenen Defizite konnten seit 2010 zurückgeführt werden: Lag der Jahresfehlbetrag in 2010 und 2011 noch jeweils bei um die 90 Mio. EUR, waren es in 2014/2015 nur noch -17 bzw. -19 Mio. EUR, in 2016 dann -34,7 Mio. EUR. Der Anstieg resultierte aus einem Sonder-effekt im kommunalen Finanzausgleich des Landes, der zu einem massiven Wegbrechen der Zuschüsse aus Schlüsselzuweisungen führte.

Da die LHS durch die Verschuldungsentwicklung der Vergangenheit inzwischen ihr bilanzielles Eigenkapital aufgezehrt hat, muss sie für die weitere Haushaltsplanung einen sog. Sanierungshaushalt zugrunde legen (§§ 82 Abs. 8, 82a KSVG³). Der Sanierungshaushalt soll dem Ziel dienen, den Haushaltsausgleich wieder herzustellen und die Überschuldung perspektivisch zu beseitigen. Die Maßnahmen, durch die das Ziel erreicht werden soll, sind darzustellen. Alle Möglichkeiten, so die gesetzliche Vorgabe des § 82a Abs. 2 S. 6 KSVG, sind auszuschöpfen. Der Sanierungshaushalt bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde.

Lösungsansätze: strikte Konsolidierung seit Jahren

Bereits seit Jahren ist die Stadt auf striktem Sparkurs: In mehreren (schmerzhaften) Konsolidierungsrunden wurden strukturell wirkende Maßnahmen in einem Umfang von über 95 Mio. EUR seit 2000 umgesetzt. Der 2015 vom Stadtrat beschlossene Sanierungshaushalt 2015–2019 sah weitere strukturelle Haushaltsverbesserungen durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen von 17,7 Mio. EUR vor, unter anderem durch erhebliche Einschnitte im Personalbereich (Wegfall jeder vierten frei werdenden Stelle), eine Erhöhung der Gewerbesteuer (Mehrertrag jährlich 9,9 Mio. EUR), Konsolidierungsbeiträge von Eigenbetrieben und Beteiligungen sowie strukturelle Maßnahmen in der allgemeinen Verwaltung.

Bis zum Jahr 2024 ist der Stadt – mit Blick auch auf die sog. „Schuldenbremse“ – vorgegeben, ihr jährliches strukturelles zahlungsbezogenes Defizit auf Null zu reduzieren. Die künftigen Haushaltspläne bis 2019 sind an dem beschlossenen Sanierungshaushalt auszurichten, zugleich ist der Sanierungshaushalt mit weiteren strukturellen Haushaltsverbesserungen auf die Jahre ab 2020 hin fortzuschreiben.

Fokusgruppe „Finanzen der Landeshauptstadt – Zukunft der Landeshauptstadt“

Saarbrücken muss also weiter sparen. Die Vorgaben der Kommunalaufsicht sind streng. Zugleich muss sich die Stadt vielfältigen Herausforderungen stellen, um eine positive Zukunft schaffen zu können. Um in diesem Spannungsverhältnis – möglichst unabhängig von tagespolitischem Streit – konstruktive Lösungsansätze zu entwickeln, wurde Anfang 2016 die „Saarbrücker Fokusgruppe“ geboren.

Die Aufgabe: Die LHS stellt sich den Herausforderungen der weiteren Haushaltskonsolidierung. Multiplikatoren und bürgerschaftliches Engagement werden in die Zukunfts- und Finanzplanung eingebunden, um eine positiv-konstruktive Grundstimmung zum Prozess des „Sparens“ zu fördern. Ein

schwieriges Unterfangen, drohen doch unangenehme Entscheidungen wie höhere Steuerbelastungen für BürgerInnen und Unternehmen oder der Wegfall lieb gewonnener (und teurer) Leistungen ...

Deshalb sollten die allgemeinen Probleme der Unterfinanzierung der Kommune, Zwänge und Zusammenhänge der städtischen Haushaltswirtschaft, auch im öffentlichen Diskurs deutlicher gemacht und die finanzielle Lage der LHS transparent dargestellt werden. Mehr öffentliche Akzeptanz für weitere Entscheidungen auf dem Pfad der Haushaltskonsolidierung war das Ziel.

VertreterInnen verschiedener gesellschaftlich relevanter Gruppen (Gewerkschaften, Wirtschaft, Kultur und Sport, Sozialverbänden, Gastronomie, Geschäftswelt u. v. m.) wurden eingeladen. Gemeinsam mit Stadtverordneten und Stadtverwaltung wurden die finanziellen Rahmenbedingungen beleuchtet und Lösungsansätze ergebnisoffen diskutiert. Die Stadtverordneten nahmen dabei – dies wurde im Vorfeld im Konsens vereinbart – nur als Gäste an den Treffen der Fokusgruppe teil, da politik-dominierte Diskussionen vermieden werden sollten. Die Mitglieder der Fokusgruppe erhielten durch die Stadtkämmerei allen fachlichen Input und Zahlenmaterial, das sie anforderten, und suchten sich jeweils in eigenständiger Diskussion Themen und Schwerpunkte aus, welche in weiteren Treffen im Plenum oder auch in Workshops erarbeitet und erörtert wurden. Auch die Verwaltung lernte durch den „anderen“ Blickwinkel, der in der Gruppe vorherrschte: Themen und Probleme wurden anders gesehen und aufgearbeitet. Während eines Zeitraumes von etwa einem halben Jahr fanden fünf Veranstaltungen statt, in denen die Mitglieder der Fokusgruppe schlussendlich „Fünf Thesen für die Zukunft der Stadt“ entwickelten. Diese wurden anschließend in einer Abschlussveranstaltung den Medien sowie der Stadt- und Landespolitik vorgestellt.

Die Thesen reichten von „der Überprüfung von Erledigung und Delegation von Aufgaben“ bis hin zum „Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse und einer aufgabengerechten Kommunalfinanzierung“. Die Arbeit der Fokusgruppe hat im Ergebnis erheblich dazu beigetragen, dass im Dezember 2016 der Stadtrat den Sanierungshaushalt erfolgreich für die Jahre bis 2022 fortschreiben konnte. Die kumulierten strukturellen Verbesserungen sollen bis zum Ende der Laufzeit 26,4 Mio. EUR erreichen. Eine notwendige und auch gut-



Saarbrücken: eine Stadt auf striktem Sparkurs

achterlich im Vergleich zu anderen Städten empfohlene Grundsteuererhöhung wurde ohne größere Diskussion im Stadtrat mehrheitlich akzeptiert. Sicher trug die Arbeit der Fokusgruppe hier ganz erheblich zur Versachlichung der Auseinandersetzung bei.

Ausblick

Mitglieder der Fokusgruppe wie auch Stadtverordnete, Verwaltungsspitze und VerwaltungsmitarbeiterInnen lobten die Arbeits- und Vorgehensweise innerhalb der Gruppe. Diese soll nun in den Jahren 2017/2018 fortgeführt werden. Geplant ist, künftig neben der weiteren Fortschreibung des Sanierungshaushaltes auch Stadtentwicklungskonzepte, aktuelle Herausforderungen im Schul- und Kitabereich in der wachsenden Stadt oder auch die Steuerung der Soziallasten – natürlich immer auch im finanziellen Kontext – anzugehen. ■

1. Der Autor ist Volljurist und leitet – nach mehrjähriger Tätigkeit als Rechtsanwalt u. a. im Bereich des Wirtschaftsrechts sowie beruflichen Stationen beim Rechtsamt und im Beteiligungsmanagement der Stadt – seit September 2013 die Stadtkämmerei der Landeshauptstadt Saarbrücken. Die Ausführungen im Artikel geben die persönliche Auffassung des Autors wieder.
2. Diese sind nicht direkt im städtischen Haushalt abgebildet, da Saarbrücken mit seinen Umlandkommunen im Regionalverband Saarbrücken (rd. 330.000 EinwohnerInnen) zusammengeschlossen ist und dieser insbesondere die Aufgaben der Sozial- und Jugendhilfe wahrnimmt. Der Regionalverband ist umlagefinanziert, die Umlagebelastung der LHS beläuft sich in 2017 auf 152 Mio. EUR – größte und nicht durch städtische Entscheidungen beeinflussbare Ausgabenposition im Stadthaushalt.
3. Saarländisches Kommunal selbstverwaltungs-gesetz

© Foto: Landeshauptstadt Saarbrücken



Demografischer Wandel

Die Zukunftsgestalter

Die Gestaltung des demografischen Wandels ist eine der wichtigsten Aufgaben für Städte und Gemeinden. Dennoch stagniert die Zahl kommunaler Demografiebeauftragter. Da die größten Herausforderungen noch vor uns liegen, ist es wichtig, dass die kommunalen AkteurInnen ihre Demografiepolitik weiterentwickeln, hin zu einer umfassenden Zukunftsplanung.

Carsten Köppl und Susanne Tatje, Beratungsgesellschaft Next:Public

In den Jahren 2015 und 2016 stieg die Bevölkerungszahl in Deutschland entgegen aller Voraussagen um zwei Millionen EinwohnerInnen. Allein 2015 kamen 1,2 Millionen Menschen nach Deutschland, für 2016 gehen die Schätzungen von einem Wanderungssaldo von rund 750.000 aus. Die EinwohnerInnenzahl Deutschlands stieg damit auf knapp 83 Millionen. Und auch die Geburtenrate ist mit 1,5 Kindern je Frau so hoch wie seit 33 Jahren nicht mehr. Das Sta-

tistische Bundesamt hält es aktuell sogar für möglich, dass die Bevölkerungszahl Deutschlands bis 2060 stabil bleibt.

Demografischer Wandel bleibt Gestaltungsaufgabe

„Der Untergang ist abgesagt“ schreibt der Hamburger Volkswirtschaftsprofessor Thomas Straubhaar. Selbst wenn ein Großteil der Asylsuchenden in ihre Heimatländer zurück-

kehrt, werden die hier auf Dauer lebenden Menschen den Rückgang der Bevölkerungszahl für lange Zeit verhindern. Hat sich damit der demografische Wandel in Deutschland erledigt? Mitnichten! Denn ein zentraler Faktor des demografischen Wandels, die Alterung der Gesellschaft, nimmt weiter Fahrt auf. So gehen zum Beispiel die sogenannten „Baby Boomer“, die geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1965, in den kommenden Jahren in den Ruhestand. Die Alten von morgen bleiben fast eine Generation länger jung als ihre Eltern. Eine zentrale Aufgabe besteht darin, das Leben in unserer Gesellschaft neu zu definieren und so zu gestalten, dass die Älteren ihre Fähigkeiten weiterhin einbringen können und so lange wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Eine weitere Gestaltungsaufgabe liegt in der steigenden gesellschaftlichen Diversität: Mit oder ohne Migrationshintergrund, mit oder ohne Kinder, mit hohem Bildungsabschluss oder ohne Ausbildung, aus städtischen Metropolen oder ländlichen Regionen – der unterschiedliche soziale und kulturelle Hintergrund verringert den gesellschaftlichen Konsens. In einer „superdiversen Kommune“ ist die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben.

Auch wenn die Gesamt EinwohnerInnenzahl stabil bleibt, wird es auch weiterhin Regionen mit starken Bevölkerungsverlusten geben, denn von der Zuwanderung profitieren hauptsächlich Großstädte, Universitätsstädte oder Wirtschaftszentren. Zurück bleiben viele kleinere, strukturschwache Regionen mit Gemeinden, die einem Mix aus Schrumpfung, einer schlechter werdenden infrastrukturellen Versorgung, überdurchschnittlich alternder Bevölkerung und gleichzeitig einem Rückgang der Einnahmen ihrer kommunalen Haushalte gegenüberstehen. Diesen Gemeinden muss in Zukunft deutlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Kommunales Demografiemanagement stagniert

Trotz der wachsenden Bedeutung des demografischen Wandels bleiben viele Kommunen ein demografieorientiertes Management schuldig. Dies belegen u. a. zwei Studien. So zeigte eine Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von

Oktober 2015, dass sich zwar viele Kommunen mit dem demografischen Wandel beschäftigen, aber nur eine Minderheit dauerhafte und fachbereichsübergreifende Organisationsformen eingerichtet hat: In nur sieben der 33 befragten Kommunen wurde die Stelle einer/eines Demografiebeauftragten geschaffen, in fünf Kommunen ist der demografische Wandel als Chefsache Aufgabe des Bürgermeisters.

Auch die Ausstattung und Befugnisse der Demografiebeauftragten variieren stark. Das zeigt die Befragung der Co-Autorin dieses Textes: So wird von 13 der befragten kommunalen Demografiebeauftragten in Nordrhein-Westfalen mangelnder Einfluss auf kommunale Strategien beklagt und eine fehlende



Literaturhinweise

Tatje, Susanne, Stadt Bielefeld, Amt für Demographie und Statistik Bielefeld, Mai 2016: Demografiebeauftragte in Städten und Gemeinden – Ergebnisse einer Untersuchung, unter: http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Thema_5_2016.pdf

Braun, Thomas et al., Bertelsmann Stiftung, Oktober 2015: Organisation des demographischen Wandels in Kommunalverwaltungen, unter: <https://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/16915/Organisation+des+demographischen+Wandels+in+Kommunalverwaltung/2a294da6-c3ce-49b7-9a6b-6d65e6fcef2b>

Bereitschaft zur Kooperation durch andere Ämter in der Verwaltung. Nur etwa die Hälfte der befragten Demografiebeauftragten übt ihre Tätigkeit in Vollzeit aus, knapp zwei Drittel sind auch mit anderen Aufgaben betraut und fünf verfügen nicht einmal über einen eigenen Etat. Zudem äußern die Demografiebeauftragten die Sorge, ihr Aufgabenbereich habe im Lauf der Zeit zunehmend an Bedeutung in der Verwaltung verloren.

Innovationen stärker in den Blick nehmen

Die Ergebnisse der Befragung zeigen auch: Die Rolle der Demografiebeauftragten muss sich weiterentwickeln. Eine enge Festlegung auf einzelne Fachbereiche wie Statistik, Stadtentwicklung oder Altenhilfe wird der komplexen Aufgabenstellung nicht gerecht. Die demografische Entwicklung muss vielmehr zentraler Bestandteil einer ganzheitlichen, auf Langfristigkeit angelegten kommunalen Zukunftsplanung sein. Ein Beispiel aus der Wirtschaft: In zahlreichen Unternehmen hat sich in den letzten Jahren die Stelle eines Chief Strategy Officers etabliert. Angesichts immer schnellerer Innovationszyklen soll der CSO/Chefstrategie zukünftige Wachstumschancen erkennen, wichtige Trends identifizieren und strategisch wichtige Veränderungen im Unternehmen herbeiführen. Kommunen stehen vor ähnlichen Herausforderungen: Sie müssen ihre Leistungen an mittel- und langfristige Entwicklungen anpassen, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und Lebensqualität für die BürgerInnen zu erreichen.



Dipl.-Pol. Carsten Köppl ist Inhaber und Geschäftsführer der Beratungsagentur Next:Public GmbH aus Berlin, www.nextpublic.de.



Dipl.-Soz. Susanne Tatje ist externe Beraterin der Beratungsagentur Next:Public GmbH aus Berlin, www.nextpublic.de.

chen. Dazu gehören auch technologische und soziale Innovationen. Die Stadt Chemnitz im Bundesland Sachsen hat Anfang des Jahres eine Stabstelle „Strategieentwicklung“ ausgeschrieben: Die Stabstelle ist zunächst für die Erarbeitung, später für die fortlaufende Überprüfung sowie Anpassung einer städtischen Gesamtstrategie verantwortlich – eine Entwicklungsperspektive auch für andere Städte und Gemeinden und für Demografiebeauftragte.

Potenziale der Digitalisierung nutzen

Im Zentrum der technologischen Innovationen steht heute die Digitalisierung: Ob Telemedizin, Sharing-Modelle, mobiles Arbeiten, digitale Teilhabe, digitales Ehrenamt oder Smart-Home-Anwendungen für ältere Menschen – sie bietet wichtige Möglichkeiten, die Herausforderungen des demografischen Wandels abzufedern und damit die Lebensqualität zu erhöhen. Schon heute nutzt jede/-r zweite 65- bis 85-jährige Deutsche das Internet – mit steigender Tendenz. Kommunale Demografiestrategien sollten diesen Trend aufgreifen und auch älteren Zielgruppen digitale Angebote machen, wie z. B. digitale Nachbarschaftsnetzwerke, die sie zur Gestaltung ihres Lebens nutzen können.

Auf dem Weg zur/zum ZukunftsgestalterIn

Für diese Aufgabe sind vor allem innovationsfreudige GeneralistInnen gefragt, die die Fähigkeit mitbringen, sich mit einer Vielzahl von AkteurInnen aus Verwaltung, Stadtgesellschaft und überregionalen ExpertInnengruppen zu vernetzen. Dabei müssen Verwaltungen wichtige Grundvoraussetzungen erfüllen, z. B. eine enge und direkte Anbindung der Beauftragten an die Stadtspitze (z. B. in Form einer Stabsstelle), die Entwicklung von (Verwaltungs-)Instrumenten wie Mitzeichnungsrechte oder Zukunftsschecks, die bei Planungsvorhaben anderer Fachbereiche eingesetzt werden, eine angemessene und eigenverantwortliche finanzielle Ausstattung, Freiraum zur Entwicklung innovativer Konzepte sowie fachliche Weiterbildungsmöglichkeiten. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, werden aus Demografiebeauftragten wichtige ZukunftsgestalterInnen in unseren Städten und Gemeinden. ■

© Porträts: Privat

© Foto: BezirksRundschau Perg

Neue Aufgabe für Städte und Gemeinden

Anpassung an den Klimawandel

In der Umsetzung des Pariser Abkommens sind Österreichs Gemeinden sowohl im Klimaschutz als auch in der Anpassung an den Klimawandel gefordert. Aber während Klimaschutz seit Jahrzehnten zu den Kernaufgaben von Gemeinden zählt, ist die Anpassung ein vergleichsweise neues Thema.

Dr.ⁱⁿ Birgit Bednar-Friedl, Universität Graz, Wegener Center für Klima und Globalen Wandel; DI Markus Leitner, Umweltbundesamt; Mag. Dr. Wolfgang Loibl, Austrian Institute of Technology

Umsetzung Pariser Klimaabkommen

Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2016 verpflichtete sich Österreich, seinen Beitrag zur Reduktion des fortschreitenden Klimawandels zu leisten. National sind dabei sowohl Maßnahmen im Bereich Klimaschutz als auch Anpassung zu setzen. Während Klimaschutz auf Emissionsreduktionen abzielt, beschäftigt sich Anpassung mit der Frage, wie die Auswirkungen des Klimawandels auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft reduziert werden können.

Anpassung durch Städte und Gemeinden

Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, die 2012 vom Ministerrat beschlossen und 2013 von der Landeshauptleuterkonferenz zur Kenntnis genommen wurde, umfasst 132 Handlungsempfehlungen in 14 Aktivitätsfeldern. Dies sind Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Energie, Bauen und Wohnen, Wasser, Tourismus, Verkehr, Wirtschaft, Raumordnung, Schutz vor Naturgefahren, Katastrophenmanagement, Gesundheit, Ökosysteme und Biodiversität sowie Städte und Grünraum. Maßnahmen auf Gemeindeebene betreffen v. a. die Bereiche Raumordnung, kommunales Gebäudemanagement, Instandhaltung von Straßen, Wasser- und Abwasserwirtschaft (z. B. Sanierung und Anpassung des Kanalnetzes; Hochwasserschutz), Katastrophenschutz, Rettungs- und Warndienste sowie Grünflächenpflege und -instandhaltung.

Während Rahmenbindungen für die Anpassung auf Bundes- und Länderebene geschaffen werden, spielen Städte und Gemeinden bei der Umsetzung und Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen eine wesentliche Rolle. Gemeinden reduzieren jedoch nicht nur die Auswirkungen im eigenen Wirkungskreis, sondern unterstützen auch Privathaushalte und Unternehmen beispielsweise durch Informationen und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Hitze und Naturgefahren in ihrer Anpassung.

Viele Gemeinden sind zudem gefordert, ihre Anpassungsmaßnahmen mit Nachbargemeinden abzustimmen und zu koordinieren,

damit es zu keinen unerwünschten Nebeneffekten (Fehlanspassung) kommt. Schutzwasserverbände, wie sie beispielsweise in Oberösterreich weit verbreitet sind, können hier Abhilfe schaffen, indem sie überregionale Planung von Schutzwasserbauten gewährleisten und auch die Finanzierung von Hochwasserschutz durch Kostenaufteilung erleichtern.

Stand der Umsetzung und Wirkung auf Gemeindebudgets

Eine Fallstudie zu Kostenrelevanz von Anpassung in Städten im Rahmen des Forschungsprojekts PACINAS zeigt, dass deren Fokus derzeit vorwiegend auf der Schadensbehebung liegt. Abhängig von den finanziellen Möglichkeiten werden teilweise darüber hinausgehende Maßnahmen gesetzt, um die Betroffenheit gegenüber zukünftigen Klimarisiken zu mindern. Bei Anpassungsmaßnahmen handelt es sich somit meist um reaktive Anpassung im Zuge der Schadensbehebung und



Aufgelassene Straße nach Hangrutschung durch Starkniederschlag in Allerheiligen im Mühlkreis



seltener um vorausschauende Anpassung, um Schäden zu verhindern. Wenn vorausschauende Anpassung betrieben wird, betrifft diese vorwiegend Forschung und frühe Planung. Die Raumplanung wird von den Stadtverantwortlichen durch ihre steuernde Wirkung als Schlüsselinstrument zur besseren Bewältigung der Folgen des Klimawandels betrachtet. Aufgrund von Restriktionen bei neuen Baulandwidmungen oder wegen möglicher Wertverluste und der Erhöhung des Versicherungsrisikos von Liegenschaften durch Ausweisung von Gefahrenzonen ergibt sich jedoch ein erhebliches Konfliktpotenzial zwischen der Bevölkerung und den politisch Verantwortlichen.

Bei der Wasser- und Abwasserwirtschaft wurde das Kanalnetz als kritischer Faktor identifiziert. Hohe Kosten können durch die Errichtung von neuen Kanalnetz-Trennsystemen (Trennung von Regenwasser und Abwasser) und den Austausch von Rohren gegen solche mit größeren Durchmessern sowie durch Kapazitätserweiterungen von Kläranlagen entstehen. Der Schutzwasserbau ist ein Schlüsselbereich, der bereits jetzt künftige Auswirkungen des Klimawandels einplant. Dämme, die in unmittelbaren Gefahrenbereichen neu errichtet, verstärkt oder erhöht werden, Rückhaltebecken und Retentionsflächen sind meist teure Maßnahmen, da deren Errichtung sowie Pacht bzw. Erwerb der notwendigen Flächen oder Abgeltung von Teilnutzungsrechten kostenintensiv sind. Im kommunalen Gebäudemanagement kommt es meist zu Reparaturmaßnahmen nach Extremwetterereignissen. Gleiches gilt auch für den Erhalt von Straßen. Grünflächenpflege ist ein Thema, das an Bedeutung gewinnt, beispielsweise bei der Wiederherstellung von Wegen in Parkanlagen nach Starkregen-Ereignissen, beim Ersatz von bestehenden Alleebäumen durch trockenresistente Arten sowie im Bereich Bewässerung. Während die Verwendung „stadtklimafester“ Arten eher eine Verlagerung von Ressourcen erfordert, verursacht die Begrünung bisher baumloser Straßen, als Maßnahme zur Kühlung durch Beschattung, erhebliche Kosten.

Zukünftige Herausforderung für Städte?

Verantwortliche in allen befragten Städten erwarten einen weiteren Anstieg der Zahl von Hitzetagen, längere Hitze- und Trockenperioden, aber auch eine Zunahme von Starkregenereignissen und damit einhergehend steigende Hochwassergefahr. Die erwartete Zunahme an Starkregenereignissen wird künftig zu noch größeren Problemen beim Fassungsvermögen der Kanalsysteme und zu stärkeren Beschädigungen von Verkehrsflächen führen. Zudem werden extremere und längere Hitzeperioden eine Zunahme der Zahl an Klimaanlagen nach sich ziehen, was wiederum negative Effekte auf Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen zur Folge haben wird.

Anpassung voranbringen: Ausgaben-Monitoring & Zielvorgaben

Neben gesetzlichen Vorgaben spielt die Zweckwidmung von Ausgaben eine entscheidende Rolle, um Anpassung kosteneffizient voranzubringen. Beispielsweise hat sich die Europäische Kommission das Ziel gesetzt, 20 % des Budgets in den europäischen Struktur- und Entwicklungsfonds für Klimaschutz und Anpassung im Zeitraum 2014–2020 zu verwenden.

Im Projekt PACINAS wurde daher eine Abschätzung für den österreichischen Bundeshaushalt vorgenommen und für das Jahr 2014 konnten anpassungsrelevante Ausgaben in der Höhe von 2,1 Mrd. Euro identifiziert werden. Berechnet man nur den Anteil, der zusätzlich durch Anpassung entsteht, ergeben sich je nach Methode Anpassungskosten von 488 bzw. 358 Mio. Euro. Dies entspricht 0,65 % der gesamten Ausgaben des Bundes.

Vergleichbare Abschätzungen auf Gemeindeebene konnten aufgrund fehlender Datengrundlagen noch nicht vorgenommen werden, wären aber ein wichtiger Schritt, um den aktuellen Stand der anpassungsrelevanten Kosten sowie mögliche zukünftige Entwicklungen bei fortschreitendem Klimawandel planen zu können. Diese Ausgaben könnten dann den erwarteten vermiedenen Schäden gegenübergestellt werden, um einen sinnvollen Mitteleinsatz zu gewährleisten. ■

LINKS

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt PACINAS:
<http://anpassung.ccca.at/pacinas>

Aus Kostengründen finanziert die Gemeinde Altengbach zwei vormals privat betriebene Kindergärten und eine Krabbelstube gemeinsam mit Nachbargemeinden über einen Verein.



Zurück zum Ursprung

Kommunalisierung

„Mehr privat, weniger Staat“ war über Jahrzehnte das vorherrschende wirtschaftspolitische Credo. Doch oft waren die Erfahrungen mit Privatisierungen ernüchternd. Mittlerweile hat sich ein Gegenteil entwickelt: Kommunalisierungen und Rekommunalisierungen öffentlicher Dienstleistungen. Auch österreichische Gemeinden gehen diesen Weg.

Laurentius Terzic, BSc, studiert Raumplanung und Raumordnung an der Technischen Universität Wien und forscht an der Arbeiterkammer Wien zum Thema Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Globaler Trend zur Kommunalisierung

Energie, Wasser, Wohnungen, Verkehrsinfrastrukturen und vieles mehr wurde in Europa in den vergangenen Jahrzehnten privatisiert. Privatisierungen der Daseinsvorsorge sollten Dienstleistungen besser machen und die Kosten für die SteuerzahlerInnen senken. Allzu oft geschah jedoch das Gegenteil – Kosten stiegen, Infrastrukturen wurden dem Verfall preisgegeben. Auch für die ArbeitnehmerInnen verhiessen Privatisierungen meist nichts Gutes: Nach Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung gingen alleine in Deutschland durch Privatisierungen der Daseinsvorsorge zwischen 1989 und 2007 rund 600.000 Arbeitsplätze verloren. Für jene Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz behalten konnten, waren Privatisierungen häufig mit deutlicher Intensivierung der Arbeit bei geringerer Bezahlung und schlechteren Arbeitsbedingungen verbunden.

Das Transnational Institute in Amsterdam hat bereits im Jahr 2015 eine internationale Studie zu Rekommunalisierungen

im Wassersektor veröffentlicht. Dabei wurde festgestellt, dass die Zahl der Rekommunalisierung von zwei Fällen im Jahr 2000 auf 235 Fälle in 37 Ländern bis zum Jahr 2015 gestiegen ist. Aufbauend darauf wurde ein Forschungsprojekt initiiert, um die Entwicklung von (Re-)Kommunalisierungen öffentlicher Dienstleistungen in allen Sektoren in den letzten 15 Jahren zu beleuchten. Für „Reclaiming Public Services: How cities and citizens are turning back privatisation“ wurden Entwicklungen und Trends analysiert sowie weltweit 835 Fallbeispiele in mehr als 1.600 Städten und 45 Ländern gesammelt, davon über 300 im deutschsprachigen Raum.

Fallbeispiele aus Österreich

International haben vor allem Kommunalisierungen der Wasser- und Energieversorgung Aufmerksamkeit erregt. In Österreich stellt sich die Lage etwas anders dar, da die Privatisierungswelle weit weniger Bereiche der Daseinsvorsorge erfasst hat. Dennoch gibt es auch hierzulande interessante Beispiele,

etwa bei sozialen Dienstleistungen, in der Kultur oder bei lokalen Verkehrs- und Tourismusinfrastrukturen.

In Altengbach (NÖ) wurden zwei Kindergärten und eine Krabbelstube von einem privaten Dienstleister organisiert. Die Rolle der Gemeinde war es, die Jahresdefizite abzudecken. Durch hohe Overhead-Kosten des Betreibers wurden die Zuschüsse von Jahr zu Jahr mehr. Im Jahr 2016 entschied man sich zu einer interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Altengbach und den Nachbargemeinden Brand-Laaben und Neustift-Innermanzing. Gemeinsam wurde ein Verein gegründet, der nun Träger und Betreiber der Kinderbetreuungseinrichtungen ist. Die erste Bilanz ist positiv: Die Steuerungshoheit wurde zurückgewonnen, sieben ArbeitnehmerInnen sind nun vor Ort angemeldet.

Um eine künstlerische Neuorientierung zu ermöglichen, wurden in den vergangenen Jahren mehrere Theater in Wien kommunalisiert, etwa das Theater an der Gumpendorfer Straße. Der Betrieb der Schauspielhäuser wurde bereits vorher zum überwiegenden Teil durch öffentliche Subventionen finanziert. Durch die Überführung unter das Dach eines von der Stadt gegründeten Vereins kann die Stadt nun Einfluss auf die Bestellung der Leitung nehmen. Für die Theater bietet die Kommunalisierung den Vorteil einer langfristigen Bestandssicherung. Die autonome künstlerische und ökonomische Verwaltung bleibt erhalten.

In Innsbruck wurde 2014 die Patscherkofel-Seilbahn kommunalisiert. Die alte Bahn war sanierungsbedürftig, eine Modernisierung war nur unter kommunaler Regie möglich. Dieser Fall zeigt jedoch, dass mit dem Rückgewinn an Steuerungshoheit auch Risiken verbunden sind: Die Kosten der geplanten Modernisierung stiegen gegenüber der ursprünglich veranschlagten Summe deutlich an. Dazu kamen kontroverse mediale Debatten über die Sinnhaftigkeit des Vorhabens und die konkrete Ausführung. Im Juni 2017 wurde zur Frage der Situierung der Bergstation sogar eine Volksbefragung durchgeführt.

Chancen und Risiken

Ausgangspunkt für eine Kommunalisierung ist häufig, dass sich Hoffnungen in eine Privatisierung nicht erfüllt haben bzw. die Gemeinde mit der Leistung eines privaten Dienstleisters unzufrieden ist. Es können aber auch strategisch-wirtschaftspolitische oder finanzielle Gründe ausschlaggebend sein.

Wenn eine Gemeinde Verantwortung übernimmt, muss sie sich dieser Verantwortung den BürgerInnen gegenüber auch stellen. Das illustriert das Beispiel der Kommunalisierung der Patscherkofel-Seilbahn sehr deutlich. Es kann Einsparungspotenziale geben, aber umgekehrt sind finanzielle Risiken nicht zu unterschätzen. Auch der Know-how-Transfer bei der

Übernahme einer Dienstleistung von einem privaten Betreiber kann eine Herausforderung darstellen.

Kommunalisierung kann aber auch eine Chance für die Gemeinde und ihre BewohnerInnen sein. Sie ist in verschiedenen Branchen sowie in kleinen und großen Gemeinden eine Option. Rechtlich gibt es unterschiedliche Formen der Umsetzung. Eine interkommunale Zusammenarbeit kann gerade für kleinere Gemeinden ein wertvoller Beitrag zu höherer Qualität und geringeren Kosten sein.

Vorteile können sich für den lokalen Arbeitsmarkt ergeben: Beschäftigung kann vor Ort geschaffen werden und so die lokale Kaufkraft gestärkt werden. Nicht zuletzt bedeutet Kommunalisierung den Gewinn von zusätzlichem politischem Gestaltungsspielraum. Es lohnt sich also zumindest, eine stärkere Rolle der Gemeinden in der Daseinsvorsorge wieder in Betracht zu ziehen.



Buchtipps

Satoko Kishimoto, Olivier Petitjean (Hrsg.): Reclaiming Public Services. How cities and citizens are turning back privatisation. Amsterdam und Paris, 2017. Online: https://www.tni.org/files/publication-downloads/reclaiming_public_services.pdf



Finanzgebarung der EU-Mitgliedsländer

Eine „Goldene Fiskalregel“ für staatliche Investitionen?

Die Fiskalregeln in der Europäischen Union sehen zahlreiche Restriktionen für die Finanzgebarung der Mitgliedsländer vor. Daran wird kritisiert, dass sich substanzielle Beschränkungen der Investitionen des Staates ergeben. Durch eine „Goldene Fiskalregel“ könnten einige der damit verbundenen Probleme verringert werden.

Dr. Michael Klien, apl. Prof. Dr. Hans Pitlik, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Öffentliche Investitionen im fiskalischen Regelwerk

Für die rechnerische Ermittlung wichtiger budgetpolitischer Zielgrößen in der Europäischen Union, wie „Maastricht-Defizit“ oder „struktureller Budgetsaldo“, werden Einnahmen und Ausgaben des Staates nach einheitlichen Vorschriften des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen erfasst. Die Verbuchung erfolgt generell nach dem „Accrual-Prinzip“, d. h. zum Zeitpunkt der Entstehung von Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Für öffentliche Investitionen ist der ökonomische Gedanke der periodengerechten Zuordnung aber nicht vollständig umgesetzt: Investitionsausgaben erhöhen zum Anschaffungszeitpunkt in voller Höhe das „Maastricht-Defizit“, obwohl der ökonomische Nutzen aus den Kapitalgütern wesentlich in der Zukunft anfällt.

Unter dem Aspekt einer fairen Lastverteilung zwischen den Generationen sollten öffentliche Investitionen, die über ihre längere Lebensdauer Nutzen stiften, teilweise kreditfinanziert werden („Pay-as-You-Use“-Prinzip). Die fiskalische Begrenzung der Möglichkeit zur Kreditfinanzierung führt eventuell dazu, dass tendenziell „zu wenig“ in öffentliche Infrastruktur investiert wird. So können Ersatzinvestitionen und neue Investitionsprojekte aufgrund ihres diskretionären Charakters einfacher in die Zukunft verschoben werden als konsumtive Ausgaben oder Transfers. Die empirische Erfahrung zeigt, dass in Zeiten knapper Budgets Investitionsausgaben oft überproportional gekürzt werden. Speziell bei Gebietskörperschaften mit kleineren Budgets könnten durch die Maastricht-Regeln Großprojekte mit technischen Mindestgrößen gefährdet sein.

© Foto: iStockphoto

Periodengerechte Verbuchung von Investitionsausgaben

Restriktionen für Investitionsausgaben können teilweise umgangen werden. Die Ausgestaltungsformen gehen von ausgliederten Rechtsträgern, Public-Private-Partnerships bis hin zu einzelvertraglichen Lösungen über den Zukauf spezifischer Leistungen, wie beim Leasing. Ein wesentlicher ökonomischer Grund für die Attraktivität neuer Finanzierungs- und Bereitstellungsmodelle ist, dass hohe („Cash-)Investitionsausgaben im ersten Jahr vermieden und die budgetäre Belastung für den Staat gleichmäßiger über die (potenzielle) Nutzungsdauer der Investition verteilt wird. Regelmäßige Nutzungsentgelte oder Kapitaltransfers spiegeln die Kosten der öffentlichen Kapitalgüter „periodengerechter“ wider als die Verbuchung der Investitionsausgaben zum Anschaffungszeitpunkt.¹ Es gibt aber keine eindeutige Evidenz dafür, dass alternative Arrangements wirtschaftlicher sind als die Bereitstellung durch die Verwaltung im Rahmen des Budgets. Vielmehr dürfte eine fallspezifische Auswahl der Bereitstellungsform auf Basis der Charakteristika der öffentlichen Leistung zielführend sein.

Unsere Analysen deuten darauf hin, dass der in vielen Ländern zu beobachtende Rückgang der öffentlichen Investitionen kaum durch restriktive Fiskalregeln kausal zu erklären ist. Die statistisch ausgewiesenen staatlichen Investitionsausgaben nehmen ab, obwohl dies ökonomisch nicht der Fall ist. Auch in Österreich überzeichnen Rechnungsabschlüsse den Rückgang der öffentlichen Investitionen an den Gesamtausgaben der subnationalen Gebietskörperschaften deutlich. Es wurden vor allem investitionsintensive Aufgaben in außerbudgetäre Einheiten verlagert. Fiskalregeln hatten in Österreich nachhaltigen Einfluss auf das Ausgliederungsverhalten und auf die Finanzierung über Miet- und Leasinggeschäfte.

Konsequenzen für die Fiskalregeldiskussion

Reformierte Fiskalregeln sollten möglichst neutral im Hinblick auf die Bereitstellungs- und Finanzierungsmodelle formuliert werden. Die Behandlung der Investitionsausgaben sollte keine Verzerrungen zugunsten oder zulasten bestimmter Finanzierungsmodelle auslösen. Finanzierungsentscheidungen sollten nur von strategischen Investitionszielen, Risiken, Transaktionskosten und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen geleitet werden.

Da die europäischen Fiskalregeln die Berücksichtigung des tatsächlichen periodischen Werteverzehrs langlebiger Kapitalgüter bei der Berechnung von „stabilitätskonformen Budgetgrößen“ nicht vorsehen, wäre eine vorstellbare Reform, anstelle der Ausgaben für Bruttoanlageinvestitionen die kalkulatorischen Abschreibungen zur Berechnung der relevanten Budgetsalden heranzuziehen. Abschreibungen öffentlicher

Kapitalgüter spiegeln im Idealfall den monetären Gegenwert des physischen Wertverzehrs wider, der sich aus der fortdauernden Nutzung des Kapitalgutes ergibt. Eine periodengerechte Verbuchung beseitigt Verzerrungen zugunsten von PPP, Leasing-Modellen oder Ausgliederungen, die nur entsteht, weil das bisherige Regelwerk nicht neutral mit Blick auf die Finanzierungsentscheidung ist. Die Berechnung eines „modifizierten Budgetsaldos“, bei dem statt der Investitionsausgaben Abschreibungen auf den Kapitalstock berücksichtigt werden, schafft in Ländern mit geringen Abschreibungen zusätzliche Investitionsspielräume.

In der Literatur findet vor allem die Idee einer „Goldenen Regel“, wonach nur die öffentlichen Nettoinvestitionen durch Kredite finanziert werden dürfen, Unterstützung. Ersatzinvestitionen des Staates müssen aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, was dem ökonomischen Charakter von Abschreibungen als „Verbrauch der Kapitalgüter“ entspricht. Im Ergebnis werden jene Nettoinvestitionen, die den öffentlichen Kapitalstock erhöhen und langfristig Nutzen stiften, nicht durch die Fiskalregel beschränkt. Die Höhe der Staatsschulden nähert sich im langfristigen Gleichgewicht dem Gegenwert des öffentlichen Vermögens an und die periodengerechte Verbuchung der Investitionsausgaben beseitigt Verzerrungen zugunsten außerbudgetärer Finanzierungs- und Bereitstellungsmodelle.

Die Ermittlung von Abschreibungen ist im Sektor Staat aufgrund der Art der bereitgestellten Kapitalgüter jedoch nicht unproblematisch. Das gilt vor allem für die Bestimmung der ökonomischen Abschreibungssätze für Humankapital (Bildungs- und Gesundheitsinvestitionen).

Die Anwendbarkeit einer „Goldenen Regel“ ist auf jene Investitionen beschränkt, in denen die Investitionskosten durch direkte finanzielle Rückflüsse gedeckt werden könnten. Das Konzept stößt an Grenzen, wenn durch öffentliche Kapitalgüter vorwiegend „soziale Erträge“ generiert werden, für die es am Markt keine Preise gibt. Da diese Investitionen nicht durch marktähnliche Einnahmen refinanzierbar sind, bedarf es fiskalischer Restriktionen, welche die „Goldene Regel“ ergänzen. ■

1. Daneben hängt die Wahl der Finanzierungs- und Bereitstellungsform von einer Vielzahl von Faktoren wie Transaktions- und Vertragskosten oder auch einer intendierten Entpolitisierung von Investitionsentscheidungen zusammen.

„Wunschkonzert“ oder Beitrag zur Versachlichung der finanzpolitischen Debatte?

Zur Erhebung kommunaler Investitionsrückstände in Deutschland

Wie hoch ist eigentlich der Investitionsstau der Kommunen? Angesichts der medialen Empörungstürme, die sich regelmäßig mit Blick auf den maroden Zustand der deutschen Verkehrsnetze, die unhygienischen Zustände an Schulen oder die auffälligen Verwaltungsgebäude der Kommunen erheben, findet diese Frage auch immer wieder Eingang in die finanzpolitische Debatte der Bundesrepublik.

Dr. Henrik Scheller ist Teamleiter Finanzen, Sabrina Schimmel ist Mitarbeiterin im Team Finanzen am Deutschen Institut für Urbanistik.

Nicht selten werden dann hohe Milliardenbeträge genannt. KritikerInnen stellen diese Annahmen jedoch in Frage, unterstellen eine zu hohe Anspruchshaltung gegenüber den staatlichen Gebietskörperschaften und verweisen Hinweise auf einen zunehmenden Verfall der öffentlichen Infrastruktur ins Reich der anekdotischen Evidenz. Das Deutsche Institut für Urbanistik erstellt für die staats-eigene Förderbank „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) seit Jahren ein sogenanntes „Kommunalpanel“ – eine Befragung der Kämmerer von Städten, Landkreisen und Gemeinden zu ihrer Investitionstätigkeit, ihren Investitionsbedarfen und Finanzierungsmöglichkeiten. In der jüngsten Befragung wurden über 3.700 Kommunen befragt. Dabei wurde – nach 2012 – erstmals wieder ein leichter Rückgang beim kommunalen Investitionsrückstand im Vergleich zum Vorjahr ermittelt. In der Hochrechnung für alle Kommunen ab 2.000 EinwohnerInnen beträgt dieser jedoch nach wie vor 126 Mrd. EUR (2016: 136 Mrd. EUR).

Dabei war die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen in den vergangenen zwölf Monaten insgesamt positiv: Schuldenstand, Kassenkredite und Zinsausgaben konnten 2016 in der Summe leicht zurückgeführt werden. Die kumulierte Verschuldung der Kernhaushalte wurde von 2015 auf 2016 um 1,5 % auf 127,5 Mrd. gesenkt. Dies muss wohl vor allem dem günstigen Zinsumfeld zugeschrieben werden. Absolut betrachtet sind die kumulierten Zinsausgaben der kommunalen Kernhaushalte im Jahr 2016 von 3,3 auf 3 Mrd. EUR gesunken. Auch der Ausgabenanstieg war moderat, sodass im dritten Jahr in Folge ein Finanzierungsüberschuss erzielt werden konnte. Beim Thema Haushaltsausgleich und Verschuldung zeigen sich allerdings erhebliche Disparitäten im interkommunalen Vergleich. Denn 44 % der Kommunen, die hohe Zinsausgaben zu schultern haben, schaffen es nicht, ihre Ausgaben haushalterisch auszugleichen, 66 % arbeiten sogar mit einem Haushaltssicherungskonzept. Beide Faktoren ha-

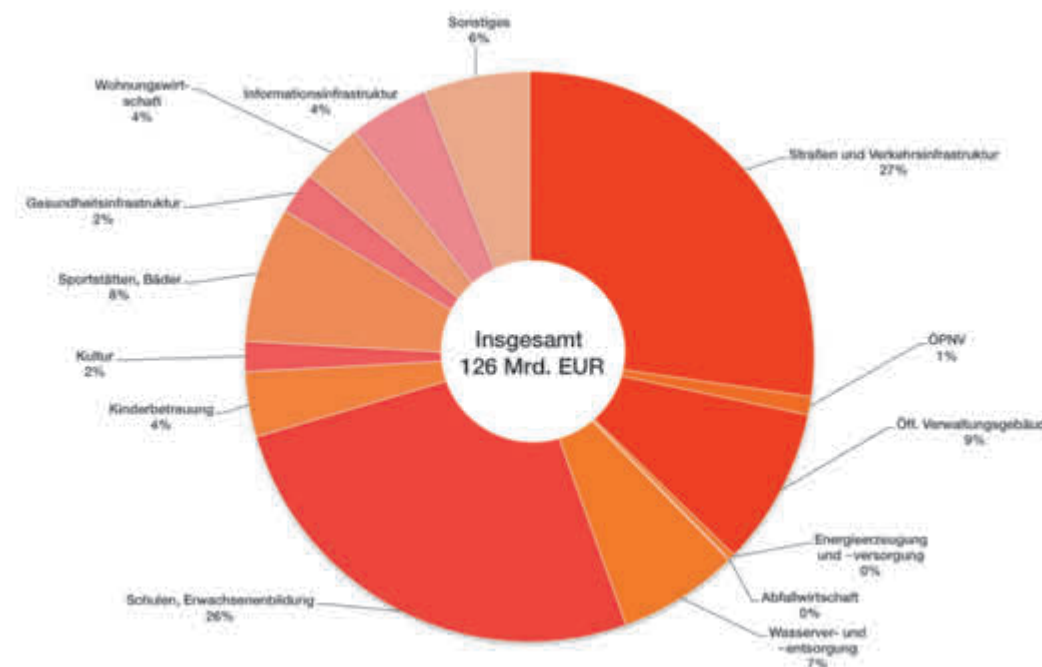
ben jedoch Einfluss auf die Höhe der getätigten Unterhaltungs- und Ersatzinvestitionen: Kommunen, die einem Haushaltssicherungskonzept unterlagen, konnten ein Drittel weniger in die Unterhaltung ihrer Infrastrukturen investieren.

Investitionsrückstau vorwiegend bei Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie Schulen

Befragt nach der Wahrnehmung der Investitionsrückstände in ihrer jeweiligen Kommune gibt die weit überwiegende Mehrheit der Kämmerer nach wie vor die Bereiche Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie Schulen einschließlich der Erwachsenenbildung an. In der Hochrechnung ergibt sich hier ein Nachhol- und Ersatzbedarf in Höhe von fast 34 bzw. 33 Mrd. EUR. Mit Abstand folgen die Bereiche öffentliche Gebäude (11,3 Mrd. EUR), Sportstätten und Bäder (9,7 Mrd. EUR) sowie Wasserver- und -entsorgung (8,6 Mrd. EUR). Ein erkennbarer Zuwachs bei den ungedeckten Investitionsbedarfen ist im Bereich Wohnungswesen zu verzeichnen, während in vielen kleineren Aufgabenbereichen leichte Rückgänge zu beobachten sind. Immerhin 35 % der befragten Kommunen erwarten für die nächsten fünf Jahre einen weiter sinkenden Investitionsrückstand, während 20 % von einem weiteren Anstieg ausgehen. Insbesondere in den Bereichen Schulen und Kitas geht eine relative Mehrheit von einem Abbau des Investitionsstaus aus. Hier zeigen offenbar die verschiedenen Investitionsprogramme des Bundes und der Länder erste Wirkungen.

In der Summe planen die befragten Kommunen eine moderate Steigerung ihrer Investitionen um etwa 15 %. So waren für 2016 rund 30,8 Mrd. EUR eingeplant, für 2017 sollen es 31,7 Mrd. EUR sein. Auch hier machen die beiden Bereiche Straßen- und Verkehrsinfrastruktur (26 %) sowie Schulen einschließlich der Erwachsenenbildung (20 %) die Schwerpunkte bei den Investitionsplanungen für 2017 aus. Dabei lässt sich jedoch ein deutliches Süd-Nord-Gefälle konstatie-

Investitionsrückstand 2016 in Mrd. Euro



ren. Denn norddeutsche Kommunen konnten 2016 durchschnittlich nur 237 EUR pro Kopf investieren, was weniger als der Hälfte der durchschnittlichen Investitionen der finanzstarken Kommunen im Süden entspricht.

Zur Finanzierung ihrer Investitionstätigkeit greifen die Kommunen nach wie vor in erster Linie auf allgemeine Deckungsmittel sowie Kommunalkredite zurück. 2016 wurden rund 65 % aller Investitionen mithilfe dieser beiden Instrumente finanziert. Bei kleineren Gemeinden bis 20.000 EinwohnerInnen wurden dabei rund 50 % der Investitionen aus allgemeinen Deckungsmitteln getätigt, bei Landkreisen und Großstädten beträgt dieser Anteil nur rund ein Drittel. Dabei gehen ca. 30 % der befragten Kommunen davon aus, dass der Kommunalkredit in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird – wie auch die von den Kommunen zu beantragenden Fördermittel, die momentan einen durchschnittlichen Anteil von 19 % an der Investitionsfinanzierung haben. Alternative Finanzierungsmittel, wie Schuldscheindarlehen, werden jedoch nur von einem sehr kleinen Teil der Gemeinden genutzt.

Finanzierungsbedingungen meist gut

Die Finanzierungsbedingungen für die meisten Kommunen sind nach wie vor gut. Immerhin 60 % von ihnen geben an, dass sich die Anzahl der erhaltenen Kreditangebote in den letzten fünf Jahren nicht verändert habe. Ein Drittel beklagt hingegen, dass die Anzahl der Offerten der Kapitalgeber „ge-

sunken“ bzw. sogar „stark gesunken“ sei. Dies gilt in besonderer Weise für Großstädte. Mit wachsendem Kreditvolumen steigt der Anteil der Kommunen, der deutlich mehr Anfragen an verschiedene Kapitalgeber richten muss – ein weiteres Indiz für die unterschiedlichen Refinanzierungsbedingungen der Kommunen. Zu dem kleinen beständigen Kreis von KapitalgeberInnen zählen die örtlichen Sparkassen (82 %), Banken mit Sonderaufgaben (74 %) und Landesbanken (73 %), die nach wie vor von den Kommunen bevorzugt in Anspruch genommen werden. Entscheidendes Kriterium für die Auswahl des Kapitalgebers ist nach wie vor die Flexibilität der angebotenen Kreditkonditionen. 83 % halten diesen Umstand für „wichtig“, gleich gefolgt von den Kriterien „kurze und flexible Bearbeitungsabläufe“ (77 %) und „langjährige Geschäftsbeziehungen und gute Erfahrungen“ (74 %).

Die hier skizzierten Ergebnisse verdeutlichen, wie dringlich Erhebungen zum öffentlichen Investitionsrückstand sind. Die Inbezugsetzung zu Analysen, die das Deutsche Institut für Urbanistik für einzelne Städte durchführt, zeigen, dass es sich bei den Ergebnissen des KfW-Kommunalpanels eher um sehr konservative Schätzungen handelt. Soll kommunale Finanz- und Haushaltspolitik tatsächlich dem Anspruch von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit Genüge leisten, braucht es immer auch Schätzungen zu den mittel- und langfristig erforderlich werdenden Aufwendungen für Infrastrukturinvestitionen. ■

Die Landeshauptstadt Innsbruck kann auf eine solide finanzielle Situation verweisen.



Finanz- und Wirtschaftspolitik

Innsbruck punktet im Österreichvergleich

Wie nie zuvor ist es wichtig, mit Steuer- und Finanzmitteln sorgsam und verantwortungsvoll umzugehen, gleichzeitig aber auch zukunftsweisende Investitionen zu tätigen, die die Wirtschaft vorantreiben.

Mag.^a Katharina Rudig, Stadt Innsbruck

Die Tiroler Landeshauptstadt geht seit Jahren den Weg einer soliden und nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftspolitik und sichert damit die Lebensqualität der InnsbruckerInnen.

„Innsbruck ist mit einer vielfältigen, über alle Lebensbereiche hinweg bestehenden, gut ausgebauten Infrastruktur aufgestellt. Als Bürgermeisterin und Finanzreferentin ist es mir besonders wichtig, die Schlagkraft des Wirtschaftsstandortes Innsbruck zu unterstreichen. Dies drückt sich unter anderem

in dem für das Jahr 2017 im Gemeinderat beschlossenen Rekord-Investitionsvolumen von mehr als 125 Millionen Euro aus. Mit Investitionen von rund 95 Millionen Euro im Jahr 2018, die abermals zu 95 Prozent in der Stadt und Region bleiben und dort nachhaltig Arbeitsplätze sichern, wird der ‚Innsbrucker Weg‘ auch im kommenden Jahr konsequent fortgesetzt“, hebt Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer die Finanzkraft der Tiroler Landeshauptstadt hervor.

© Foto: Innsbruck Tourismus

Zahlen, Daten, Fakten

Im Rechnungsabschluss 2016 stehen Einnahmen von 357,4 Millionen Euro Ausgaben von 357,3 Millionen Euro gegenüber. Damit wurde ein Überschuss von 92.450 Euro erwirtschaftet. Im Vergleich zum Jahresergebnis 2015 bedeutet dies einen Zuwachs um 66.912 Euro. Umgerechnet auf alle InnsbruckerInnen stehen Pro-Kopf-Einnahmen in der Höhe von 2.816,20 Euro Pro-Kopf-Ausgaben von 2.815,50 Euro gegenüber. Das rechnerische Pro-Kopf-Vermögen der InnsbruckerInnen liegt aktuell bei 9.234 Euro.

Der Rücklagenstand für das Jahr 2016 liegt bei 12,863 Millionen Euro. Die Investitionen im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt lagen bei rund 99,6 Millionen Euro. Die „Freie Finanzspitze“ – der Ausdruck der Leistungsfähigkeit einer Gemeindefinanzwirtschaft und sogenannte kommunale Cash-flow –, die zur Finanzierung von Investitionen maßgeblich beiträgt, lag im Vorjahr bei 23,979 Millionen Euro und damit um 4,173 Millionen Euro höher als 2015 (19,806 Millionen Euro). Das Kommunalsteueraufkommen kam 2016 auf 57,413 Millionen Euro und ist um 3,90 Prozent gestiegen.

Der Schuldenstand hat sich im Vergleich zum Jahr 2015 von 31,752 auf 40,051 Millionen Euro erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der InnsbruckerInnen liegt damit umgerechnet aktuell bei 315,56 Euro.

Innsbruck und seine Beteiligungen

Die Stadt Innsbruck selbst tritt neben der Erledigung ihrer Verwaltungsaufgaben im Rahmen ihrer Beteiligungen als „Unternehmerin“ auf. Nach der Eingliederung der Festwochen der Alten Musik Innsbruck als Tochter der Tiroler Landestheater und Orchester GmbH Innsbruck sowie dem Zusammenschluss der bisher zwei Patscherkofel-Gesellschaften zur Patscherkofelbahn Infrastruktur bzw. Patscherkofelbahn Betriebs GmbH verfügt die Stadt Innsbruck aktuell über 28 Beteiligungen. Über diese konnte im Geschäftsjahr 2016 ein Umsatzvolumen von 405,7 Millionen Euro und ein Investitionsvolumen von 184,6 Millionen Euro erwirtschaftet werden. Indirekt fungiert die Stadt in diesem Bereich als Garant für einen sicheren Arbeitsplatz: Insgesamt dürfen rund

3.500 ArbeitnehmerInnen, davon 66 Lehrlinge, darauf vertrauen. Alle Ergebnisse, Bilanzen und Entwicklungen im Rahmen der Beteiligungen werden jährlich im „Beteiligungsbericht der Stadt Innsbruck“ aufgeschlüsselt.

Innsbruck, ein Magnet für die Wirtschaft

Innsbruck ist ein beliebter Standort für Unternehmen. Auch im jährlich in der Wirtschaftszeitschrift „eco.nova“ erscheinenden Ranking der „Top 500“-Betriebe in Tirol scheinen insgesamt neun Unternehmen mit kommunaler Beteiligung auf. Zwei Beteiligungen der Stadt Innsbruck haben es sogar unter die ersten 100 geschafft: Die Innsbrucker Kommunalbetriebe (IKB) belegen den 37., die Neue Heimat Tirol (NHT) den 55. Platz. Für die Innsbrucker Immobiliengesellschaft (IIG) und die Innbus Regional hat das diesjährige Ranking eine deutliche Rang-Verbesserung gebracht: Die IIG verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr von Platz 130 auf Platz 106. Die Innbus Regional, die 2016 noch auf Platz 468 lag, schaffte es in diesem Jahr auf den 422. Rang.

Die Innsbrucker Sozialen Dienste (ISD) liegen auf Platz 118, die Tiroler gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft mbH (TIGEWOSI) scheint auf Platz 133 auf, gefolgt von den Innsbrucker Verkehrsbetrieben (IVB) auf Platz 162 und dem Flughafen Innsbruck auf Platz 170. ■



Erwachsenenschutzgesetz

Empowerment statt Entmündigung

Am 1. Juli 2018 tritt das neue Erwachsenenschutzgesetz in Kraft und öffnet neue Wege zu einem selbstbestimmten Leben. Es soll Betroffene unterstützen, möglichst lange „Herr im eigenen Haus“ bleiben zu können.

Dr.ⁱⁿ Gertrude Brinek, Volksanwaltschaft

Nach einem Spitalsaufenthalt wird Frau Mayer besachwaltet. Seitdem wohnt sie in einem Pflegeheim. Die Auswahl des Pflegeheims konnte weder sie noch ihr Ehemann beeinflussen. Herr Mayr besucht seine Frau regelmäßig, ist aber schlecht zu Fuß und hätte daher ein Heim in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung bevorzugt. Seit seine Frau besachwaltet wird, haben weder er noch sie Zugriff auf

das Geld von Frau Mayer, das nun die Sachwalterin hütet. Selbst die Post kann Herr Mayer nicht mehr für seine Frau verwalten. Beim Sprechtag berichtet er resigniert von der für seine Frau und ihn bedrückenden Situation. So wie Frau und Herrn Mayer kann der Verlust an Selbstbestimmung jede und jeden treffen. Jederzeit. In jedem Alter. Was es bedeutet, auf andere Menschen angewiesen zu sein,

wird den Betroffenen in der ganzen Tragweite vielfach erst aus der unmittelbaren Erfahrung schmerzlich bewusst. Erst wenn man besachwaltet ist, merkt man, wie es ist, über die eigenen Angelegenheiten im Alltag nicht mehr verfügen zu können. Plötzlich kann man nicht mehr frei über das eigene Geld oder die eigenen vier Wände entscheiden, ist fremden Menschen „ausgeliefert“.

Politisches Umdenken ermöglicht einen neuen Ansatz

Die Sachwalterschaft bedeutet einen massiven Eingriff in die persönlichen Rechte. In den letzten Jahren habe ich viele berührende menschliche Schicksale kennengelernt, in denen die Besachwalteten zu fremdbestimmten „schutzbedürftigen Objekten“ gemacht wurden. Dies geschah bisher oft zu früh und zu umfassend. Betroffene konnten nicht nachvollziehen, warum sie besachwaltet wurden. Sie verstanden weder den Umfang noch die enge Auslegung der Entscheidungen über ihr Vermögen. Die Wünsche der Betroffenen selbst wurden meist ignoriert, Angehörige standen ohne Rechte da. Aufseiten der SachwalterInnen mangelte es mal an Sorgfalt in der Beachtung von Terminen, mal wurde der verpflichtende monatliche Mindest-Kontakt nicht eingehalten. All diese Punkte zählen seit Jahren auch zu den Hauptkritikpunkten der Volksanwaltschaft. Die steigenden Beschwerde-Zahlen und ein sensibilisiertes (Menschenrechts-)Bewusstsein haben zu einem politischen Umdenken geführt. Dadurch wurde ein Reformprozess angestoßen und eine Initiative des Bundesministers für Justiz für ein neues Gesetz auf den Weg gebracht, mit dessen Hilfe nun ein völlig neuer Ansatz umgesetzt werden kann.

Auch wenn der Weg zu diesem neuen Gesetz, dem Erwachsenenschutzgesetz, kein einfacher war, ist es dennoch gelungen, den Schwerpunkt auf den größtmöglichen Erhalt der Selbstbestimmung zu legen und eventuelle persönliche Einschränkungen besser als bisher zu regeln. Das neue Erwachsenenschutzgesetz setzt auf Unterstützung statt Entmündigung, auf „Empowerment“ statt Selbstverlust und reicht von der selbstbestimmten Vorsorgevollmacht bis zur allenfalls notwendigen gerichtlichen Entscheidung.

Die vier Säulen der Erwachsenenvertretung

Das Gesetz folgt damit einem mehrstufigen Modell: Im Mittelpunkt steht die Selbstbestimmung. Es geht darum, genauer hinzusehen, zu kommunizieren und bei den Bedürfnissen der Menschen anzusetzen. Auf diese Weise bietet das Gesetz maßgeschneiderte Vertretungsmöglichkeiten für bestimmte Bereiche – wie Finanzielles oder Pflege. Oft genügen ein paar regelmäßige Hilfestellungen im Haushalt und bei Bankgeschäften, damit Betroffene ihr Leben in der gewohnten

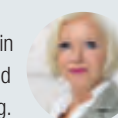
Umgebung weiterführen können. Ein wesentliches Element des neuen Gesetzes ist die Vorsorgevollmacht. Sie ist flexibel und kann jederzeit wieder abgeändert werden. Da sie beim Notar erstellt und im Zentralen Vertretungsverzeichnis abgesichert wird, schafft sie eine sichere Grundlage mit hoher Rechtswirksamkeit.

Mithilfe eines gewählten Erwachsenenvertreters, einer Person des Vertrauens, können nun Entscheidungen weiterhin gemeinsam getroffen werden, auch wenn die eigene Entscheidungsfähigkeit bereits gemindert ist. Wenn man nicht mehr in der Lage ist, selbst einen Vertreter/eine Vertreterin zu wählen, kommt die gesetzliche Erwachsenenvertretung zum Zug. Die betroffene Person kann aber dieser Vertretung widersprechen. Die Sachwalterschaft wird im neuen Gesetz zur gerichtlichen Erwachsenenvertretung, die jedoch nichts mehr mit der alten Entmündigungspraxis zu tun hat. Der gerichtliche Erwachsenenvertreter wird nur noch für ganz bestimmte Angelegenheiten gewählt. Seine Vertretung endet mit der Erledigung der Aufgabe bzw. muss sie alle drei Jahre überprüft werden.

Mithilfe dieser vier Säulen – der Vorsorgevollmacht, der gewählten, gesetzlichen und gerichtlichen Erwachsenenvertretung – wird eine neue Ära der selbstbestimmten Lebensführung möglich.

Das neue Erwachsenenschutzgesetz tritt mit 1. Juli 2018 in Kraft und lässt Gerichten wie auch NotarInnen und RechtsanwältInnen genügend Zeit, sich sorgfältig auf die neuen Rahmenbedingungen vorzubereiten. Auch den MitarbeiterInnen in den Städten und Gemeinden wird das Wissen um das neue Erwachsenenschutzgesetz helfen, die Betroffenen – auf freiwilliger Basis – besser zu unterstützen. Auch wenn die Städte und Gemeinden nicht hauptverantwortlich dafür sind, ist und bleibt doch das Stadt- bzw. Gemeindeamt eine zentrale Anlaufstelle für die BürgerInnen und wird in Zukunft auch mit dieser Fragestellung verstärkt konfrontiert werden. Die BürgerInnen freuen sich jedenfalls über ein gutes Serviceangebot rund um Fragen des täglichen Lebens und der Altersvorsorge. Das betrifft nicht nur unmittelbar Betroffene, sondern auch ihre Angehörigen. ■

Dr.ⁱⁿ Gertrude Brinek ist seit 2008 Volksanwältin und unter anderem für Steuern, Gebühren, Abgaben und die Verfahrensdauer bei Gerichten zuständig.



Europäische Union

Keine Zukunft(svision)?

„Unsere Europäische Union befindet sich - zumindest teilweise – in einer existenziellen Krise“, so leitete EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 ein. Nie zuvor habe es so wenige Gemeinsamkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten gegeben.

Mag. Reinhard Troper, Dezernatsleiter für EU-Strategie in der MA 27 – Europäische Angelegenheiten der Stadt Wien

Zur Überwindung der Krise und zur Wiederherstellung der Gemeinsamkeit in der EU sei eine allgemein geteilte Vision notwendig, konstatierte Juncker. „Ja, wir brauchen eine langfristige Vision. Die Kommission wird eine solche Zukunftsvision im März 2017 – rechtzeitig zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge – in einem Weißbuch darlegen. Wir werden aufzeigen, wie wir unsere Wirtschafts- und Währungsunion stärken und reformieren können.“ Vor diesem Hintergrund legte Juncker am 1. März 2017 im Europaparlament ein Weißbuch vor. Dieses enthält aber nicht die versprochene Vision, sondern nur fünf Szenarien, wie die Zukunft Europas aussehen könnte. Die vorgeschlagenen Modelle reichen von „Weiter so wie bisher“ bis zu „Viel mehr gemeinsames Handeln“ und sollen wegweisend für die gemeinsame europäische Entwicklung bis 2025 sein. Diese Absichtserklärung und ihre letzte Umsetzung werfen eine Reihe von Fragen auf:

» **Warum braucht die EU überhaupt eine Vision?**

» **Warum ging der Glaube an die bisherige Vision verloren?**

» **Warum legte die EK keine neue Vision vor?**

Im Folgenden wird versucht, diese drei Fragen anhand der Aussagen zweier rezenter Bücher des israelischen Universalhistorikers Yuval Noah Harari zu beantworten. Seine beiden Bücher „Eine kurze Geschichte der Menschheit“ (2013) und „Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen“ (2017) spannen zwar einen wesentlich weiteren Bogen, als die gegenwärtige Lage der EU, aber gerade deshalb bieten sie auch erhellende Antworten auf unsere aktuellen Fragen. Soviel vorweg: Angenehm sind die Antworten nicht.

Warum braucht die EU überhaupt eine Vision?

Natürlichen Ordnungen ist es egal, ob die Menschen an sie glauben oder nicht. So wirkt die Schwerkraft auch dann, wenn man nicht an sie glaubt und meint, fliegen zu können.

„Im Gegensatz dazu läuft eine erfundene Ordnung ständig Gefahr, in sich zusammenzufallen wie ein Kartenhaus, weil sie auf Mythen gebaut ist, und weil Mythen verschwinden, wenn niemand mehr an sie glaubt. Um eine erfundene Ordnung aufrechtzuerhalten, sind konstant große Anstrengungen erforderlich.“¹

Erfundene Ordnungen – wie die EU – sind zwar auf Mythen, also Visionen, gebaut, aber dennoch fest mit der materiellen Welt verwoben. Sie prägen unsere Wünsche und da sie von vielen geteilt werden, sind sie „intersubjektiv“ Fantasien. Gerade deshalb lautet die oberste Regel: „Sie dürfen nie zugeben, dass diese Ordnung nur ein Fantasieprodukt ist. Sie müssen immer darauf bestehen, dass die Ordnung, auf die sich die Gesellschaft stützt, eine objektive Wirklichkeit ist, die ... den Gesetzen der Natur entspricht.“²

Andererseits zeigt die Bedeutung, die den Ergebnissen der jeweils aktuellsten „Euro-Barometer-Umfragen“ im europäischen Diskurs zugestanden wird, dass die Wichtigkeit des „Glaubens“ der Bevölkerung, den Entscheidungsträgern sehr wohl bewusst ist. Denn: „Der Wert von Geld ist nicht das Einzige, was sich auflöst, sobald die Menschen nicht mehr daran glauben. Gleiches kann mit Gesetzen, Göttern und sogar ganzen Imperien geschehen.“³ Das rezenteste Beispiel eines Imperiums, an dessen Vision zu viele nicht mehr glaubten, ist wohl die Auflösung der Sowjetunion. Sie erfolgte so schnell, dass fast alle überrascht waren, selbst die Nomenklatura und die westlichen Geheimdienste. Finalisiert wurde sie mit der Vereinbarung von Belowschskaja Puschtscha vom 8. 12. 1991. Diesbezüglich könnte argumentiert werden, dass dieses Beispiel nicht zutrefte, weil die Sowjetunion eine Diktatur war, die EU aber aus demokratischen Staaten bestehe. Aber Vorsicht, auch bei den Wahlen zum EP 2019 könnte es ein Problem geben. „Menschen fühlen sich durch demokratische Wahlen nur dann gebunden, wenn sie mit den meisten anderen Wählern eine grundlegende Beziehung verbindet. ... Demokratische Wahlen funktionieren üblicherweise nur innerhalb von Bevölkerungen, die a priori über ein gemeinsames Band

verfügen, etwa über gemeinsame religiöse Überzeugungen und nationale Mythen. Mit Hilfe von Wahlen lassen sich nur Meinungsverschiedenheiten zwischen Menschen beilegen, die in grundlegenden Fragen bereits einer Meinung sind.“⁴

Damit kennen wir die Antwort auf die erste Frage: Die EU braucht eine Vision, an die die Mehrheit ihrer BürgerInnen glaubt, weil ansonsten die Gefahr besteht, dass sie auseinanderbricht. Über die Fragen, wann und wie schnell, soll hier nicht spekuliert werden.

Warum ging der Glaube an die bisherige Vision verloren?

Die Vision der EU konnte lange Zeit mit den Begriffen Friede, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zusammengefasst werden.

Was den Frieden betrifft, ist das Problem der EU ihr größter Erfolg. „Wichtiger noch: Für einen wachsenden Teil der Menschheit ist Krieg schlicht unvorstellbar geworden.“⁵

Was den Wohlstand betrifft, gibt es wohl mehrere Gründe für die verblassende Vision. Zunächst haben sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse seit dem Wegfall der Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion und dem weltweiten Sieg des Kapitalismus grundlegend geändert. Gerade für Europa. „Nach 1908 und vor allem nach 1945 wurde die Gier der Kapitalisten durch die Furcht vor dem Kommunismus ein wenig gedämpft.“⁶ Dies führte zum Entstehen des europäischen Sozialmodells. Nach 1989 war die Furcht weg. Seitdem können wir uns den Sozialstaat angeblich immer weniger leisten.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 wurde ein weiterer Pfeiler rissig: der Wachstumsglaube. „Der Kapitalismus ist der Glaube an das grenzenlose Wachstum der Wirtschaft. Dieser Glaube widerspricht so ziemlich allem, was wir über das Universum wissen.“⁷ Trotzdem erstarkte dieser Glaube gerade nach 1989. Er bildete auch eine wesentliche Basis der EU-Erweiterung 2004. Seit 2008 wurde dieser Glaube schwer erschüttert.

Erschüttert wurde aber auch der Mythos der sozialen Gerechtigkeit. Mit den sinkenden Realeinkommen für die große Mehrheit und den zunehmenden Einkommens- und v. a. Vermögensunterschieden geriet das fragile Gleichgewicht zwischen Vision und Realität aus der Balance: „In der Praxis nämlich beruht die Macht menschlicher Kooperationsnetzwerke auf einem heiklen Gleichgewicht zwischen Wahrheit und Fiktion. Verzerrt man die Wirklichkeit zu sehr, wird einen das schwächen, und man kann gegen klarsichtige Rivalen nicht mehr mithalten. Andererseits sind Menschen nur dann wirklich massenhaft zu mobilisieren, wenn erfundene Mythen im Spiel sind.“⁸ Insbesondere in den südlichen und öst-

lichen Mitgliedsstaaten zerschellte der Mythos sozialer Gerechtigkeit an der sozialen Realität.

Auf diese Widersprüche war die EU schlecht vorbereitet, weil sie ihrem eigenen Mythos glaubte, die EU wäre eine natürliche Ordnung. Aber: „Anders als die Naturgesetze, die in sich stimmig sind, ist nämlich jede menschliche Ordnung voller Widersprüche. Die Kulturen versuchen fortwährend, diese Widersprüche zu beseitigen, und dies führt zu immer neuen Veränderungen.“⁹ „Ungereimtheiten, Spannungen und Konflikte machen die Würze jeder Kultur aus.“¹⁰

Mit dieser „Würze“ wusste die EK nichts anzufangen. In ihren „Einheitsbrei“-Berichten wurden alle Widersprüche mit einem „und“ beseitigt: Sparen und Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Orientierung. Die Auseinandersetzung mit Zielkonflikten sowie eine kritische Analyse der bisherigen Entwicklung gehörten nicht zum Standardrepertoire der EK. Was nicht verwunderlich ist, denn: „Wenn Bürokratien Macht anhäufen, werden sie gegenüber ihren eigenen Fehlern immun. Statt ihre Geschichten so abzuändern, dass sie mit der Realität übereinstimmen, können sie die Wirklichkeit so verändern, dass sie zu ihren Geschichten passt.“¹¹ Oder es zumindest – wie die EK – immer wieder versuchen.

Nach dem Scheitern einer europäischen Verfassung 2004 wurden zwar die Aktivitäten zur Weiterentwicklung einer europäischen Vision eingestellt. In der Praxis versuchte man mit dem Vertrag von Lissabon zu retten, was zu retten war. Im Übrigen tat man so, als ob es immer noch eine gemeinsame Vision gäbe: „Liberale Nationalisten ... träumen von einer friedlichen Gemeinschaft von Nationen, die jeweils ihre gemeinsamen Empfindungen frei zum Ausdruck bringen und erkunden sollten, ohne ihre Nachbarn zu verletzen. Das ist noch heute die offizielle Ideologie der Europäischen Union, deren nie in Kraft getretene Verfassung von 2004 davon spricht, Europa sei ‚in Vielfalt geeint‘ und die unterschiedlichen Völker Europas seine weiterhin ‚stolz auf ihre nationale Identität und Geschichte‘.“¹² Auf das Erstarken nationalistischer Kräfte war man damit aber definitiv nicht vorbereitet. Damit kennen wir die Antwort auf die zweite Frage: Der Glaube an die bisherige Vision der EU scheiterte am zunehmenden Auseinanderklaffen von Mythos und Realität. Über die Fragen, wie sehr die neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der EU diesen Prozess beschleunigt hat, soll hier nicht spekuliert werden.

Warum legte die EK keine neue Vision vor?

Statt der groß angekündigten Vision wurden lediglich fünf mögliche Szenarien vorgelegt. Optimistisch kann dies als kluger taktischer Schachzug des „alten Fuchses“ Juncker inter-



pretiert werden, mit dem er die Mitgliedsstaaten in die Entscheidungspflicht nimmt. Realistischerweise könnte die Nichtvorlage einer neuen Vision aber auch im Tempo des technischen Fortschritts und in der zunehmenden Informationsflut begründet sein:

„Niemand kann sämtliche wissenschaftlichen Entdeckungen der jüngsten Zeit zur Kenntnis nehmen, niemand kann vorhersagen, wie die Weltwirtschaft in zehn Jahren aussehen wird, und niemand hat die geringste Ahnung, wohin wir uns in solch rasantem Tempo bewegen. Weil niemand mehr das System versteht, kann niemand es stoppen.“¹³

„Unsere gegenwärtigen demokratischen Strukturen können die relevanten Daten schlicht und einfach nicht schnell genug sammeln und verarbeiten ... Deshalb verliert die traditionelle demokratische Politik die Kontrolle über die Ereignisse und kann uns keine sinnvollen Zukunftsvisionen mehr bieten.“¹⁴ Die erschütternde Inhaltsleere der politischen Beiträge zur europaweiten Diskussion über eine langfristige Vision der EU

spricht für diesen Befund. Dies gilt insbesondere für die „Erklärungen von Bratislava“ der EU 27 vom 16. 9. 2016 und für die „Erklärung von Rom“ vom 25. 3. 2017.

Diese Überforderung aufgrund des Tempos des technischen Fortschritts zeigt sich aber auch in zwei weiteren Tendenzen unserer politischen Systeme: Einerseits der Neigung „zu administrieren statt zu regieren“ und andererseits in der Bereitschaft, „Entscheidungen anderen zu überlassen“.

„Gerade weil sich die Technologie heute so schnell entwickelt und Parlamente wie Diktatoren durch Daten, die sie nicht schnell genug verarbeiten können, förmlich erschlagen werden, denken heutige Politiker in viel kleineren Dimensionen als ihre Vorgänger vor 100 Jahren. Der Politik fehlt es Anfang des 21. Jahrhunderts folglich an großen Visionen. Regieren ist zu bloßer Administration geworden. Man verwaltet das Land, man führt es nicht mehr.“¹⁵

„Die Menschen überlassen nicht zuletzt deshalb, weil sie mit der Datenflut nicht mehr zurechtkommen, die Macht dem

freien Markt, der Weisheit der Crowd und externen Algorithmen. In der Vergangenheit funktionierte Zensur dadurch, dass der Informationsfluss blockiert wurde. Im 21. Jahrhundert bedeutet Zensur, die Menschen mit irrelevanten Informationen zu überschwemmen. ... Heute bedeutet Macht zu wissen, was man ignorieren kann.“¹⁶

„Viele neoliberale Ökonomen und Politikwissenschaftler behaupten, am besten sollte man die wichtigen Entscheidungen dem freien Markt überlassen. Damit liefern sie Politikern die perfekte Entschuldigung für Nichthandeln und Nichtwissen, die als tiefreichende Klugheit uminterpretiert werden. Politiker glauben nur zu gerne, dass sie die Welt deshalb nicht verstehen, weil sie sie nicht verstehen müssen.“¹⁷

Aktuelle Beispiele für diese Tendenzen sind einerseits die Flucht der EK in formalisierte Abläufe, wie dem „europäischen Semester“. Diese – zumindest für mächtige Mitgliedsstaaten – weitgehend konsequenzenlose Formalübung gehört in der Zwischenzeit zu den Bräuchen der EU wie Weihnach-

ten zum Christentum. Andererseits kann auch die aktuelle Tendenz – angesichts der Intransparenz des internationalen Finanzsystems –, das Heil in der Entwicklung von Kryptowährungen (z. B. Bitcoins) zu suchen, angeführt werden. Damit kennen wir nun auch die Antwort auf die dritte Frage: Die EK legte keine neue Vision vor, weil sie das Gesamtsystem nicht mehr versteht, die Kontrolle über die aktuellen Entwicklungen verloren hat und deshalb auch keine langfristige Vision mehr entwickeln kann. Diese Antwort mag uns nicht schmecken, aber sie ist leider weniger spekulativ als realistisch.

Conclusio

Einleitend wurde schon gewarnt: Diese – von Yuval Noah Harari – inspirierten Antworten sind nicht angenehm. Insbesondere wenn man zwei weitere von ihm genannte Fakten bedenkt:

„Wir können wissen, wie die Wirtschaft in der Vergangenheit funktionierte – aber wir haben keine Ahnung mehr, wie sie gegenwärtig funktioniert, von der Zukunft ganz zu schweigen.“¹⁸ „Und da das Tempo einfach immer weiter zunimmt, wird die Fehlertoleranz immer geringer.“¹⁹ Na toll.

So bitter beides ist, ist aber eines klar: Die gegenwärtigen Strukturen der EU sind nicht zukunftstauglich. Um fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu werden, müssten wir uns dringend und wohl endgültig von den überkommenen nationalstaatlichen Strukturen des 19. Jahrhunderts verabschieden. Über die Frage, ob uns dies gelingen wird, kann trefflich spekuliert werden. Wenn diese Spekulationen zu einer Lektüre der Bücher von Yuval Noah Harari „verleiten“, umso besser! ■

1. Yuval Noah Harari, „Eine kurze Geschichte der Menschheit“ (= KG), 2013, Seite 141
2. KG, Seite 145
3. Yuval Noah Harari, „Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen“ (= HD), 2017, Seite 200
4. HD, Seite 339
5. HD, Seite 26
6. KG, Seite 406
7. KG, Seite 385
8. HD, Seite 234
9. KG, Seite 202
10. KG, Seite 203
11. HD, Seite 230
12. HD, Seite 340
13. HD, Seite 75
14. HD, Seite 507
15. HD, Seite 509
16. HD, Seite 536
17. HD, Seite 509
18. HD, Seite 83
19. HD, Seite 293

Möglichen unerwarteten Ereignissen gelassen entgegenblicken

Die Robustheit meiner Gemeinde erhöhen

Im Heft 7–8/2017 wurde das Thema eines weitreichenden Infrastrukturausfalls und erste Schritte, was Gemeinden und Städte tun können, beleuchtet. In diesem Beitrag werden weitere Überlegungen skizziert, wie mit einfachen Maßnahmen der Alltag der Bevölkerung und Infrastruktursysteme auf kommunaler Ebene robuster gestaltet werden können.

Herbert Saurugg, MSc, Experte für die Vorbereitung auf den Ausfall lebenswichtiger Infrastrukturen

Handlungsfähigkeit der Bevölkerung

In letzter Zeit wurden mehrere Studienergebnisse veröffentlicht, die sich mit den infrastrukturellen Abhängigkeiten und damit mit unserer gesellschaftlichen Verwundbarkeit beschäftigen. Sie bestätigen die bisher getroffenen Aussagen und fordern besonders die aktive Einbindung der Bevölkerung in die Krisenvorsorge ein, was derzeit völlig unzureichend sei: Aufklärung kann dazu beitragen, dass die Bevölkerung durch ihr Verhalten mithilft, Verwundbarkeiten des Energiesystems zu mildern und auf widrige Ereignisse wie großräumige Stromausfälle angemessen zu reagieren. Bislang trifft die überwiegende Mehrheit der Menschen keinerlei Vorsorge, um mögliche längere Stromausfälle zu überbrücken.

Daher handelt es sich um eine klare Aufforderung, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Nicht, um sie zu verunsichern, sondern um ihr die Möglichkeit zu geben, sich bewusst mit den neuen Herausforderungen auseinanderzusetzen und die eigenen Handlungskompetenzen und damit die Selbstwirksamkeit zu stärken.



Selbstversorger-Vorrat für eine Person für 2 Wochen

Eigenversorgungsfähigkeit

Katastrophenschutzpläne, Krisenhandbücher, Stabsübungen usw. sind wichtig. Sie werden jedoch bei einem weitreichenden Infrastrukturausfall nur dann funktionieren, wenn das eigene Personal bis zum letzten Mitglied und dessen Familie auf ein solches Szenario vorbereitet sind. Denn wenn sich die eigene Familie nicht mehr ausreichend selbst versorgen kann, fehlen die Ressourcen, um anderen helfen zu können. Und wenn zu viele Menschen auf Hilfe angewiesen sind, werden die Ressourcen auch nicht ausreichen. Ein Teufelskreis, vor dem keine Organisation oder kein Unternehmen gefeit ist. Die Selbstversorgungsfähigkeit der Bevölkerung für zumindest ein bis zwei Wochen ist daher die zwingend erforderliche Basis für alle anderen Überlegungen. Wenn diese nicht existiert, sind alle anderen Maßnahmen auf Sand gebaut.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Krisenbewältigungsfähigkeit liegt daher in der Kommunikation vor der Krise. Nutzen Sie die Ressourcen der Zivilschutzverbände bei der Information Ihrer BürgerInnen. Information alleine ist jedoch zu wenig! Nur durch die aktive Kommunikation von Angesicht zu Angesicht werden die Menschen auch wirklich erreicht werden können. Das Thema Vorsorge und Robustheit muss daher zum Gesprächsthema werden. Am besten, indem nicht die Krise, sondern die Selbstwirksamkeit in den Vordergrund gestellt wird, damit man gelassen möglichen unerwarteten Ereignissen entgegenblicken kann.

© Foto: Herbert Saurugg (2), CCO Public Domain Pixabay



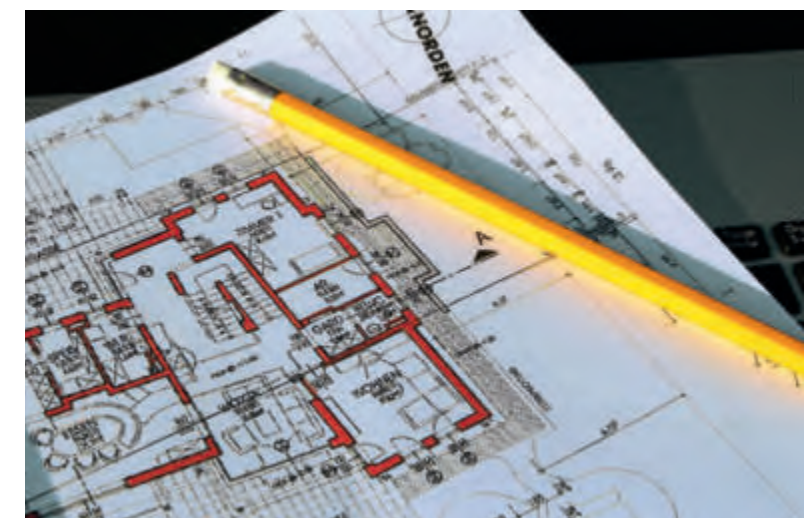
Mögliche Maßnahmen zur Erhöhung der Robustheit

Das Personal der Einsatzorganisationen oder von kommunalen Betrieben muss bereits vor einer derartigen Krise wissen, was zu tun ist, wenn keine Telekommunikation mehr funktioniert und daher keine Alarmierung erfolgen kann („Offline-Pläne“). Das bedeutet, dass eine dezentrale, autonome Handlungsfähigkeit sichergestellt sein muss.

Neben den organisatorischen und kommunikativen Maßnahmen gibt es auch eine Reihe von einfachen technischen Lösungen, die zur Erhöhung der Robustheit der regionalen Infrastrukturen und Strukturen beitragen können. Das beginnt mit notstromversorgten oder mit einem Einspeisepunkt ausgestatteten Betriebstankstellen, damit die Einsatzorganisationen und wichtige notstromversorgte Einrichtungen (Krisenstäbe, Krankenhäuser etc.) im Krisenfall auch mit Treibstoff versorgt werden können. Nutzen Sie hier Synergiepotenziale, um den Aufwand und die finanzielle Belastung für alle so gering als möglich zu halten. Der Schlüssel liegt in der Kooperation. Es muss nicht jede/-r alles können und vorhalten.

Hier würde sich auch eine inselbetriebsfähige PV-Anlage („notversorgungsfähige Energiezelle“) anbieten. Das bedeutet, dass diese Anlage auch bei einem Netzausfall funktioniert, was derzeit nur sehr wenige können. Auch hier gilt eine sinnvolle Kombination, um etwa mit immer kostengünstiger werdenden Speicherlösungen die Eigenverbrauchsquote des selbst produzierten Stroms zu erhöhen. Damit wird ein Mehrwert geschaffen und die Kosten werden reduziert.

Für notversorgungsfähige Energiezellen können auch andere Anlagen, wie Kleinwasserkraftwerke oder Biogasanlagen, herangezogen werden. Gerade die derzeit sehr in Verruf geratenen Biogasanlagen könnten für die Gemeinde ein wichtiges Notstromaggregat darstellen, wenn man die entsprechenden Vorkehrungen in Absprache mit dem Netzbetreiber trifft. So könnten wichtige Einrichtungen wie Krisenstäbe, Tankstellen, Einsatzorganisationen oder Pflegeheime notstromversorgt werden. Auch Kläranlagen mit einem eigenen Blockheizkraftwerk (BHKW) werden betriebswirtschaftlich zunehmend interessanter und können einen Beitrag zur Notstromversorgung in der Gemeinde liefern. Solche wichtigen kommunalen Maßnahmen zur Erhöhung der Robustheit



könnten auch mit BürgerInnenbeteiligungsmodellen durchgeführt werden. Damit würde man wiederum die Bevölkerung aktiv einbinden und das Bewusstsein heben. Statt, wie derzeit üblich, PV-Anlagen pauschal zu fördern, sollten nur mehr inselbetriebsfähige Anlagen bzw. notversor-



Am 5. September 2017 fand der Workshop zum Thema „Großflächiger Stromausfall/Blackout“ im Schloss Laudon statt.

Workshop „Städte auf Infrastrukturausfälle vorbereiten“

Am Workshop „Meine Stadt auf weitreichende Infrastrukturausfälle vorbereiten“, der am 5. September im Schloss Laudon in Wien stattfand, nahmen zahlreiche Stadtverwaltungen, Rettungsorganisationen, Infrastrukturbetriebe sowie auch der Österreichische Städtebund teil. Es stellte sich heraus, dass wohl kaum eine Gemeinde Österreichs ausreichend gut auf einen Blackout vorbereitet wäre. Nach einigen Impulsreferaten von InfrastrukturexpertInnen wurden Erfahrungen aus der Praxis ausgetauscht und in Kleingruppen Vorsorgemaßnahmen erarbeitet. So müsse beispielsweise sowohl das Personal als auch die Bevölkerung besser vorbereitet werden, Verantwortungen müssen klar geregelt sein. Auch im Falle eines Blackouts darf die Verbindung zu den wichtigsten Stakeholdern nicht verloren gehen, um zu gewährleisten, dass lebenswichtige Infrastruktur, wie Wasser, Wärme oder Lebensmittel, so schnell wie möglich bereitgestellt werden können. Besonders wichtig sei es zudem, die Treibstoffversorgung für Einsatzorganisationen zu sichern.

Eine ausführliche Zusammenfassung des Workshops, Fotos und Videos der Vorträge sowie Leitfäden zum Thema Infrastrukturausfall finden Sie auf der Homepage des Veranstalters Herbert Saurugg: www.saurugg.net.

gungsfähige Energiezellen bei wichtigen Einrichtungen oder landwirtschaftlichen Betrieben gefördert werden. Wenn Sie diese Förderung mit einem kommunalen Selbsthilfe-Basis-Konzept kombinieren, erhöhen Sie automatisch die Robustheit eines ganzen Ortsteils oder Grätzels. Und Sie reduzieren damit die potenzielle Anzahl von Menschen, die im Katastrophenfall auf externe Hilfe angewiesen sind.

Eine Verankerung in der Bauordnung schafft eine zusätzliche Nachhaltigkeit. Fixe Vorgaben bei größeren Wohnhausprojekten sollten selbstverständlich sein. Es geht dabei nicht um eine Voll-, sondern nur um eine Notversorgung. Beispielsweise, um temporär Heizungspumpen oder Kühlgeräte versorgen zu können oder eine minimale Beleuchtung sicherzustellen, damit die Unfallgefahr reduziert wird. Weitergedacht müssten auch Vorgaben für die Lagermöglichkeit von Vorräten einfließen. Allzu häufig wird als Ausrede für die mangelhafte Eigenvorsorge der fehlende Platz genannt, speziell was Trinkwasservorräte betrifft.

In Tourismusregionen sind zudem weitergehende Überlegungen erforderlich, welche Maßnahmen zur Versorgung einer Vielzahl von auf fremde Hilfe angewiesenen Menschen sinnvoll und notwendig sind und wie die Robustheit der Beherbergungsbetriebe erhöht werden kann. Dabei ist wiederum auf Einfachheit und Praxistauglichkeit zu achten. Die Dinge müssen sich in den Alltag integrieren lassen, sonst werden sie nicht angenommen.

Wie diese wenigen Überlegungen zeigen, kann mit relativ einfachen Maßnahmen die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft rasch reduziert und die Robustheit der Gemeinde erhöht werden. Die Gemeinde hat einen gar nicht so kleinen Gestaltungsspielraum. Wir müssen diese Dinge in unser Denken integrieren und sie nicht nur rein kurzfristig betriebswirtschaftlich betrachten. Ganz abgesehen davon, dass wir durch vernetztes Denken und Handeln auch viele andere Herausforderungen besser lösen und einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten können. Packen wir es an! ■

LINKS

Weiterführende Hintergrundinformationen, Studienergebnisse sowie Leitfäden für die Vorbereitung auf mögliche weitreichende Infrastrukturausfälle finden Sie unter www.saurugg.net. Speziell das Thema notversorgungsfähige Energiezelle: www.herbert.saurugg.net/?p=5955

© Foto: BKA/Andy Wenzel

Schulrecht 2017/18

2. Auflage

Dr. Armin Andergassen | MANZ Verlag
Wien | 36,00 € | ISBN: 978-3-214-09325-9 | 316 Seiten, flexibler Einband



Weniger als ein Jahr ist es her, dass Andergassen die erste Auflage seines Schulrechtsbuches publizierte. Grund für diesen unüblich kurzen Zeitraum zwischen erster und zweiter Auflage sind zahlreiche Neuerungen durch die Ende Juni 2017 beschlossene Bildungsreform. Ebenfalls neu sind die Einführung der Ausbildungspflicht für Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres durch das Ausbildungspflichtgesetz sowie der Ausbau der Ganztagschule durch das Bildungsinvestitionsgesetz. Die zweite Auflage wurde zudem zum Anlass genommen, neue Judikatur und Literatur mit einfließen zu lassen. Das Werk behandelt alle für die Unterrichtsarbeit relevanten Themengebiete wie beispielsweise Fragen der Aufsichtspflicht und Haftung, der Leistungsfeststellung und Beurteilung, der Religion sowie Fragen zu schulischen Veranstaltungen. Probleme werden anschaulich in rund 70 Praxisbeispielen dargestellt. Auch Rechtsfragen aus anderen relevanten Rechtsgebieten, wie dem Urheberrecht und dem Lehrerdienstrecht, werden behandelt. Die Neuerungen durch das Schulrechtsänderungsgesetz werden in einem eigenen Kapitel übersichtlich dargestellt. Das Grundsatzwerk von Andergassen ist sehr umfassend, jedoch trotzdem nicht langatmig und in leicht verständlicher Sprache verfasst. Das Buch soll vor allem als Hilfestellung für den Schultag dienen, indem es Grenzen und Möglichkeiten der pädagogischen Arbeit genau aufzeigt. ■

Gesundheit im Alter

Selbstständigkeit erhalten,
Gebrechlichkeit vorbeugen

Dr. Thomas E. Dorner / Dr.ⁱⁿ Karin Schindler | MedUni Wien im MANZ Verlag Wien | 23,90 € | ISBN: 978-3-214-08467-7 | 192 Seiten, flexibler Einband



Die Lebenserwartung steigt, die medizinische Versorgung wird immer besser. Dennoch stellt uns das Altern immer noch vor große persönliche Herausforderungen. Die Mobilität verringert sich, Muskelkraft und Muskelmasse nehmen ab und es kommt zur Mangelernährung. Kleinigkeiten beginnen schwerer und mühsam zu werden. Verbunden ist dies oft mit schlechten Stimmungslagen und einem Abbau der

Gemeinderecht für Praktiker

2. Auflage

Mag. Martin Haidvogel/Mag. Karl Hallbauer | MANZ Verlag Wien | 21,80 € | ISBN: 978-3-214-03965-3 | 252 Seiten, flexibler Einband



Das Gemeinderecht unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland, zusätzlich dazu existieren in einigen Städten eigene Stadtrechte. Aus diesem Grund gibt es zwar umfangreiche Gesamtdarstellungen dieses Rechtsgebietes, jedoch kaum einfach und kurz gehaltene Darstellungen für Laien, heißt es im Vorwort des Buches. An genau diese übersichtliche Darstellung wagte sich nun Mag. Martin Haidvogel, Magistratsdirektor in Graz und Vorsitzender des Fachausschusses für Verwaltungsorganisation beim Österreichischen Städtebund. Für sein Werk „Gemeinderecht für Praktiker“ holte er sich Mag. Karl Hallbauer ins Boot, dieser ist derzeit als Magistratsdirektor der Stadt Krems tätig und stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses des Österreichischen Städtebundes. Die beiden erfahrenen Verwaltungsjuristen präsentierten nun die zweite Auflage ihres Ratgebers. Das Werk beschäftigt sich mit sämtlichen relevanten Bereichen des Gemeinderechts wie etwa dem Aufgabenbereich einer Gemeinde, dessen Organen, mit der Finanzierung und Kontrolle sowie mit der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. In der zweiten Auflage wurden Kapitel zur Sicherheitsverwaltung zum neuen Haushaltsrecht sowie Detailregelungen zu Niederösterreich ergänzt. Anhand von zahlreichen Illustrationen wird das Leben am Gemeindeamt in detailierter und dennoch einfach verständlicher Form dargestellt. „Gemeinderecht für Praktiker“ von Haidvogel/Hallbauer kann daher sämtlichen PolitikerInnen und Gemeindebediensteten des Landes sowie der interessierten Öffentlichkeit empfohlen werden. ■

sozialen Beziehungen. Die Gebrechlichkeit im Alter zu verringern hilft dabei, ein selbstbestimmtes und bis zuletzt erfülltes Leben zu führen. In ihrem Ratgeber „Gesundheit im Alter“ erklären die beiden AutorInnen Dorner und Schindler (beide DozentInnen an der MedUni Wien), wie man möglichst gesund und mit guter Lebensqualität altern kann. Das Buch gibt ausführliche Ratschläge in den Bereichen körperliches Training, Ernährungsoptimierung und soziale Unterstützung. Dabei wurde neben der Präsentation wissenschaftlicher Erkenntnisse auch ein starker Fokus auf die praktische Anwendbarkeit gelegt. So finden sich am Ende des äußerst gelungenen Ratgebers zahlreiche Rezepte und Trainingsübungen für ältere Menschen. ■

Ertragsanteilsvorschüsse für Oktober 2017

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)				
	Ertrag für 10/2017 ¹⁾	Veränderung ggü. 10/2016	Ertrag für 01–10/2017	Veränderung ggü. 01–10/2016
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	8.256.132	5,9 %	64.076.883	3,2%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	1.084.515	3,9 %	3.348.062	5,3 %
Lohnsteuer	1.978.780	3,1 %	20.678.269	–0,9 %
Körperschaftsteuer	1.695.839	13,6%	6.364.040	13,7 %
Umsatzsteuer	2.273.604	6,0 %	21.418.171	4,7 %
Mineralölsteuer	392.579	8,4 %	3.763.736	3,3 %
Abgeltungssteuern Schweiz	4.720		5.193	236,7%
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0		–3	–101,3%
GBA mit speziellen Schlüsseln	184.947	–0,9 %	1.764.713	–6,6%
davon:				
Bodenwertabgabe	1.493	16,7 %	5.843	2,0 %
Grunderwerbssteuer	92.844	4,3%	898.482	–6,6 %
GBA gesamt	8.441.078	5,8 %	65.841.596	2,9 %

¹⁾ i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) Gemeindeertragsanteile

	Ertrag für 10/2017 ¹⁾	Veränderung ggü. 10/2016	Ertrag für 01–10/2017	Veränderung ggü. 01–10/2016
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	26.468	2,5 %	208.143	1,3 %
Kärnten	62.800	4,5 %	495.569	1,0 %
Niederösterreich	169.872	5,3 %	1.337.005	1,2 %
Oberösterreich	161.024	4,0 %	1.267.048	1,2 %
Salzburg	70.524	4,9 %	558.755	0,6 %
Steiermark	130.817	6,4 %	1.029.585	2,9 %
Tirol	90.736	7,7 %	725.356	2,8 %
Vorarlberg	48.015	5,8 %	384.575	1,3 %
Wien	281.168	7,3 %	2.189.290	3,2 %
Summe	1.041.423	5,8 %	8.195.327	2,0 %

Wurm-kiste

Dünger vom Hocker

Da ist der Wurm drin – und nicht nur einer. Das Andorfer Start-up Wurm-kiste macht den Komposthaufen im Holzhocker im wahrsten Sinne des Wortes salonfähig. Und überzeugt damit immer mehr SkeptikerInnen – darunter den Großvater des Start-up-Gründers.

Mag.ª Saskia Blatakes, Journalistin

Ein Wohnzimmer irgendwo in Österreich. Man sitzt nach dem Abendessen im Wohnzimmer und ruht sich aus. Das jüngste Familienmitglied hat es sich auf einem mit weichem Polster bespannten Holzhocker gemütlich gemacht. Der Bauch ist voll, die Augenlider werden schwer – die Ruhe nach dem Schlemmen.

Doch im Inneren des Hockers ist der Teufel los. Da wird gekrochen, gemampft und sich an Kontrahenten vorbeige-drängt. Dabei ist das Buffet nicht gerade appetitlich: vertrock-nete Erdäpfelschalen, angegammelte Apfelreste und lasche Sa-latblätter gibt es heute. Die Würmer sind zufrieden. Die Hälfte seines Körpergewichts verdrückt ein Regenwurm pro Tag. Und macht so ganz nebenbei aus Essensresten feinsten Dünger. Und das so gut wie geruchlos.

Die Idee zum Möbelstück mit Innenleben hatte der Andorfer David Witzeneder während des Studiums an der Universität für Bodenkultur in Wien. Den ökologiebewussten Agrarwis-senschaftstudenten ärgerte es, dass die Küchenabfälle in Wien im Restmüll enden. Schlecht für die Umwelt und schade um die gute Erde, die daraus hätte werden können, dachte er sich und begann, erfinderisch mit seinem Biomüll umzugehen: Er entsorgte ihn kurzerhand, indem er ihn im nahe gelegenen Türkenschanzpark hinter Büschen verteilte und so der dortigen Flora eine Extraportion Nährstoffe zukommen ließ. Auch das könnte unter Guerilla Gardening firmieren.

Als sich sein Studium langsam dem Ende zuneigte, gesellte sich zur Not der „Kompostlosigkeit“ noch eine existenziellere Frage: Was tun mit einem Studium in Agrarwissenschaft? Der Wunsch, sich selbstständig zu machen, wurde immer größer, geprägt vom Großvater, der in seiner Glaserei daheim in An-dorf ein Leben lang sein eigener Herr gewesen war. Eines Ta-ges lag David Witzeneder zwischen zwei Vorlesungen im Tür-kenschanzpark in der Sonne und machte ein Mittagsschläf-chen.

Als er aufwachte, hatte er einen Geistesblitz: Würmer sind die Lösung für das Kompostproblem der StädteInnen! Seine Idee erzählte er gleich seinem Kommilitonen, der die Mittagspause ebenfalls hier verbracht hatte. Und der hatte ausgerechnet eine Wurmbox zu Hause auf dem Balkon. Die beiden radel-

ten sofort los und schauten sich den Wurmkomposter aus Plastik vor Ort genauer an. Das müsste sich doch leicht nach-bauen lassen, dachte sich David Witzeneder. Aber warum nicht gleich aus Holz? Warum nicht eine Sitzgelegenheit dar-aus machen, die Kompostierung auch in Stadtwohnungen möglich machen könnte? Schließlich kann bei Weitem nicht jede/-r ÖsterreicherIn einen Garten oder einen Balkon ihr/sein eigen nennen. Die nächste Adresse war sein Bruder Tho-mas, ein ausgebildeter Tischler. In den Semesterferien in An-dorf tüftelten die beiden herum und bauten den ersten Proto-typ.

Zurück in Wien boten die Brüder dann über die ÖH Work-shops an, in denen jede/-r lernen konnte, wie man eine Wurm-kiste aus Holz baut. Das Interesse war groß. David Witzeneder hatte zum ersten Mal das Gefühl, dass aus diesem kleinen Hobby-Projekt mehr werden könnte: „Ich war so be-geistert und überzeugt, dass die Wurm-kiste eine gute Idee ist. Ich hatte zwar Angst vor dem Schritt in die Selbstständigkeit, aber ich wollte es wenigstens einmal versucht haben. Gehol-fen hat mir, dass ich noch als Student versichert war. Das hat es leichter gemacht.“



Ein unauffälliges Möbelstück, das es in sich hat. Vom kompostie-renden Inhalt sieht man nichts und riecht vor allem nichts.

© Foto: wurmkiste



Die Zahl der Regenwürmer im Inneren des Hockers verdoppelt sich alle drei Monate – wenn sie fleißig gefüttert werden.

© Foto: wurmkiste

Tausend Euro Startkapital

So richtig begonnen hat dann alles – wie beim Start-up-Guru und Apple-Gründer Steve Jobs – in einer Garage. Die steuerte der Großvater kostenfrei bei, auch wenn er mit dem fertigen Produkt zunächst wenig anfangen konnte. „Er ist nicht so naturbezogen und hat selbst nie einen Komposthaufen besessen, das Produkt fand er also erst einmal skurril“, erinnert sich David Witzeneder lachend. Doch er glaubte an seine Enkel und war begeistert, dass sie sich selbstständig machen wollten. Werkzeug gab es in der extra für die beiden leergeräumten Garage genug. Als ihm seine Enkel dann zu Weihnachten eine Wurmkomposter schenkten, war er restlos überzeugt.

Nur tausend Euro mussten die beiden anfangs investieren – für Akkuschauber, Bohrmaschine, Bohrer, Holz und eine Säge. Das unternehmerische Risiko war also denkbar gering, aber leider auch das Feedback der Kunden. „Wir hatten zwar eine schöne, fertige Website, aber keiner hat sie besucht“, erinnert sich der Gründer. Da seien ihm die ersten Zweifel gekommen: Eigentlich können sich InteressentInnen einfach Holz besorgen und selbst eine Wurmkomposter bauen, und zwar für einen Bruchteil des Preises. Und Wurmkomposter aus Plastik sind ohnehin schon für 20 Euro zu haben. Er sei kurz davor gewesen aufzugeben, als der Wendepunkt kam. Den bescherte ihm ausgerechnet ein anderes Start-up. Die Wiener MacherInnen des autarken „Wohnwagons“ bieten auf ihrer Homepage auch allerlei Zubehör für das autarke Leben an. Durch Zufall erfuhren sie von der Wurmkomposter und nahmen sie gleich in ihren Webshop auf. Plötzlich seien dann immer regelmäßiger Bestellungen eingetrudelt, erinnert sich David Witzeneder.

Natürlich ist das grundlegende Konzept der Kompostierung in Behältern alles andere als neu. Das Pendant zur Wurmkomposter aus Holz besteht aus schnödem Plastik und ist seit Langem bekannt. Was macht die Wurmkomposter anders? „Wir haben uns viel mit Materialien auseinandergesetzt. Es ist wichtig, welches Holz man verwendet und welche Bauweise man verwendet“, sagt David Witzeneder beim Besuch der ÖGZ. Die Wurmkomposter besteht aus Fichtenholz, das die Brüder aus Österreich, Deutschland oder Tschechien beziehen.

Wundersame Verdopplung

Freilich, die Wurmkomposter ist keine einfache Kiste. Da gibt es mehrere Schichten, die zusammen funktionieren müssen. Wenn man den Deckel aufklappt, liegt darunter erst einmal eine dicke Matte aus Hanf. Die soll verhindern, dass sich Fruchtflecken am Kompost bedienen. In dem Kompost leben am Anfang 500 Würmer, circa alle drei Monate verdoppelt sich die Zahl der Tiere. Und dabei legen sie eine besondere Intelligenz an den Tag, wie David Witzeneder erklärt: „Wenn es zu viele werden, hören sie auf, sich zu vermehren.“



David Witzeneder entwickelte die WurmKiste während des Studiums. Heute kann er bereits davon leben.



Andorfs Bürgermeister Peter Pichler war von Anfang an begeistert von der Idee der WurmKiste-Erfinder.

Was noch verblüfft: Der Inhalt der Kiste ist überraschend geruchsarm. Wenn die Box geschlossen ist, ist gar nichts zu riechen. 120 bis 265 Euro kostet eine WurmKiste, je nachdem, welche Ausführung man wählt und ob man die fertig gebaute Box oder ein Selbstbau-Set wie beim schwedischen Möblieren haben möchte. Von den Einnahmen können die beiden Brüder mittlerweile leben, doch die Zusammenarbeit unter Geschwistern ist nicht immer leicht. Die Hemmschwellen zwischen Brüdern seien niedriger, wenn es Streit gibt, sage man sich gleich offen, was man denkt, erzählt David Witzeneder beim ÖGZ-Besuch. Mittlerweile sind die beiden aus der Garage ausgezogen und in eine eigene Werkstatt übersiedelt. Und wieder hatte der Großvater geholfen: In den Räumen war vor 25 Jahren seine Glaser-Werkstatt untergebracht gewesen, seitdem stand sie leer. „Es ist schön, am gleichen Arbeitstisch wie der Opa früher zu sitzen“, lächelt David Witzeneder.

Gegen die Landflucht

Wenn lokales Handwerk sich so neu erfindet, freut sich natürlich auch der Bürgermeister. Andorfs Bürgermeister Peter Pichler war von Anfang an von der WurmKiste begeistert und hält sie für einen sehr guten neuen Ansatz in Sachen Kompostierung und sie passt seiner Meinung nach perfekt zur aktuellen Rückbesinnung auf regionale und qualitativ hochwertige Produkte. Es freut ihn auch, dass David Witzeneder nach seinem Studium in Wien wieder in seine Heimat Andorf zurückgekehrt ist und sich hier selbstständig gemacht hat. Bürgermeister Peter Pichler sagt: „Im Bezirk Scharding nimmt die Bevölkerung eher ab. Wir leiden an der Abwanderung und wollen alles tun, damit vor allem die Jungen, die Frauen, die gut Ausgebildeten hierbleiben oder zurückkehren.“ Der WurmKisten-Gründer hat dann auch gleich ein Anliegen an den Bürgermeister: Seiner Meinung nach eignen sich WurmKisten – in größerer Ausführung – perfekt für Kindergärten, Schulen oder Firmenmensen, weil sich durch sie Müllkosten sparen lassen und Umwelt und Klima geschont werden, weil der Biomüll nicht kilometerweit mit LKWs transportiert werden muss. Aber Bürgermeister Peter Pichler muss ihn vorerst enttäuschen: „Wir haben hier in Andorf schon ein sehr gutes System: Der Biomüll von Schulen und Kindergärten wird zur Biogasanlage gebracht und da kommt jetzt schon einiges zusammen. Die Biosackerl werden ein Mal pro Woche abgeholt, das stimmt, aber die Fahrwege sind kurz.“ David Witzeneder will noch nicht aufgeben und sich demnächst wieder mit Herrn Pichler treffen und weitere Überzeugungsarbeit leisten. Vielleicht steht dann auch bald vor dem Andorfer Rathaus ein Hocker, der es in sich hat. ■

Kontakt

Weitere Infos unter:
wurmKiste.at
office@wurmKiste.at oder +43 7766/42 200



Mag. Saskia Blatakes studierte Politikwissenschaft an der Universität Wien und dem Institut für Höhere Studien. Sie arbeitet als freie Journalistin, Moderatorin und Lektorin.

Vereinigtes Königreich: Verkehrsrisiko „Dooring“ wird vernachlässigt

Jeder/jedem Rad-, aber auch MotorradfahrerIn ist das Problem wohl bewusst. Durch das unachtsame Öffnen von Autotüren können schwere Unfälle passieren, die im schlimmsten Fall sogar zum Tod führen können. So geschehen in der mittelenglischen Stadt Leicester, wo ein junger Lehrer durch eine plötzlich geöffnete Taxitür vor einen LKW gestoßen wurde. Strafe für den Taxifahrer: umgerechnet 90 Euro. Der Vorfall erzürnte die britische Fahrradlobby „Cycling UK“, die sich seit Jahren dafür einsetzt, entschiedener gegen sogenanntes „Dooring“ vorzugehen. Gefordert wird neben höheren Strafen auch die Integration des „dutch reach“ in die Führerscheinausbildung. Dabei wird die Autotür mit der jeweils innenliegenden Hand geöffnet, sodass man sich dabei umdrehen und einen genauen Blick nach hinten werfen muss. In den Niederlanden ist dies bereits seit Jahren gängige Praxis.

Auch österreichische Fahrradvereine mahnen

Die „Dooring“-Gefahr ist auch hiezulande allgegenwärtig. Laut Erhebungen der MA 46 gingen in Wien elf Prozent der Radverkehrsunfälle auf das Konto von plötzlich geöffneten Autotüren. Die Radlobby Österreich startete auch aus diesem Grund die Kampagne „Abstand macht sicher“. Die Radlobby emp-



fehlt RadlerInnen einen Seitenabstand von mindestens 1,2 Metern zu parkenden Autos einzuhalten und fordert vonseiten der Verkehrsplanung eine Mindestbreite von 1,75 Metern für Mehrzweckfahrstreifen neben parkenden Autos.

Weitere Informationen über die Kampagne „Abstand macht sicher“ finden Sie unter folgendem Link: www.radlobby.at/abstand.



Im Rock für Égalité

Eine von vier Schülerinnen in Frankreich fühlt sich im Alltag belästigt. Um sich mit diesen Schülerinnen zu solidarisieren, riefen die Schulgewerkschaften zum „Journée de la Jupe“, zum Tag des Rocks, auf. Die Idee entstand bereits im Jahr 2006 in einem technischen Gymnasium in der Nähe von Renne. Ein Jahr später starteten muslimische Schülerinnen in Paris die Aktion „Alle im Rock!“. Seit 2017 machen auch männliche Schüler mit. Der „Tag des Rocks“ wird mittlerweile an 27 Oberschulen im Nordwesten Frankreichs begangen. Die Aktion hat in Frankreich eine Diskussion über „Gender Mainstreaming“ ausgelöst und wurde im Vorfeld von ultrakonservativen- und Anti-Homo-Gruppierungen auf das Schärfste kritisiert. Einige Schüler im Rock wurden auf ihrem Schulweg mit Eiern beworfen, diese ließen sich jedoch dadurch keineswegs verunsichern. Auch der Elternverband Peep zeigte sich begeistert. „Es handelt sich um eine sinnvolle Provokation“, sagte die Vorsitzende Elisabeth Costagliola. Die Schulaufsichtsbehörde (Académie) in Nantes begrüßte die Aktion ebenfalls. Im Kampf gegen Diskriminierung sei dies eine „originelle Idee“. Auch das Bildungsministerium in Paris unterstützt die Kampagne.

Mit dem „Tag des Rocks“ machen einige Schulen in Frankreich auf Diskriminierung aufmerksam – auch Schüler sind dazu aufgerufen, mit Rock in die Schule zu kommen.



Der St. James Park im Herzen Londons ist eine von zahlreichen Parkanlagen in der britischen Hauptstadt. Bürgermeister Sadiq Khan will die Schaffung von Grünflächen noch weiter forcieren und London zum ersten „urbanen Nationalpark“ der Welt machen.

London soll erster „urbaner Nationalpark“ werden

Bei einer internationalen Konferenz im Frühjahr 2019 will Londons Bürgermeister Sadiq Khan offiziell um die Ernennung des Großraums Londons zum Nationalpark ansuchen. Dies wäre weltweit einzigartig, da bis jetzt keine Stadt diesen Status innehat. Ursprünglich stammt die Idee vom britischen Forscher und Umweltaktivisten Daniel Raven Ellison, der die Initiative „Greater London National Park City“ bereits vor einigen Jahren gründete. Nachdem die Initiative in den letzten Jahren regen Zulauf hatte, konnte nun auch das Stadtoberhaupt als Partner gewonnen werden. Sadiq Khan verkündete das Vorhaben im Rahmen der Präsentation seiner Umweltstrategie, die London zur grünsten Stadt der Welt machen soll. Neben dem Antrag auf Ernennung zum Nationalpark kündigte der Bürgermeister die Gründung des mit neun Millionen Pfund (9,9 Millionen Euro) dotierten Fonds „Greener City Fund for London“ an. Die finanziellen Mittel sollen zur Sanierung und Erhaltung bestehender sowie zur Schaffung neuer Grünräume zur Verfügung stehen. Daneben setzt die britische Hauptstadt auf städteplanerische Maßnahmen zum Grünraumschutz und auf die Forcierung von Dachbegrünungen.

Plastik im Leitungswasser – ein globales Problem

Der viel zu hohe Verbrauch an Kunststoff ist ein seit Langem diskutiertes Problem. Doch während der Fokus in den vergangenen Jahren zumeist auf der Verschmutzung der Ozeane lag, zeigen neueste Untersuchungen, dass Plastikmüll auch in weiteren Bereichen unseres täglichen Lebens allgegenwärtig ist. In einer groß angelegten Studie der Medienplattform Orb Media wurden Proben des Leitungswassers auf Plastikspuren untersucht. Das erschreckende Ergebnis: Insgesamt enthielten 83 % der Proben mikroskopisch kleine Spuren von Kunststofffasern. Die höchste Kunststoffbelastung weisen die USA auf, hier enthielten 94 % der Proben Spuren von Plastik. Dicht gefolgt vom Libanon und Indien. Europa schnitt im globalen Vergleich am besten ab, dennoch beinhalteten auch hier durchschnittlich 72 % der Proben sogenanntes „Microplastic“. Die Kunststofffasern sind per se nicht gesundheitsgefährdend. Besorgniserregend ist jedoch, dass sich Bakterien und Chemikalien auf den mikroskopisch kleinen Plastikteilchen festsetzen können und so in den menschlichen Organismus gelangen.



Weltweit enthalten 83 % des Leitungswassers Spuren von Plastik, in Europa sind es 72 %. Die Gründe dafür sind vielseitig, die Auswirkungen noch nicht vollkommen klar.

Ausmaß der Belastung noch nicht vollkommen klar

In ähnlichen Untersuchungen wurde „Microplastic“ in weiteren Lebensmitteln nachgewiesen. So enthielt jeder dritte getestete Fisch im Vereinigten Königreich Spuren von Plastik. In Deutschland beinhalteten alle 24 getesteten Biermarken sowie Honig, Meersalz und Zucker Kunststofffasern. In Frankreich wurde „Microplastic“ in der Atemluft nachgewiesen. Als Verursacher nennt Orb Media vor allem synthetische Kunststofffasern in unserer Kleidung, die

durch die Wäsche ins Grundwasser gelangen, Kunststoffstaub durch Autoreifen, synthetische Farben auf Häusern und in Innenräumen, Kunststofffasern in Kosmetika und die klassische Plastikverpackung von Lebensmitteln. Klar ist, dass man die Konsequenzen und Risiken der Plastikproduktion lange unterschätzt und ignoriert hat. Noch immer werden nur 20 % des weltweiten Plastikmülls recycelt, die restlichen 80 % landen auf Mülldeponien oder in den Ozeanen.

Ausschusstermine des Österreichischen Städtebundes
November 2017 bis Jänner 2018

November		
6. November	Kommunalforum	Klagenfurt
7. November	Kommunalforum	Ansfelden
7. November	FA Friedhöfe/Feuerhallen; FA kommunale Bestattung	Villach
8. bis 9. November	Kontrollämtertagung	Klosterneuburg
9. bis 10. November	Netzwerk Gesunde Städte	St. Pölten
14. November	SDG und Entwicklungspolitik- veranstaltung	Innsbruck
15. bis 16. November	Fachausschuss Sport- angelegenheiten	Kapfenberg
16. bis 17. November	Fachausschuss Rechts- angelegenheiten	Feldkirch
20. bis 21. November	Fachausschuss Soziales, Gesundheit und Jugend	Graz
23. bis 24. November	FA Statistik und Register- anwendungen	Wolfsberg
29. November	Geschäftsleitung & Hauptausschuss	Wien
29. November	12. EU-Wissensnetzwerk	Baden bei Wien
30. November bis 1. Dezember	Arbeitskreis Energie mit Bayrischem Städtetag	Salzburg
30. November bis 1. Dezember	Fachausschuss Verwaltungsorganisation	St. Pölten
30. November bis 1. Dezember	Fachausschuss Bau- angelegenheiten	Wien
Dezember		
7. Dezember	Workshop Daseinsvorsorge	Wien
Jänner		
25. bis 26. Jänner	Fachausschuss für Öffentlichkeitsarbeit	Innsbruck



Ausblick auf die Dezember/Jänner-ÖGZ

Die kommende Ausgabe wird sich mit dem Thema „Industrie in Städten“ befassen. Österreichs Städte spielen eine wichtige Rolle als Wirtschafts- und Wohlstandsmotor. Um aktuellen Entwicklungen folgen zu können und als Industriestandorte weiterhin wettbewerbsfähig zu sein, braucht es entsprechende Strategien. Ideen und Gedanken dazu sowie Beispiele aus der Praxis erwarten Sie im nächsten Heft. Die Ausgabe 12/2017–1/2018 erscheint am 6. Dezember 2017.

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 11/2017 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.® Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurinnen des Österreichischen Städtebundes: Mag.® Christina Aigner und Lisa Hammer, MA, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135, Mitarbeit: Mag. Oliver Puchner, Kevin Muik • Chefin vom Dienst: Carina G. Wiesner, Grafische Gestaltung: Repromedia, Lektorat: Carina G. Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Reproduktion: Repromedia Druck-ges. m. b. H. NfG, KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2017: 10 Ausgaben • Coverfoto: iStockphoto, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung: Tel. +43(0)1/740 32-725, abo.oegz@bohmann.at, Adressänderungen: Daniela Borka, daniela.borka@bohmann.at, Tel. +43(0)1/740 32-725 • Anzeigen: Sabine Pokorny, sabine.pokorny@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-422 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

Meine Gemeinde soll sich entwickeln. Wer verschafft mir den Spielraum?

Führende Public Sector-Expertise

Fragen Sie uns, wir sind für Sie da!

Wer seine Gemeinde weiterentwickeln will, braucht einen kompetenten Partner. Nahezu jede zweite österreichische Gemeinde vertraut dabei auf die Bank Austria. Unsere innovativen Service-Tools, wie der „Praxisplaner“, erleichtern kommunale Aufgaben und helfen dabei den Handlungsspielraum heute und in Zukunft zu erhöhen. Und das nachhaltig. Denn, wenn es um die Zukunft einer ganzen Gemeinde geht, muss die Lösung vor allen Dingen eines sein: zukunftssicher.

publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen
und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of **UniCredit**

RUND
50%
ALLER GEMEINDEN
SIND KUNDEN DER
BANK AUSTRIA